

WISO

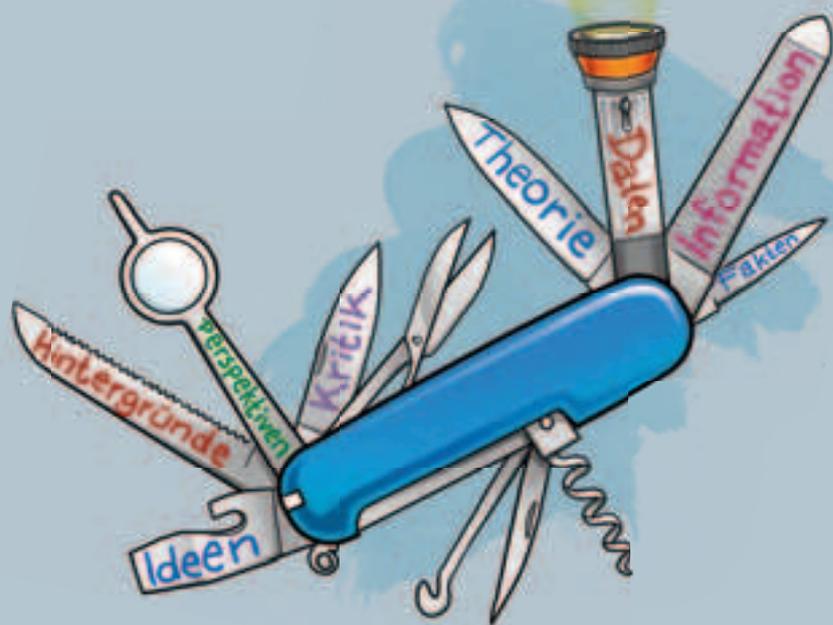
März 2011

Diskurs

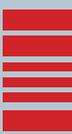
Expertisen und Dokumentationen
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik



Gleichstellungspolitik kontrovers Eine Argumentationshilfe



Arbeitsbereich
Frauen- und Geschlechterforschung



Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und
Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gleichstellungspolitik kontrovers Eine Argumentationshilfe

herausgegeben von:
Melanie Ebenfeld
Manfred Köhnen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung <i>Barbara Stiegler</i>	3
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	4
1. Einleitung <i>Melanie Ebenfeld und Manfred Köhnen</i>	5
2. Argumente zum Thema Gleichstellungspolitik und Feminismus <i>Julia Roßhart</i>	8
3. Argumente zum Thema Männerbenachteiligung <i>Thomas Gesterkamp</i>	18
4. Argumente zum Thema Familie <i>Manfred Köhnen</i>	23
5. Argumente zum Thema Bildung <i>Melanie Ebenfeld</i>	30
6. Argumente zum Thema Wirtschaft und Arbeitsmarkt <i>Deborah Ruggieri und Ute Wanzek</i>	37
7. Argumente zum Thema „Was ist Geschlecht?“ Natur, Biologie, Gender Studies und Gleichstellungspolitik <i>Sebastian Scheele</i>	48
8. Themenübergreifende Denkmuster des aktuellen Antifeminismus <i>Sebastian Scheele</i>	54
9. Glossar	59
10. Autor_innenprofile	63

Diese Expertise wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Vorbemerkung

Für die einen ist die Frauenfrage längst gelöst, für die anderen sind nun endlich mal die Männer an der Reihe, wieder andere halten Gleichstellungspolitik insgesamt für einen alten Zopf. Während die Leitmedien die Unterschiede der Geschlechter beschwören und biologistische Begründungen in allen Spielarten vortragen, glauben die Alphamädchen, dass alles möglich ist und strukturelle Grenzen für die eigene Entfaltung nirgends mehr zu finden sind. Eine Geschlechterpolitik ist nach beiden Positionen heute nicht mehr erforderlich.

Die Geschlechterverhältnisse sind jedoch alles andere als in Ordnung: Arbeit (bezahlte und unbezahlte), Geld und Macht sind mitnichten zwischen Männern und Frauen gleich verteilt, und das nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Analysen der Lebenslagen zeigen, wie stark die Geschlechtszugehörigkeit das Leben von Menschen immer noch prägt: Das Geschlecht beeinflusst, in welchen Berufen jemand arbeitet, wie viel Sorgearbeit jemand verrichtet, über wie viel finanzielle Ressourcen verfügt werden kann und wie viel Einfluss und Handlungsspielraum vorhanden sind. In den meisten Fällen sind die Frauen die Benachteiligten. Inzwischen wird aber auch immer mehr Männern deutlich, dass auch sie durch ihre Geschlechterrolle eingengt sind und an einer freien, besseren und gesunden persönlichen Entwicklung gehindert werden.

Geschlechterpolitik ist in der Vergangenheit vor allem von Frauen initiiert und getragen worden, und Frauen haben schon eine Reihe von Verbesserungen für sich erstritten. Zunehmend artikulieren sich heute auch Männer, Väter für ihre Interessen, und es gibt viele gemeinsame Ziele. Männliches geschlechterpolitisches Engage-

ment muss keineswegs automatisch zu feindlicher Abgrenzung gegenüber Fraueninteressen oder dem Feminismus führen. Oft ist es getragen von einer Würdigung und Weiterentwicklung von Positionen.

Allerdings ist der gegenwärtige Diskurs über die Geschlechter zugleich von ärgerlichen und hartnäckigen Mythen durchsetzt. Meist finden sich diese in populistischen „Ratgebern“ oder im Internet, sie werden aber auch gern in Printmedien wie *Focus*, *Spiegel* oder *FAZ* verbreitet und sie stiften Verwirrung bei Frauen und Männern, die sich in Politik, Verwaltungen, an den Hochschulen und in Organisation für konsequente Gleichstellungspolitik einsetzen wollen.

Damit das anders wird, haben sich Gender Expertinnen und Experten im Rahmen eines Projektes des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengefunden. Sie haben die ihnen gängigsten und wichtigsten Argumente gegen eine emanzipatorische Gleichstellungspolitik zusammengetragen und dann mit ihrem Fachwissen und ihren geschlechterpolitischen Überzeugungen widerlegt.

Mit der Verbreitung der Argumentationshilfe¹ verbinden wir die Hoffnung, dass sie allen hilft, die im Tagesgeschäft, im fachlichen und persönlichen Gespräch auf solche Mythen treffen, diese im Sinne einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik zu widerlegen.

Dr. Barbara Stiegler
Leiterin des Arbeitsbereiches
Frauen- und Geschlechterforschung
Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik

¹ Die Beiträge der Argumentationshilfe sind in geschlechtergerechter Sprache verfasst. Um zu zeigen, dass es dabei vielfältige Möglichkeiten gibt, variieren wir in den einzelnen Kapiteln die Sprachformen.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung des Kinderwunsches über die Zeit	24
Abbildung 2:	Keine Gleichberechtigung beim Geld	39
Abbildung 3:	Anteil von Frauen und Männern an den jeweiligen Leistungsgruppen im Jahr 2006	43
Tabelle 1:	Wunsch nach Kinderlosigkeit	25

1. Einleitung

Was ist Geschlecht?

Was bedeutet Feminismus?

Und was bringt Gleichstellungspolitik?

Es ist das Ziel der Argumentationshilfe, Antworten auf diese und weitere Fragen zu bieten. Geschlecht beeinflusst das Leben von Menschen: Sie werden oft in rosa und blaue Kartons gesteckt. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft wäre eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen den gleichen Zugang zu gemeinsamen Ressourcen wie Geld, Zeit und Raum haben; eine Gesellschaft, in der Menschen Berufe und Lebensformen frei wählen können – unabhängig von ihrem Geschlecht. In einer solchen Gesellschaft zu leben ist ein feministisches Ziel. Feminismus ist ein Sammelbegriff für verschiedene Theorien und verschiedene politische Bewegungen, die alle Geschlechtergerechtigkeit fordern.

Gleichstellungspolitik ist das Feld, in dem verhandelt wird, wie Geschlechtergerechtigkeit erreicht werden kann. Es gibt verschiedene gleichstellungspolitische Strategien, wie z. B. Frauenförderung, Männerförderung, Antidiskriminierungspolitik und Gender Mainstreaming. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich darauf geeinigt, gemeinsam eine gleichstellungspolitische Strategie zu entwickeln und umzusetzen, damit alle Menschen in der Gesellschaft unabhängig von ihrem Geschlecht die gleichen Chancen erhalten: Gender Mainstreaming. Ein Grundprinzip dieser Strategie lautet, bei allen politischen Entscheidungen die Interessen und Lebenslagen von Frauen und Männern in ihrer Vielfalt wahrzunehmen.

Die Ziele von Gender Mainstreaming werden nicht von allen Menschen geteilt. Manche Menschen beunruhigt es, Strukturen zu verändern und Geschlechterrollen nicht als natürlich zu sehen. Andere Menschen sehen darin Chancen zu positiver Veränderung und Wahlfreiheit.

Mit dieser Argumentationshilfe wollen wir die zuletzt genannten Menschen unterstützen, also diejenigen, die sich für Feminismus, Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming interessieren. Zudem wollen wir informieren und Sachverhalte deutlich machen, die in den Mediendebatten oft unsachlich, emotional und zusammenhangslos dargestellt werden. Dabei geht es uns nicht darum, dass alle Menschen einer Meinung sind, sondern dass konstruktive Diskussionen möglich gemacht werden.

Die Gleichstellung der Geschlechter wird schon lange kontrovers diskutiert. Anfang des letzten Jahrhunderts war das Frauenwahlrecht Gegenstand der Debatten. Bis 1976 durften Frauen in Westdeutschland nur mit Zustimmung ihres Ehemannes einer Erwerbstätigkeit nachgehen. In den 1980er und 1990er Jahren setzte sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen die Überzeugung durch, dass die Gleichstellung der Geschlechter nicht grundsätzlich in Frage zu stellen sei. Umstritten blieb lediglich, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Spätestens seit Anfang des neuen Jahrtausends hat sich das Diskussionsklima verändert. In zahlreichen Medien wie *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Spiegel* und *Focus*, aber auch im Fernsehen und in Internetforen werden bis heute die verschiedensten Formen von Gleichstellungspolitik massiv angegriffen. So wird behauptet, Gleichstellungspolitik sei nicht mehr notwendig, da Gleichberechtigung bereits erreicht sei. Und das, obwohl die Fakten dagegen sprechen: Zum Beispiel verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer und sie sind in Führungspositionen stark unterrepräsentiert; Gewalt gegen Frauen und Männer geht ganz überwiegend von Männern aus und Alleinerziehende sind ganz überwiegend Frauen, die zu einem hohen Anteil in Armut leben.

Es gibt antifeministische Stimmen, die die Gleichstellung der Geschlechter als Bedrohung ansehen und regelrecht dagegen hetzen. Antifeministen und Antifeministinnen greifen Problemlagen auf, die von vielen Menschen als echte gesellschaftliche Probleme schmerzhaft erfahren werden – und ziehen dann als Ursache für die Probleme „den Feminismus“ heran. Feminismus, Frauenbewegung, Gender Mainstreaming und Geschlechterforschung werden in einen Topf geworfen und verantwortlich gemacht für verschiedene Dinge wie die gefühlte Benachteiligung von Männern, für eine angeblich drohende demographische Katastrophe und vieles mehr.

Dabei wird der Einfluss der Gleichstellungspolitik auf die Entwicklung Deutschlands maßlos übertrieben. Zumeist sind die Ursachen für soziale Probleme in gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu finden. Seit den 1980er Jahren bestimmen neoliberale Ideen die Politik: Der Staat baut soziale Sicherheit ab und öffentliche Aufgaben werden an private Unternehmen abgegeben. Die seit dieser Zeit durchgeführten Reformen der Weltwirtschaft und des Bankensystems haben zur aktuellen Krise geführt, in deren Folge noch weniger Mittel für öffentliche Leistungen zur Verfügung stehen werden. Die Arbeitslosigkeit steigt seit Mitte der 1970er Jahre, prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu und werden auch für die Mittelschichten zur Normalität. Immer mehr Familien benötigen zwei Einkommen, und gleichzeitig wollen immer mehr Frauen ihre gute Ausbildung auch nutzen und damit wirtschaftlich selbstständig sein. Das ist individuell sinnvoll, es entlastet Partnerinnen und Partner von der alleinigen Verantwortung für die materielle Versorgung der Familie und schließlich ist es volkswirtschaftlich sinnvoll, dass die Bildungsinvestitionen von gut ausgebildeten Frauen nicht brachliegen, während diese jahrelange berufliche Auszeiten in der Familienphase haben. Aber dadurch stellt sich zunehmend das Problem, wer in Zukunft die Arbeiten erbringt, die bisher unsichtbar und unbezahlt von (Ehe-)Frauen geleistet wurden, wie Kindererziehung, Altenpflege oder Hausarbeit.

Eine moderne Gleichstellungspolitik zielt auf eine neue Arbeitsteilung ab, in der sich Männer und Frauen diese Arbeiten gerechter teilen. Und davon können alle profitieren. Zudem ist Gleichstellungspolitik kein Nullsummenspiel, bei dem nur dann jemand gewinnen kann, wenn einem anderen etwas weggenommen wird. Im Gegenteil gewinnen alle an Entscheidungsfreiheit, wenn die strukturellen Zwänge überwunden werden, die Menschen in Geschlechterrollen drängen. Sich von dem Druck zu befreien, Rollen erfüllen zu müssen und die Strukturen zu kritisieren, die diesen Druck erzeugen – das bedeutet für uns Emanzipation und das ist ein Ziel von Feminismus. Und dazu soll diese Argumentationshilfe einen Beitrag leisten.

Die Autorinnen und Autoren dieser Argumentationshilfe arbeiten alle in der Beratung, Bildung und Forschung zu Geschlechterfragen und diskutieren in ihrem Arbeitsalltag mit verschiedenen Menschen über Diskriminierung, Gleichstellungspolitik und Feminismus. In ihrer Arbeit leisten sie Hilfestellung bei der Umsetzung von Gleichstellungspolitik – was auch das Ziel dieser Publikation ist.

Die Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat es möglich gemacht, dass wir in einem Team von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis diese Argumentationshilfe entwickeln konnten. Wir haben uns in Redaktions-Workshops, die von Heike Gumpert moderiert wurden, darüber ausgetauscht, welche antifeministischen Behauptungen uns in unserer Arbeit begegnen und wie wir damit umgehen. Gemeinsam haben wir die Zusammenhänge diskutiert, die wir für die Widerlegungen und Erklärungen wichtig fanden.

Julia Roßhart beginnt mit einer Erklärung gleichstellungspolitischer Strategien und Begriffe. Unter dem Stichwort „Männerbenachteiligung“ hat Thomas Gesterkamp verschiedene Behauptungen analysiert, mit denen Männer als Opfer und Verlierer von Feminismus dargestellt werden. Manfred Köhnen zeigt auf, wie Familie und Partnerschaft von der Politik beeinflusst werden und

welche Möglichkeiten zur Veränderung es gibt. Um das Themengebiet Wirtschaft und Arbeitsmarkt geht es in dem Artikel von Deborah Ruggieri und Ute Wanzek. Sie erläutern die Zusammenhänge zwischen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und Geschlechterrollen. Melanie Ebenfeld beschäftigt sich mit dem Thema Bildung und Erziehung und der Frage, wie geschlechtersensible Pädagogik Entwicklung ermöglichen kann. Sebastian Scheele bringt Klarheit in den Gender-Begriff und erläutert das Forschungsfeld der Gender Studies. Abschließend analysiert Sebastian Scheele antifeministische Denkmuster.

Die einzelnen Artikel können wie in einem Nachschlagewerk unabhängig voneinander gelesen werden. Im Glossar am Ende des Heftes werden einige grundlegende Begriffe erläutert.

Wir wollen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Argumente an die Hand geben, damit produktive Diskussionen stattfinden können, in denen weitere Ideen für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft entwickelt werden.

Die Herausgebenden²
Melanie Ebenfeld und *Manfred Köhnen*
Berlin, im Februar 2011

2 Wir danken Melanie Arts und Talke Flörcken für die Unterstützung beim Lektorat und Matthias Pflügner für die Titel-Illustration.

2. Argumente zum Thema Gleichstellungspolitik und Feminismus

Julia Roßhart

Feminismus, Frauenbewegung, Gleichstellungspolitik und gleichstellungspolitische Strategien (Gender Mainstreaming, Quoten, geschlechtergerechte Sprache) werden in (medien-)öffentlichen Diskussionen häufig zusammengeworfen und als Gesamtpaket diffamiert. Im Folgenden werden diese antifeministischen Behauptungen vorgestellt und mögliche Gegenargumentationen vorgeschlagen.

2.1 Antifeministische Behauptung

„Feminismus, Quoten und Gender Mainstreaming sind überflüssig – heute haben Frauen die Macht!“

Feminismus³ und gleichstellungspolitische Maßnahmen (z.B. Gender Mainstreaming⁴, Quoten, geschlechtergerechte Sprache oder Gleichstellungsbeauftragte) werden als „gestrig“ dargestellt: Unter Verweis auf beruflich erfolgreiche und in der Öffentlichkeit präsente Frauen aus Politik, Medien und Wirtschaft wird eine weibliche Übermacht behauptet. Die Notwendigkeit gleichstellungspolitischer Maßnahmen zu Gunsten von Frauen bestehe daher nicht mehr.

2.1.1 Widerlegung

- Die Sichtbarkeit beruflich erfolgreicher Frauen ist kein hinreichender Indikator für den Erfolg von Feminismus und Gleichstellungspolitik.

- Ausgeblendet wird die anhaltende ungleiche Verteilung von Lohn und Vermögen und das erhöhte Armutsrisiko von Frauen.
- Die Behauptung ist falsch: Frauen sind in Entscheidungspositionen nach wie vor stark unterrepräsentiert.
- Feministische Ziele gehen weit über die Frage nach Frauenanteilen in Entscheidungspositionen hinaus.

2.1.2 Erläuterung

Die Behauptung, feministische und gleichstellungspolitische Ziele seien angesichts der Existenz erfolgreicher Frauen heute bereits erreicht bzw. übererfüllt, ist falsch. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Darstellung am Anspruch feministischer Politik vorbeigeht: Die Sichtbarkeit erfolgreicher Frauen ist kein hinreichender Indikator für den Erfolg von Feminismus und Gleichstellungspolitik (hooks 2000 a: 101-110; McRobbie 2010). Die Fokussierung auf weibliche Erfolgsgeschichten täuscht vielmehr darüber hinweg, dass Löhne, Besitz und gute Arbeit zu Lasten von Frauen massiv ungleich verteilt sind; so verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer (Statistisches Bundesamt Deutschland 2010; GenderKompetenz-Zentrum 2010). Frauen sind sowohl auf nationaler Ebene als auch weltweit überdurchschnittlich stark von Armut betroffen (Gender Datenreport 2005; United Nations Statistic Division 2010).

3 Feminismus bezeichnet eine Vielzahl emanzipatorischer Bewegungen des Denkens und des Handelns, die politisch auf den Abbau von Geschlechter-Hierarchien und Geschlechter-Zwängen abzielen (-> Glossar).

4 Gender Mainstreaming stellt eine spezifische, auf EU-Ebene rechtlich verankerte und von Deutschland ratifizierte Strategie zur Herstellung von tatsächlicher Gleichstellung von Frauen und Männern dar. Eine konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming bedeutet, alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen daraufhin zu überprüfen, welche Auswirkungen sie auf die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung von Frauen und Männern haben – und politisches Handeln entsprechend auszurichten (-> Glossar).

Darüber hinaus hält prekarierte – d.h. nicht-existenzsichernde, gering entlohnte, befristete, nicht sozialversicherungspflichtige – Teilzeitbeschäftigung Frauen in finanziellen Abhängigkeitsverhältnissen zu beispielsweise Partner_innen (BMFSFJ 2005; Kurz-Scherf et al. 2006).

Feminismus ist vielfältig, und feministische und gleichstellungspolitische Ziele gehen weit über eine Erhöhung von Frauenanteilen hinaus: Es geht um die Ermöglichung geschlechtlicher und sexueller Selbstbestimmung, losgelöst von einem Denken, das nur zwei – hierarchisch aufeinander bezogene und heterosexuelle – Geschlechter kennt. Mit diesem Ziel verbunden ist der Abbau gesellschaftlicher (inklusive rechtlicher) Zwänge und Normierungen hinsichtlich der Frage, welche geschlechtlichen Selbstverständnisse, Identitäten und Ausdrucksweisen als „richtige“ anerkannt und „erlaubt“ werden. Feministische Politiken und Perspektiven zielen auf den Abbau von Geschlechterhierarchien und Geschlechterdiskriminierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen und auf die Beendigung von Sexismus (-> Glossar), Rassismus, Klassenhierarchien und -ausbeutung und Heteronormativität⁵ ab (hooks 2000b; Gržinić/Reitsamer 2008; Kurz-Scherf et al. 2009).

Aber auch hinsichtlich der behaupteten Gleichstellung, was Entscheidungspositionen in Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft anbelangt, zeigt sich: Frauen sind nach wie vor unterrepräsentiert (BMFSFJ 2005, 2009, 2010a; GenderKompetenzZentrum 2010). Wenn einzelne Frauen, die Entscheidungspositionen innehaben und/oder finanziell sehr erfolgreich sind, als Beleg für die erreichte Gleichstellung hervorgehoben werden, werden die bestehenden sexistischen Geschlechterverhältnisse unsichtbar gemacht. So beträgt der Männeranteil in den Länderparlamenten, im Bundestag und bei den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments jeweils etwas über 70 Prozent (BMFSFJ 2005); der

Anteil von Lehrstuhlinhabern an Universitäten in Deutschland beträgt rund 83 Prozent (BMFSFJ 2010b); in der Privatwirtschaft waren im Jahr 2007 73 Prozent der höchsten Führungspositionen mit Männern besetzt; bei den Vorstandsposten der 200 umsatzstärksten Unternehmen (ohne Finanzsektor) liegt der Männeranteil bei über 98 Prozent (BMFSFJ 2009, 2010a). Die Repräsentation von Männern in den Medien – als Berichterstatter/Journalisten oder als Gegenstand der Nachricht – beträgt gegenwärtig 77 Prozent (Deutscher Journalistinnenbund 2010).

Im Vergleich zu den vergangenen Jahren nimmt die Existenz und Sichtbarkeit von Frauen in Entscheidungspositionen – teilweise deutlich, teilweise kaum merklich – zu. Der berufliche Erfolg einzelner Frauen ist unter gegenwärtigen Bedingungen allerdings stark mit einer Umverteilung von Geld, Ansehen und Arbeit zwischen Frauen verbunden. Die Delegation unbezahlter/schlecht bezahlter und abgewerteter Tätigkeiten wie beispielsweise Putzen, Kochen oder die Betreuung von Kindern an andere Frauen ist häufig eine notwendige Voraussetzung für den beruflichen Erfolg privilegierter Frauen – und Männer (Gather et al. 2008). Auch deshalb lässt sich der Erfolg feministischer Politik nicht ablesen an weiblichen Erfolgsgeschichten, die in den Medien präsentiert werden.

2.2 Antifeministische Behauptung

„Geschlechtergerechte Sprache macht viel Arbeit, ist unästhetisch und bringt nichts – Frauen sind doch sowieso immer mitgemeint!“

RichterInnen, Bürger und Bürgerinnen, Lehrende, Politiker_innen, Expert*innen – es gibt vielfältige Vorschläge für eine andere, eine geschlechtergerechte Sprache. Über solche Vorschläge und Beschlüsse werden häufig Witze gemacht, sie wer-

⁵ Heteronormativität bedeutet, dass Heterosexualität (als Identität, als Lebensweise, als Begehren) und die damit verbundene exklusive Existenz von genau zwei aufeinander bezogenen Geschlechtern als Norm hergestellt und abgesichert wird – durch rechtliche Maßnahmen, durch Politik, durch Sprache, durch Filme, durch Bücher, durch Bildungsinstitutionen u.v.m.

den als Beleg für die angeblich absurden Auswüchse gleichstellungspolitischer Maßnahmen herangezogen. Die Sprache werde verschandelt, die Lesbarkeit leide. Gleichzeitig werden Nutzen und Notwendigkeit geschlechtergerechter Sprach- und Schreibweisen bezweifelt.

2.2.1 Widerlegung

- Frauen sind nicht immer „mitgemeint“, wenn von „Politikern“ die Rede ist.
- Sprachpolitik ist keine Kleinigkeit: Sie bestimmt unser Denken über Geschlecht und unser Handeln.
- Ziel ist nicht allein die Sichtbarkeit von Frauen: Geschlechtergerechte Sprache ermöglicht ein Denken jenseits einer Gesellschaft, in der es nur zwei Geschlechter gibt.

2.2.2 Erläuterung

Zunächst ist festzustellen: Frauen sind durchaus nicht immer „mitgemeint“, wenn die verallgemeinernde männliche Form verwendet wird. Frauen waren und sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert – nicht zuletzt deshalb ist keineswegs klar, ob Frauen mitzudenken sind, wenn die Rede ist von „Politikern“, „Gewerkschaftern“ oder „Finanzexperten“. Dabei ist die sprachliche Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Frauen keine Kleinigkeit, denn Sprache bestimmt unser Denken: Wenn wir „Bürger“, „Geophysiker“ oder „Krankenpfleger“ lesen, stellen wir uns diese automatisch männlich vor – und das hat Auswirkungen darauf, wie wir über Geschlecht denken und uns die Strukturierung von Gesellschaft, Arbeit, Politik, Staat u.a. vorstellen (Stahlberg/Sczesni 2001) – und davon hängt letztlich unser Handeln ab. Bei geschlechtergerechter Sprache geht es nicht allein um die Sichtbarkeit von Frauen: Mit Schreibweisen wie Bürger_innen oder Bürger*innen wird ein Denken befördert, das die Unterteilung der Gesellschaft in zwei Geschlechter in Frage stellt; Personen werden sichtbar gemacht und anerkannt,

die sich nicht als Mann oder als Frau definieren (Hausbichler 2008; Uni Graz 2009).

Ob geschlechtergerechte Sprache als unleserlich, mühsam und unästhetisch wahrgenommen wird, hat viel mit Gewöhnung zu tun. Noch mehr jedoch ist es eine Frage des politischen Willens, sich für Gleichstellung einzusetzen. Sprache befindet und befindet sich in einem ständigen Veränderungsprozess und ist deshalb immer auch politisch gestaltet und gestaltbar.⁶

2.3 Antifeministische Behauptung

„Frauenquoten sind ungerecht – Uninteressierte und unfähige Frauen werden gefördert und Männer benachteiligt!“

Verbindliche Quotenregelungen werden immer wieder mit der Behauptung verhindert, dass damit der scheinbar gerechte Wettbewerb um Stellen und Positionen verzerrt würde. Die Schuld für die geringe Anzahl von Frauen in Teilen der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wird stattdessen den Frauen selbst zugesprochen: Sie hätten einfach kein Interesse, sich auf entsprechende Stellen zu bewerben und seien daher selbst schuld.

2.3.1 Widerlegung

- Hinter der Ablehnung von Quoten verbirgt sich nicht selten eine Ablehnung von Gleichstellungspolitik im Allgemeinen.
- Quoten diskriminieren nicht, sondern gleichen bestehende Diskriminierungen aus.
- Geringe Frauenanteile lassen sich nicht auf individuelle Wahlentscheidungen von Frauen zurückführen.

2.3.2 Erläuterung

Frauenquoten (-> Glossar) sind ein einfaches und unmittelbares Instrument zur Erhöhung von Frauenanteilen; wenn verbindliche Quotenregelungen existieren, ist der statistische Erfolg in

⁶ Übersicht über unterschiedliche Varianten geschlechtergerechter Sprache: Uni Graz 2009: Geschlechtergerechtes Formulieren: HERRliche deutsche Sprache, Graz, http://www.uni-graz.at/uedo1www_files_geschlechtergerechtes_formulieren-4.pdf (3.12.2010).

Bezug auf Geschlecht garantiert. Gerade deshalb verbirgt sich hinter der Ablehnung von Quoten häufig eine generelle Ablehnung von Feminismus und Gleichstellungspolitik, die allerdings nicht ausgesprochen wird. Mit dem Argument, dass sich schlicht zu wenig qualifizierte Frauen bewerben würden, wird über diskriminierende Auswahlverfahren hinweggetäuscht.

Die Behauptung, Frauenquoten würden Männer diskriminieren, blendet die bestehenden diskriminierenden Strukturen hinsichtlich Geschlecht aus. Denn die geringe Anzahl von Frauen in Entscheidungspositionen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft (-> Kapitel 6.5) ist Ergebnis historisch gewachsener und verfestigter Diskriminierungen und Privilegierungen. Persönliche Wahlentscheidungen von Frauen und Männern greifen daher als Erklärung zu kurz. Stattdessen müssen die Normierungen und Hierarchisierungen in den Blick genommen und politisch bearbeitet werden, die den geschlechtsspezifischen Wahlentscheidungen zugrunde liegen: Damit meine ich etwa die historisch gewachsenen geschlechtsspezifischen Erwartungen an Männer und Frauen, die von diesen eingeschrieben – inkorporiert – werden, und die ihre Interessen, Fähigkeiten und Lebensentwürfe mitbestimmen. Gleichzeitig sind unterschiedliche Berufs- und Politikfelder geschlechtsspezifisch aufgeladen, und mit dem Arbeitsplatz und den zugehörigen Tätigkeiten sind (implizite) Anforderungen verbunden, bestimmten Bildern von Weiblichkeit und Männlichkeit zu entsprechen. Hinzu kommt die ungleiche Verteilung von Reproduktionsarbeiten, wie Hausarbeit und die Erziehung und Pflege von Angehörigen, die es vor allem Männern erlaubt, Zeit und Energie mehr oder minder ausschließlich in bezahlte und der Karriere förderliche Tätigkeiten zu investieren; reproduktive Tätigkeiten werden von Frauen unbezahlt sowie zunehmend in Form gering bezahlter und prekär beschäftigter privater Dienstleistungsverhältnisse geleistet, womit eine zunehmende Umverteilung von Reproduktionsarbeiten zwischen Frauen verbunden ist. Schließlich sorgen Männernetzwerke dafür, dass Stellen häufig nicht nur aufgrund von Qualifikationen, sondern über persönliche Kontakte – an Männer – vergeben werden (Acker

1990; OECD 2008; Wetterer 2002). Quoten stellen einen Hebel dar, um bestehende Diskriminierungen (-> Glossar) auszugleichen, das Recht auf Gleichheit umzusetzen (Grundgesetz, Menschenrechte) und langfristige Transformationen der Geschlechterverhältnisse zu unterstützen.

2.4 Antifeministische Behauptung

„Gleichstellungspolitik basiert auf ideologischen Vorannahmen über Geschlecht – wahre wissenschaftliche Erkenntnisse werden ignoriert.“

Feministische Theorien, die Gleichstellungspolitiken mehr oder weniger stark prägen, werden als ideologisch dargestellt. Feministische Forschung sei nicht wertfrei und objektiv und deshalb keine richtige Wissenschaft. Auf dieser Grundlage werden Gleichstellungspolitiken abgewertet.

2.4.1 Widerlegung

- Der wahre Streitpunkt ist nicht die Qualität von Wissenschaften, sondern sind Geschlecht und Feminismus.
- Wissenschaft ist nie neutral.
- Mainstream-Wissenschaften stützen Geschlechterhierarchien und Geschlechternormierungen.
- Feministische Wissenschaften helfen beim Abbau von Geschlechterhierarchien und Geschlechternormierungen.
- Hinter dem Argument verbergen sich Vorbehalte gegenüber Wissenschaftlerinnen.

2.4.2 Erläuterung

Die Ablehnung von Feminismus und Gleichstellungspolitik aufgrund des vorgeblich ideologischen Gehaltes feministischer Wissenschaften ist meistens ein Scheinargument. Tatsächlich geht es in erster Linie um Dominanzverhältnisse rund um Geschlecht.

Frauen wurde einst der Zugang zu Universitäten und die Anerkennung als Wissenschaftlerinnen verwehrt. Dass heute vorrangig die Wissensproduktionen der Gender Studies/Geschlechterforschung, wo Männer nicht die Mehrheit der

Forschenden und Lehrenden stellen, in der Medienöffentlichkeit als „ideologisch“ bezeichnet und abgelehnt werden, lässt vermuten: Nach wie vor wird Wissenschaft von Frauen, Lesben und Transpersonen⁷ weniger ernst genommen. Dabei lässt sich der Ideologie-Vorwurf an feministische Wissenschaften ebenso gut umdrehen: Scheinbar neutrale „Erkenntnisse“ über Geschlecht dienen historisch und dienen bis heute dazu, Geschlechterhierarchien ideologisch zu legitimieren und festzuschreiben. So wurde Frauen einst die Befähigung abgesprochen, wählen zu gehen, politische Ämter zu bekleiden und Universitäten zu besuchen; begründet wurden diese Ausschlüsse von Frauen nicht zuletzt über vorgeblich objektive naturwissenschaftliche Erkenntnisse (Dölling 1991; Hausen 2007; Palm 2008). Dieses – nur vorgeblich neutrale – Wissen über Geschlecht ist nicht allein an der Festschreibung von Hierarchien zwischen Männern und Frauen beteiligt, sondern auch an der normierenden Unterscheidung und Definition von Geschlecht selbst: Personen, die nicht den dominanten naturwissenschaftlichen Definitionen von „Mann“ oder „Frau“ entsprechen, werden gegenwärtig als „nicht normal“, „krankhaft“ oder irgendwie „falsch“ ausgeschlossen, abgewertet und diskriminiert. Dabei zeigt sich: Welche Geschlechter-Unterscheidungen anhand welcher Parameter vorgenommen werden, hat sich historisch gewandelt und ist höchst umstritten (polymorph 2002; Fausto-Sterling 2000).

Wissen über Geschlecht und Geschlechterverhältnisse ist nie neutral; Alltagsannahmen haben ebenso wie wissenschaftliches Wissen immer auch mit eigenen Erfahrungen, mit der eigenen gesellschaftlichen Position und mit politischen Interessen zu tun (Harding 1994; Hill Collins 1990). Das gilt auch für jenes Wissen über Geschlecht, das nicht feministisch oder antifeministisch ist. Feministische Wissenschaften stellen dabei Wissen über Geschlecht bereit, das beim Abbau von Hierarchien und Normierungen und bei einer gerechteren Gestaltung von Gesellschaft helfen soll – dieses Wissen gilt es zu nutzen.

2.5 Antifeministische Behauptung

„Gleichstellungspolitik ist lesbische Interessenpolitik!“

Feminismus und Gleichstellungspolitik seien vor allem von lesbischen Akteurinnen geprägt. Deshalb, so wird argumentiert, dienen sie allein lesbischen „Minderheiteninteressen“.

2.5.1 Widerlegung

- Die Behauptung ist lesbenfeindlich.
- Die Aufspaltung in Lesben und heterosexuelle Frauen zielt hier auf die Schwächung von Feminismus und Gleichstellungspolitik.
- Lesbische Partizipation ist eine Stärke feministischer Politik.
- Die Behauptung, Gleichstellungspolitik sei an lesbischen Interessen ausgerichtet, ist falsch.

2.5.2 Erläuterung

Zunächst lässt sich diese antifeministische Argumentationsstrategie als klar lesbenfeindlich entschlüsseln und allein deshalb zurückweisen: Lesben werden als „Abweichung“ dargestellt und nicht als politische Akteurinnen anerkannt; politische Partizipation, Definitionsmacht und Gestaltungsmacht werden ihnen verweigert.

Darüber hinaus zeigt sich, dass es sich bei diesem lesbenfeindlichen Argument um eine antifeministische Strategie handelt, die ein ganz spezifisches Ziel verfolgt: Die Behauptung, dass Lesben und heterosexuelle Frauen grundsätzlich unterschiedliche Interessen hätten, zielt hier auf die Spaltung und Schwächung feministischer Politiken und Gleichstellungspolitik im Allgemeinen. Dahinter steht eine generelle Abwehr und Abwertung von Frauen, Lesben und Transpersonen, die sich Sexismus und männlicher Dominanz widersetzen. Daher lohnt es, die Behauptung, Lesben und heterosexuelle Frauen verfolgten grundsätzlich unterschiedliche Interessen, daraufhin zu befragen, mit welchen Vorannahmen und Zielen sie verbunden ist. Zunächst

⁷ Als Transperson bezeichne ich Personen, die sich selbst als Trans bezeichnen und die Einordnung als „Mann“ oder „Frau“ für sich zurückweisen, übertreten oder herausfordern (-> Glossar).

basiert sie auf der *Kategorisierung* von Personen und ihrer *Einordnung* in Schubladen. Im Kontext antifeministischer Debatten handelt es sich darüber hinaus um eine Einteilung, die ein bestimmtes Ziel verfolgt, nämlich die Abwertung feministischer Politik, und vornehmlich von antifeministisch eingestellten heterosexuellen Männern vorgenommen wird. Dabei wird ein angeblich klares und objektives Kriterium als Unterscheidungsmerkmal *konstruiert*, um eine wesentliche, allgemeine und grundsätzliche Differenz zwischen „Lesben“ und „heterosexuellen Frauen“ zu *behaupten* – und ohne zu definieren, anhand von was diese Einteilung tatsächlich vorgenommen wird: Wird sie davon abhängig gemacht, wer mit wem Sex hat, hatte oder haben möchte? Oder davon, wer mit wem wie lange Konto, Bett und Frühstückstisch teilte, gerade teilt oder zukünftig zu teilen plant? Wird nach Äußerlichkeiten eingeteilt, nach Kleidungsstil und Frisur? Die vielfältigen Selbstdefinitionen und politischen Positionierungen jedenfalls – etwa als „Lesbe“, als „queer“, als „Trans“, als „lesbische Frau“, als „bisexuelle Frau“ – werden dabei meist weder wahrgenommen noch ernst genommen. Ganz generell gilt: Feminist_innen verfolgen unterschiedliche und vielfältige Interessen, setzen unterschiedliche Schwerpunkte und arbeiten mit unterschiedlichen Strategien. Welche das sind, durch welche Dominanzverhältnisse sie beeinflusst werden, wie mit dieser Vielfältigkeit und gegebenenfalls Widersprüchlichkeit umgegangen werden kann, wie unterschiedliche Positionen sichtbar gemacht und miteinander in gleichberechtigten Dialog gebracht werden können – all das ist Bestandteil feministischer Diskussionen und Aushandlungen. Unterscheidungen und Definitionen hingegen, die dem antifeministischen Ziel dienen, sexistische Strukturen aufrechtzuerhalten, haben diesbezüglich gewiss nichts beizusteuern.

Wenn es um die Bewertung feministischer Politik geht, läuft das lesbenfeindliche Argument ins Leere. Denn die Partizipation von Lesben

stellt eine Stärke und keine Schwäche feministischer Politiken dar. Zunächst möchte ich festhalten, dass es durchaus kein Zufall ist, dass Lesben in der (autonomen) Frauenbewegung (-> Glossar) sehr aktiv waren und sind, und dass sie feministische und Gleichstellungspolitiken mitgeprägt haben und dies bis heute tun (Dennert et al. 2007). Denn Heteronormativität, Lesbenfeindlichkeit und Geschlechternormen und Geschlechterhierarchien hängen zusammen (Butler 1991; Engel 2001): Lesben übertreten (einige der) Zuschreibungen und Platzzuweisungen an Frauen und sind mit entsprechenden gesellschaftlichen Sanktionen konfrontiert, wenn sie sich nicht an Männern und heterosexuellen Partnerschaften orientieren bzw. sich nicht über diese definieren. Von (einigen) Geschlechterhierarchien sind Lesben besonders stark betroffen: Die niedrigen Frauenlöhne beispielsweise wirken sich bei Frauen, die nicht in heterosexuellen Partnerschaften (mit gemeinsamen Konto) leben, massiver und unmittelbarer auf ihren Lebensunterhalt aus – das trifft nicht nur, aber auch, auf Lesben zu. Das heißt also: Sexismus (-> Glossar) stellt sich für Lesben teils anders, teils drängender dar als für Frauen, die sich als heterosexuell definieren, heterosexuell auftreten, leben und/oder als heterosexuell kategorisiert werden. Aufgabe und Ziel feministischer Politik ist es nun nicht, allein die Lebensbedingungen vergleichsweise privilegierter – das heißt etwa *weißer*⁸, gebildeter, reicher und eben auch heterosexueller – Frauen zu verbessern (hooks 2000b). Vielmehr muss feministische Politik neben Sexismus immer auch andere Dominanzverhältnisse wie beispielsweise Rassismus, Heteronormativität, Klassenhierarchie und -ausbeutung im Blick haben, da sie sexistische Dominanzverhältnisse und damit das Leben von Frauen, Lesben und Transpersonen beeinflussen. Deshalb ist es eine Stärke und keine Schwäche feministischer Politik, wenn Personen, die durch mehrere Dominanzverhältnisse diskriminiert werden – wie beispielsweise Lesben –, an der Ausrichtung und Umsetzung feministischer Politik beteiligt

8 Mit der Kursivschreibweise von *weiß* möchte ich deutlich machen, dass ich Weißsein als Produkt von Rassismus verstehe, durch den Weißsein hergestellt und privilegiert wird (Hornscheidt/Nduka-Agwu 2010).

sind, statt ausgeschlossen zu werden. Dabei gilt es meines Erachtens anzuerkennen, dass auch heterosexuelle Frauen von einigen Interventionen von Lesben in der und in die Frauenbewegung und von lesbischen Strategien der Bekämpfung sexistischer Strukturen, Denk- und Handlungsweisen profitiert haben und profitieren können.

Last, but not least, muss der Behauptung einer lesbischen Ausrichtung von Gleichstellungspolitik widersprochen werden: Lesbische und queere (-> Glossar) Perspektiven sind gegenwärtig keineswegs richtungsweisend für Gleichstellungspolitiken als solche. Staat und Recht sind durch heteronormative Denkweisen geprägt, die sich in den dominierenden Strategien zur Gleichstellung niederschlagen (quaestio 2000; femina politica 2005).

2.6 Antifeministische Behauptung

„Feminismus verletzt die Freiheit geschlechtlicher Selbstbestimmung: Gleichstellungspolitik ist staatliche Umerziehung!“

Feminismus sei heute Staatsdoktrin geworden; durch gleichstellungspolitische Strategien und Maßnahmen wie Gender Mainstreaming, geschlechtersensible Pädagogik (-> Kapitel 5.2), Gender Trainings u.a. griffe der „Staatsfeminismus“ in die freie Geschlechtsentwicklung des Menschen, insbesondere von Jungen und Männern, ein.

2.6.1 Widerlegung

- Feminismus ist meilenweit davon entfernt, „Staatsdoktrin“ zu sein.
- Die „natürliche“ Geschlechtsentwicklung ist weder natürlich noch frei von gesellschaftlichen Einflüssen.
- Die Entwicklung „natürlicher“ männlicher und weiblicher Geschlechtsidentitäten führt zu Hierarchien und Ausschlüssen.

2.6.2 Erläuterung

Die Behauptung zielt darauf ab, ein Bedrohungsszenario entstehen zu lassen, mit dem feministische und Gleichstellungspolitiken abgewehrt werden können (Roßhart 2008). Dabei ist Feminismus denkbar weit davon entfernt, „Staatsdoktrin“ zu sein: Die Einteilung der Menschen in zwei Geschlechter, Männlichkeit und Hierarchien zwischen Männern und Frauen sind verwoben mit der Entstehung moderner Staatlichkeit und definieren auch heutige staatliche Strukturen und Politiken maßgeblich mit (Kreisky 1995; Ludwig et al. 2009). Das zeigt sich beispielsweise an einer politischen Organisation von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, die zu finanzieller Abhängigkeit und Armut von mehrheitlich Frauen führt. Es schlägt sich aber auch nieder in der ungleichen Anzahl von Männern und Frauen in politischen Entscheidungspositionen (-> Kapitel 6.5) oder in der Rechtssprechung: Nur vier von sechzehn Verfassungsrichter_innen sind heute Frauen.

Die Behauptung einer illegitimen feministischen Einflussnahme auf die ansonsten „freie“ Geschlechtsentwicklung blendet aus, dass die Geschlechtsentwicklung von Menschen immer Produkt „äußerer“ – auch staatlicher – Einflüsse ist: Filme und Werbung prägen unsere Geschlechtsidentitäten ebenso wie Wissenschaften, Familien- und Arbeitspolitik oder Schulbücher. Das heißt: Geschlechtsidentitäten werden gesellschaftlich hervorgebracht, und das gilt auch für jene Geschlechtsidentitäten, die als „natürlich“, „normal“ und „frei“ gelten. Sie sind also veränderbar, und daher macht es Sinn, diese Geschlechterordnung genauer unter die Lupe zu nehmen. Zunächst lässt sich festhalten, dass dominante Vorstellungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ die Hierarchien zwischen Männern und Frauen eher herstellen und absichern. „Typische“ männliche und weibliche Geschlechtsidentitäten spiegeln Geschlechterhierarchien wider und lassen sie zugleich als „natürlich“ und unveränderlich erscheinen (Butler 1991). Dabei spiegeln sich in den Normen und Bewertungen von Männlich-

keit und Weiblichkeit weitere gesellschaftliche Hierarchien wider: Was in der Dominanzkultur (Rommelspacher 1995) als „natürliche“ und „gute“ Weiblichkeit und Männlichkeit konstruiert wird, wird implizit zugleich mit *Weißsein*⁹, Heterosexualität und Mittelklasse assoziiert. Dominante Geschlechternormen tragen deshalb auch zur Aufrechterhaltung rassistischer, klassenhierarchischer und heteronormativer Hierarchien bei (Butler 1991; Dietze et al. 2006; hooks 2000a; Hill Collins 1990). Und schließlich führen sie zu sozialen Ausschlüssen von und Zwängen für Personen, die diesen Anforderungen an „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ nicht entsprechen (polymorph 2002; Butler 1991) – weil

sie sich anders identifizieren, fühlen, kleiden, bewegen, verlieben; weil sie anders aussehen, sprechen oder arbeiten u.v.m. Aus Geschlechternormen können dann Diskriminierungen (-> Glossar), Abwertungen, Unsichtbarkeit und Gewalterfahrungen resultieren.

Es gilt also, diese nur scheinbar „freien“ und „natürlichen“ Geschlechtsidentitäten zu hinterfragen und herauszufordern. Mit feministischen Bildungsprogrammen, mit feministischer Kunst und Politik, die Herstellung von Geschlecht hinterfragen, werden solche Geschlechternormierungen und Geschlechterzwänge sichtbar gemacht und kritisiert. Das bedeutet nicht weniger, sondern mehr geschlechtliche Freiheit für alle!

2.7 Literaturverzeichnis

- Acker, Joan 1990: Hierarchies, Jobs, Bodies. A Theory of Gendered Organizations, in: Gender and Society, Bd. 4, Nr. 2, S. 139-148.
- Berger, Nico J.; Hark, Sabine; Engel, Antke; Genschel, Corinna; Schäfer, Eva 2000: Queering Demokratie. Sexuelle Politiken, Berlin.
- BMFSFJ 2005: Gender Datenreport, München, <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html> (3.12.2010).
- BMFSFJ 2009: Führungskräfte-Monitor 2001-2006 (Forschungsreihe Band 7), Baden-Baden, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=121458.html> (3.12.2010).
- BMFSFJ 2010a: Frauen in Führungspositionen, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=88098.html>, (3.12.2010).
- BMFSJ 2010b: Frauen im Wissenschaftssystem 2010, <http://www.bmbf.de/de/494.php> (3.12.2010).
- Butler, Judith 1991: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt am Main.
- Connell, Raewyn 1995: The State, Gender and Sexual Politics: Theory and Appraisal, in: Radke, H. Lorraine; Stam, Hendrikus J. (Hrsg.): Power/Gender. Social Relations in Theory and Practice, London, S. 136 - 172.
- Dennert, Gabriele; Leidinger, Christiane; Rauchut, Franziska 2007: In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben, Berlin.
- Deutscher Journalistinnenbund 2010: Global Monitoring Media Project 2010: 15 Jahre nach Peking, <http://www.journalistinnen.de/aktuell/GMMP2010Auswertung.pdf> (3.12.2010).
- Dietze, Gaby; Hornscheidt, Antje; Palm, Kerstin; Walgenbach, Katharina (Hrsg.) 2000: Gender als interdependente Kategorie. Intersektionalität – Diversität – Heterogenität, Opladen.
- Dölling, Irene 1991: Der Mensch und sein Weib. Frauen- und Männerbilder. Geschichtliche Ursprünge und Perspektiven, Berlin.

⁹ Siehe Fußnote 8.

- Engel, Antke 2001: Die VerUneindeutigung der Geschlechter – eine queere Strategie zur Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse?, in: Heidel, Ulf; Micheler, Stefan; Tuidier, Elisabeth (Hrsg.): *Jenseits der Geschlechtergrenzen. Sexualitäten, Identitäten und Körper in Perspektiven von Queer Studies*, Hamburg, S. 346-364.
- Fausto-Sterling, Anne 2000: *Sexing the Body. Gender Politics and the Construction of Sexuality*, New York.
- femina politica (Zeitschrift für feministische Politikwissenschaften) 2005: *Queere Politik: Analysen, Kritik, Perspektiven*, Jg. 14 (Heft 1).
- Gather, Claudia; Geissler, Birgit; Rerrich, Maria S. 2008: *Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel*, Münster.
- GenderKompetenzZentrum 2010: *Gender-Aspekte im Sachgebiet Arbeit*, Berlin, <http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz/sachgebiete/arbeit/aspekte/index.html> (3.12.2010).
- Gržinić, Marina; Reitsamer, Rosa (Hrsg.) 2008: *New Feminism. Worlds of Feminism, Queer and Networking Conditions*, Wien.
- Harding, Sandra 1994: *Das Geschlecht des Wissens: Frauen denken die Wissenschaft neu*, Frankfurt am Main; New York.
- Hausbichler, Beate 2008: *Raum für _!*, in: *Die Standard*, 26.10.2008, http://diestandard.at/1224776349439/GenderSprache-Raum-fuer-_ (3.12.2010).
- Hausen, Karin 2007 (Erstveröffentlichung: 1976): *Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben*, in: Hark, Sabine (Hrsg.): *Dis/Kontinuitäten: feministische Theorie*, Wiesbaden, S. 173-196.
- Hill Collins, Patricia 1990: *Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*, in: Dies. (Hrsg.): *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness and the Politics of Empowerment*, Boston, S. 221-238, verfügbar unter: *Black Feminist Thought in the Matrix of Domination*, <http://www.hartford-hwp.com/archives/45a/252.html> (3.12.2010).
- hooks, bell 2000a: *Where we Stand: Class matters*, New York.
- hooks, bell 2000b: *Feminism is for Everybody*, Cambridge.
- Hornscheidt, Antje Lann; Nduka-Agwu, Adibeli 2010: *Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Sprache*, in: Dies. (Hrsg.): *Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen*, Frankfurt am Main, S. 11-52.
- Kreisky, Eva 1995: *Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung*, in: Regina Becker-Schmidt; Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*, Frankfurt; New York, S. 85-124.
- Kurz-Scherf, Ingrid; Lepperhoff, Julia; Scheele, Alexandra 2006: *Arbeit und Geschlecht im Wandel: Kontinuitäten, Brüche und Perspektiven für Wissenschaft und Politik*, in: *Gender Politik Online*, http://web.fu-berlin.de/gpo/kurzscherrf_lepperhoff_scheele.htm (3.12.2010).
- Ludwig, Gundula; Sauer, Birgit; Wöhl, Stefanie (Hrsg.) 2009: *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*, Baden-Baden.
- McRobbie, Angela 2010: *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*, Wiesbaden.
- OECD 2008: *OECD Employment Outlook 2008, Chapter 3: The Price of Prejudice: Labour Market Discrimination on the Grounds of Gender and Ethnicity*, <http://halshs.archives-ouvertes.fr/docs/00/31/27/94/PDF/BSM.pdf> (3.12.2010).
- Palm, Kerstin 2008: *Die Ordnung der Geschlechter – zur Geschichte der Frage, was ein Mann und was eine Frau ist* (Vortrag beim Symposium der Frauenakademie München e.V. und der Offenen Akademie der MVHS in Gasteig 2008), Gasteig, <http://www.frauenakademie.de/dokument/sammelndefrauen/img/kerstin-palm.PDF> (3.12.2010).

- polymorph (Hrsg.) 2002: (K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive, Berlin.
- Quaestio (Hrsg.) 2000: Queering Demokratie. Sexuelle Politiken, Berlin.
- Rommelspacher, Birgit 1995: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin.
- Roßhart, Julia 2008: Bedrohungsszenario „Gender“: gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming, Potsdam, <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2008/1837/> (23.01.2011).
- Stahlberg, Dagmar; Sczesny, Sabine 2001: Effekte des generischen Maskulinums und alternativer Sprachformen auf den gedanklichen Einbezug von Frauen, in: Psychologische Rundschau 52 (3), S. 31 - 140, http://www.journalistinnen.de/aktuell/pdf/gender/gender_stahlberg.pdf (3.12.2010).
- Statistisches Bundesamt 2010: Gender Pay Gap 2006 - 2009, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede/Tabellen/Content50/Verdienstabstand__2006,templateId=renderPrint.psml (3.12.2010).
- United Nations Statistic Division 2010: The World's Women 2010: Trends and Statistics, http://unstats.un.org/unsd/demographic/products/Worldswomen/WW2010Report_by%20chapterBW/Poverty_BW.pdf (3.12.2010).
- Universität Graz 2009: Geschlechtergerechtes Formulieren, Graz, http://www.uni-graz.at/uedo1www_files_geschlechtergerechtes_formulieren-5.pdf (3.12.2010).
- Wetterer, Angelika 2002: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. „Gender at Work“ in theoretischer und historischer Perspektive, Konstanz.

3. Argumente zum Thema Männerbenachteiligung

Thomas Gesterkamp

Antifeministen stilisieren Männer zu benachteiligten Opfern in nahezu jeder Lebenslage. Ob in der Arbeitswelt, im Bildungswesen, in der Gesundheitspolitik, beim Thema Gewalt oder im Scheidungsrecht: Überall verwenden Männerrechtler ein plattes Gewinner-Verlierer-Schema, das an Selbstviktimisierung grenzt. Frauenförderung und Gender Mainstreaming¹⁰ verschärfen nach dieser Lesart die Diskriminierung von Männern. Die Klage, „Männerbenachteiligung“ sei in den Medien kein Thema, wird dabei selbst zum Bestandteil des Opferdiskurses.

3.1 Antifeministische Behauptung

„Männer sind häufiger arbeitslos als Frauen.“

3.1.1 Widerlegung und Erläuterung

Vor allem in den neuen Bundesländern waren nach der deutschen Vereinigung deutlich mehr Frauen als Männer ohne Job. Im Laufe der 1990er Jahre kehrte sich die Entwicklung um: Die Arbeitslosenquote der Männer stieg in West- wie Ostdeutschland überproportional, nach der Jahrtausendwende übertraf sie erstmals die der Frauen. In dieser Entwicklung drückt sich die Krise der traditionellen, von Männern geleisteten Industriearbeit und der Wandel zur Dienstleistungs-

ökonomie aus (Gesterkamp 2007). Tätigkeiten in Bereichen wie Erziehung, Pflege oder Service, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sind nicht so direkt abhängig von Weltwirtschaft und Schwankungen in der Konjunktur. Der Stellenabbau in diesen Bereichen erfolgt eher in einer „zweiten Runde“ als Folge von öffentlichen Haushaltskürzungen (-> Kapitel 6.7).

Die isolierte Betrachtung der Arbeitslosenquote liefert ohnehin ein verzerrtes Bild, weil sie das Arbeitsvolumen und die Länge der Arbeitszeiten nicht berücksichtigt. Teilzeitarbeitende Frauen und geringfügig tätige 400 Euro-Kräfte gelten als „beschäftigt“ und verschwinden so aus der Statistik. Zudem ist die „stille Reserve“ jener, die sich gar nicht (mehr) erwerbslos melden, ein überwiegend weibliches Phänomen.

Schlecht qualifizierte Männer haben mehr Schwierigkeiten als früher, einen Job zu finden; insgesamt aber ist das männliche Geschlecht auf dem Arbeitsmarkt weiterhin privilegiert. Männer profitieren von einer staatlich geförderten geschlechtsspezifischen Bereichsteilung, die ihnen die Funktion des (Haupt-)Ernährers und Frauen die (Haupt-)Verantwortung für Fürsorge zuschreibt. Diese traditionellen Geschlechterrollen drücken sich in unterschiedlichen Bewertungen von Tätigkeiten und deutlichen Einkommensunterschieden (etwa zwischen handwerklichen und erzieherischen Berufen) aus.

¹⁰ Gender Mainstreaming ist eine gleichstellungspolitische EU-Strategie, die zum Ziel hat, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen und auf die Gleichstellung der Geschlechter hinzuwirken (-> Glossar).

3.2 Antifeministische Behauptung

„Jungen sind die Bildungsverlierer.“

3.2.1 Widerlegung und Erläuterung

Männliche Schüler bilden in Hauptschulen die Mehrheit, in Gymnasien sind sie dagegen unterrepräsentiert. Sie werden später eingeschult, machen seltener Abitur und bleiben häufiger ohne Abschluss. Auffällig ist den PISA-Studien zufolge vor allem der große Leistungsvorsprung der Mädchen beim Lesen. Im Vergleich dazu fällt der Kompetenzvorsprung der Jungen in Mathematik nur gering aus (Baumert et al. 2001; Prenzel et al. 2007).

Die Bildungsforschung hält es für falsch, männliche Schüler pauschal als Verlierer zu betrachten. Sehr differenziert setzt sich mit dieser Behauptung die Expertise *Schlaue Mädchen – Dumme Jungen* auseinander, die unter Federführung des Deutschen Jugendinstitutes entstand (Bundesjugendkuratorium 2009). Kriterien wie die soziale Schicht oder eine Zuwanderungsgeschichte haben danach eine größere Bedeutung als die Geschlechtszugehörigkeit.

Die beteiligten Wissenschaftler/innen wenden sich gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs: Es gebe nicht „die Jungen“, die automatisch benachteiligt seien. Männliche Schüler aus bürgerlichen Familien haben in Mathematik und in den Naturwissenschaften überdurchschnittliche Noten; in den Leistungskursen für Physik oder Chemie überwiegen weiterhin eindeutig die Jungen (OECD 2008).

Es wird behauptet, dass Jungen deshalb schlecht in der Schule seien, weil sie mehrheitlich von Frauen unterrichtet würden. Mitte der 1980er Jahre waren zwei Drittel des Lehrpersonals an Grundschulen weiblich, inzwischen sind es fast 90 Prozent (Aktionsrat Bildung 2009). Ob Frauen oder Männer unterrichten, ist nach Auswertungen der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU zwar nicht entscheidend für den Lernerfolg (Bos et al. 2003; Helbig 2010): Allein die Einstellung von männlichem Personal verändert also nicht die Qualität von Bildung und Erziehung (-> Kapitel 5.1). Vorrangig braucht

es geschlechtersensible pädagogische Konzepte – etwa für aufgrund von Diskriminierung benachteiligte männliche Migrant*innenjugendliche. Das macht Frauen- und Mädchenförderung an Schulen und Hochschulen aber keineswegs überflüssig.

3.3 Antifeministische Behauptung

„Die Männergesundheit wird vernachlässigt.“

3.3.1 Widerlegung und Erläuterung

Die Lebenserwartung von Männern liegt in Deutschland derzeit 5,3 Jahre unter der von Frauen. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich der Abstand zwischen den Geschlechtern leicht verringert, was die Forschung mit der Angleichung weiblicher Rollen an herkömmliche männliche Lebensentwürfe erklärt. Die so genannte „Klosterstudie“ des Wiener Bevölkerungsforschers Marc Luy kommt zu dem Ergebnis, dass Mönche fast so alt werden wie Nonnen, weil sie nach ähnlich festgelegten Ritualen und Rhythmen, also unter vergleichbar stressfreien Umständen ihren Alltag gestalten (Luy 2009).

Dass Frauen Männer um einige Jahre überleben, ist schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts bekannt, als erstmals geschlechtsspezifische Statistiken über Sterblichkeit erstellt wurden. Der frühere Tod von Männern ist aber kein biologisches Naturgesetz, sondern auf krank machende gesellschaftliche Bedingungen, historische Geschlechternormen und das ihnen zugeschriebene Rollenkorsett zurückzuführen (Scheele 2010).

Viele Männer sorgen nicht gut für sich selbst, betrachten ihren Körper als eine Art Maschine, die nur gewartet werden muss, wenn sie überhaupt nicht mehr funktioniert. Viele Männer vernachlässigen ihre Gesundheit, ernähren sich falsch, missachten selbst massive Warnsignale. Sie riskieren zu viel und nutzen seltener medizinische Vorsorgeangebote (Volz/Zulehner 2009). Allerdings liegen die Zugangsschwellen zum Teil auch höher: So wird Brustkrebsvorsorge Frauen in einem früheren Lebensalter angeboten (und von den Krankenkassen finanziert) als Männern die Vorsorge von Prostatakrebs.

Initiativen von Frauen haben in den letzten Jahrzehnten erst dafür gesorgt, dass der geschlechtsspezifische Blick auf die Medizin geschärft wurde. Die Frauengesundheitsforschung hat zum Beispiel skandalisiert, dass Testreihen zu neuen Medikamenten einst nur mit männlichen Probanden durchgeführt wurden. Sie hat darauf hingewiesen, dass die Symptome von Herz- und Kreislauferkrankungen beim weiblichen Geschlecht andere sind: Männer spüren typische Lehrbuch-Symptome wie Engegefühl und Stechen in der Brust, Frauen klagen eher über Schlafstörungen und Übelkeit – mit der Gefahr, dass ein möglicher Infarkt bei ihnen zu spät erkannt wird.

Um spezielle Faktoren, die Männer krank machen, hat sich die staatliche Gesundheitspolitik bisher wenig gekümmert. Das lag auch daran, dass keine nennenswerte „Männergesundheitsbewegung“ existierte. Seit einigen Jahren aber fordern Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen einen geschlechterreflektierten Zugang auch aus männlicher Perspektive. Ergebnis ist der jetzt vorliegende Erste deutsche Männergesundheitsbericht (Stiehler et al. 2010). Dass dieser umfassende, über Teilbereiche hinausgehende Überblick nicht von der Bundesregierung, sondern von der Stiftung Männergesundheit in Kooperation mit einer privaten Krankenversicherung ermöglicht wurde, illustriert nachdrücklich die Versäumnisse der Vergangenheit.

3.4 Antifeministische Behauptung

„Frauen sind ebenso gewalttätig wie Männer.“

3.4.1 Widerlegung und Erläuterung

Diese These vertritt der Wiener Geschlechterforscher Gerhard Amendt im Bezug auf häusliche Gewalt. Er beruft sich dabei auf Daten aus seiner Studie über Scheidungsväter (Amendt 2006). Der Soziologe verwendet allerdings einen fragwürdigen Gewaltbegriff. Er unterscheidet „Handgreiflichkeiten“ zwischen Paaren nicht von schweren körperlichen Verletzungen. Gravierende Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit erleiden in Be-

ziehungskonflikten überwiegend weibliche Opfer – auch wenn der Männeranteil höher liegt als häufig vermutet (Banzhaf et al. 2006; Döge 2011). Schwer geschlagene, misshandelte und vergewaltigte Frauen suchen Zuflucht in Frauenhäusern. Amendt propagiert deren Abschaffung und bezeichnet die dort tätigen Mitarbeiterinnen als „Ideologinnen“, die sich einer männerfeindlichen „Kampfrhetorik“ bedienen.

Gewalt im öffentlichen Raum geht meist nicht nur von Männern aus, sondern richtet sich auch häufig gegen sie. Der Geschlechterforscher Hans-Joachim Lenz, der sich seit langem mit „Jungen und Männer als Opfer von Gewalt“ (Lenz 1996) beschäftigt, warnt davor, diese Tatsache „als falsches und unredliches Argument im populistisch gewendeten Geschlechterkampf zu missbrauchen“ (Lenz 2009: 303). Er hält es für richtig, dass sein Anliegen mehr Aufmerksamkeit erhält, aber für falsch, wenn „männliche Täterschaft geleugnet und entschuldigt“ oder „gar die Schließung von Frauenhäusern verlangt wird“ (Lenz 2009: 304).

3.5 Antifeministische Behauptung

„Vätern werden die Kinder entzogen.“

3.5.1 Widerlegung und Erläuterung

Trennung und Scheidung sind ein geschlechterpolitisches Minenfeld. Väterrechtsorganisationen zufolge urteilen die Familiengerichte tendenziös zu Gunsten der Mütter, sprechen ihnen ohne sorgfältige Prüfung das alleinige Sorgerecht für den Nachwuchs zu.

Frauen haben manchmal gute Gründe, darauf zu bestehen, dass sie allein entscheiden. Ein Teil der Erzeuger zeigt wenig Interesse an seinem Nachwuchs. 90 Prozent der 1,6 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland sind Mütter. 40 Prozent der getrennt lebenden Väter zahlen keinen, zu wenig oder nicht regelmäßig Unterhalt. Für knapp 500.000 Kinder muss der Staat mit Vorschüssen einspringen.

Trotzdem gibt es auch Männer, die sich kümmern wollen, dies aber nicht können. Nicht ver-

heiratete Väter hatten in der Vergangenheit keinen Anspruch auf ein gemeinsames Sorgerecht, wenn Mütter diesem Wunsch nicht zustimmten. Gesetze und Gerichtsurteile beruhten für Jahrzehnte auf dem Bild eines Vaters, der nicht bereit ist, Verantwortung zu tragen; eines „unzuverlässigen Filous“, der „gefallene Mädchen“ im Stich lässt und die Folgen einer kurzen Affäre bequem an die Mutter delegiert.

Von den jährlich rund 200.000 Scheidungen in Deutschland sind gut 150.000 Kinder betroffen. Die meisten getrennt lebenden Eltern finden ein halbwegs zufrieden stellendes Arrangement. Die Familienrechtsreform von 1998 hat erheblich zur Entschärfung der Konflikte um das Sorgerecht beigetragen. Im August 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht die fortbestehende Benachteiligung lediger Väter für gesetzeswidrig. Das Bundesjustizministerium soll das Urteil jetzt umsetzen.

Künftig wird beiden Elternteilen Verantwortung für das „Kindeswohl“ zugeschrieben – ob sie verheiratet sind oder nicht. Väterrechtsorganisationen fordern, die gemeinsame Sorge auch ohne Ehe zum Regelfall zu erklären. In der parlamentarischen Beratung zeichnet sich indes ab, dass Union und SPD das Sorgerecht weiterhin zunächst der Mutter zusprechen wollen; ledige Väter können es beantragen und vor Gericht einfordern. Die FDP spricht diplomatisch von einer „differenzierten Widerspruchslösung“: Zumindest müsste Vätern die Möglichkeit eingeräumt werden, schnell und mit guten Chancen einen Entscheid zu ihren Gunsten herbeizuführen.

3.6 Antifeministische Behauptung

„Die Medien ignorieren unsere Anliegen.“

3.6.1 Widerlegung und Erläuterung

Männerrechtler prangern die öffentliche Nichtbeachtung ihrer Anliegen an. Angeblich unterwerfen sich die Medien einer feministischen Deutungshoheit und berichten zu wenig über die Benachteiligung von Männern. Eine „Kaste der Feminismus- und Genderfunktionäre“ (Paulwitz 2008: 1) habe die kulturelle Vorherrschaft erobert, Frauen seien allgegenwärtig, und bestimmen die Themen. So würde jede männliche Opposition unterdrückt.

Faktisch wird das Thema alles andere als ignoriert: Angesichts von diversen Aufmachern in *Die Zeit*, *Focus* und *Der Spiegel* kann von Medienboykott überhaupt keine Rede sein. Vor allem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* thematisiert immer wieder den angeblichen Bedeutungsverlust des Mannes. Schon 2003 behauptete Mitherausgeber Frank Schirrmacher, Frauen hätten die „Bewusstseinsindustrie“ (Schirrmacher 2003: 33) übernommen. Als wichtigsten Beleg führte er an, dass weibliche Talkshow-Moderatorinnen den politischen Männerrunden die Stichworte liefern dürfen. Müttern hielt Schirrmacher unter Verweis auf neue Erkenntnisse der Verhaltensbiologie vor, ihre natürliche Aufgabe in den Familien zu vernachlässigen.

Neokonservative Sichtweisen auf die Geschlechterfrage und antifeministische Argumente werden in den Medien seit Jahren ständig aufgegriffen und unterstützt (Roßhart 2008; Gesterkamp 2010). Im Internet betreiben Männerrechtler regelrechte Kampagnen. Sie versuchen durch anonymes Posten und Vielschreiberei quantitativ zu dominieren und unverfängliche Foren (Piratenpartei, Aktion Mensch, *Zeit online*) zu „entern“.

3.7 Literaturverzeichnis

- Amendt, Gerhard 2006: Scheidungsväter. Wie Männer die Trennung von ihren Kindern erleben, Frankfurt.
- Banzhaf, Günter et al. (Hrsg.) 2006: Sind es immer nur die Männer? Wider das Klischee von Männern als Täter und Frauen als Opfer, Württemberg, Stuttgart.
- Baumert, Jürgen et al. 2001: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.
- Bos, Wilfried et al. (Hrsg.) 2003: Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich, Münster.
- Bundesjugendkuratorium 2009: Schlaue Mädchen – Dumme Jungen. Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs, München.
- Döge, Peter 2011: Männer, die ewigen Gewalttäter? Gewalt von und gegen Männer in Deutschland. Sonderauswertung der kirchlichen Männerstudie, Wiesbaden, i.E.
- Gesterkamp, Thomas 2007: Die Krise der Kerle. Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft, Münster.
- Gesterkamp, Thomas 2010: Geschlechterkampf von rechts. Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren, WISO Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Helbig, Marcel 2010: Sind Lehrerinnen für den geringeren Schulerfolg von Jungen verantwortlich? Eine Längsschnittstudie, Berlin.
- Lenz, Hans-Joachim 1996: Spirale der Gewalt. Jungen und Männer als Opfer von Gewalt, Berlin.
- Lenz, Hans-Joachim 2009: Über die kulturelle Verdrängung der gegen Männer gerichteten Gewalt, in: Gruner, Paul-Hermann/Kuhla, Eckhard (Hrsg.): Befreiungsbewegung für Männer, Gießen.
- Luy, Marc 2006: Ursachen der männlichen Übersterblichkeit. Eine Studie über die Mortalität von Nonnen und Mönchen, in: Geppert, Jochen; Kühl, Jutta (Hrsg.): Gender und Lebenserwartung, Bielefeld.
- OECD 2008: PISA 2006. Schulleistungen im internationalen Vergleich. Naturwissenschaftliche Kompetenzen für die Welt von morgen, Bielefeld.
- Paulwitz, Michael 2008: Freiheit statt Feminismus, in: Junge Freiheit, 5.2.2008: 1.
- Prenzel, Manfred et al. (Hrsg.) 2007: PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie, Münster.
- Roßhart, Julia 2008: Bedrohungsszenario Gender. Gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming (Magisterarbeit, Universität Potsdam), Potsdam.
- Scheele, Sebastian 2010: Geschlecht, Gesundheit, Gouvernementalität. Selbstverhältnisse und Geschlechterwissen in der Männergesundheitsförderung, Königstein.
- Schirmacher, Frank 2003: Männerdämmerung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.7.2003: 33.
- Stiehler, Matthias et al. (Hrsg.) 2010: Erster deutscher Männergesundheitsbericht, Berlin.
- Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (Hrsg.) 2009: Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem. Jahrgutachten des Aktionsrates Bildung, Wiesbaden.
- Volz, Rainer; Zulehner, Paul 2009: Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland, Baden-Baden.

4. Argumente zum Thema Familie

Manfred Köhnen

Es gab in den letzten Jahren viele Diagnosen über die „Demographische Katastrophe“, also die geringe Zahl der Geburten mit 1,34 Kindern pro Frau und die „Überalterung der Gesellschaft“. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Zerfall „der Familie“ beklagt, der auch an einer Scheidungsquote von 34 Prozent der Ehen festgemacht werden kann.¹¹ Die Diagnosen klingen beunruhigend und werden oft in den Medien präsentiert. Das Bild vom „Aussterben der Deutschen“, vom „Raum ohne Volk“ schürt existenzielle Ängste. Ebenso ist der Begriff der Familie mit dem grundlegenden Bedürfnis nach emotionaler Nähe und Sicherheit verknüpft. Es stimmt viele Menschen besorgt und ängstlich, dass immer mehr Ehen geschieden werden und dass die Vorstellung von Familie als lebenslanger Verbindung aus Vater, Mutter, Kind immer seltener funktioniert.

Die Lösung von einigen Problemen ist in einer modernen Gleichstellungspolitik (-> Glossar) zu finden.

4.1 Antifeministische Behauptung

„Die Deutschen sterben aus, weil Frauen keine Kinder kriegen.“

4.1.1 Widerlegungen

- Es wird seit über hundert Jahren prognostiziert, dass die Deutschen aussterben – ohne, dass es eingetreten wäre.
- Frauen sind nicht alleine verantwortlich für Geburt und Erziehung von Kindern.
- Elternschaft braucht (wirtschaftliche) Sicherheit – und die fehlt zunehmend.

- Familienpolitik und Gesellschaft sind auf ein Familienmodell konzentriert, das den Lebenslagen vieler Menschen nicht entspricht.

4.1.2 Erläuterung

Seit über hundert Jahren wird vorausgesagt, dass „die Deutschen“ aussterben. Aber nicht nur die. Auch die Bevölkerung der anderen westlich geprägten Länder sei „bedroht“. Auch dort gehen seit den jeweiligen Phasen von Industrialisierung und Verstädterung die Geburtenziffern zurück. In Deutschland ist das etwa seit 1900 der Fall. Trotz der beiden Weltkriege und dem kontinuierlichen Rückgang der Geburtenrate sind „die Deutschen“ nicht ausgestorben. Dennoch ist dem Thema in Medien und Wissenschaft immer wieder große Beachtung geschenkt worden (Regenhard 2007; Ferdinand 2003). Von Oswald Spengler (1918) bis zu den Zeitgenoss/innen Eva Herman, Frank Schirrmacher (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*) und Thilo Sarrazin (2010) wurde immer wieder eine Ursache benannt: die Emanzipation der Frauen. Diesen Theorien scheint die Annahme zugrunde zu liegen, es gäbe eine einheitliche Gruppe, nämlich „die Frauen“, die aus egoistischen Motiven willentlich in den Gebärstreik getreten seien.

Eine genauere Sicht macht die blinden Flecken der Debatte deutlich: Migration, Geschlechterrollen und soziale Ungleichheit werden nicht berücksichtigt und daraus folgt eine Politik, die es nicht schafft, so auf die Bedürfnisse und Lebenslagen der Menschen einzugehen, dass sie sich für ein Leben mit Kindern entscheiden.

Doch zunächst zu den blinden Flecken der Debatte über den Bevölkerungswandel. Zumeist wird nur die Bevölkerung mit deutscher Staats-

¹¹ So waren 34 Prozent der im Jahr 1982 geschlossenen Ehen nach 25 Jahren geschieden (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2009).

bürgerschaft analysiert. Die Geburtenziffern von Migrantinnen und Migranten und deren Zuzug werden in diesem Kontext eher als Bedrohung thematisiert. Ein Beispiel hierfür war zuletzt Thilo Sarrazins Buch (2010). Diese Perspektive ist kurzsichtig und zudem rassistisch. In der Geschichte haben viele Migrantinnen und Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und (mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft) zum Wohl und Nachwuchs des Landes beigetragen. Anstatt Migrantinnen und Migranten als Bedrohung zu begreifen, sollte das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass Integration immer schwierig war und doch erfolgreich stattgefunden hat. Davon hat Deutschland kulturell und wirtschaftlich profitiert.

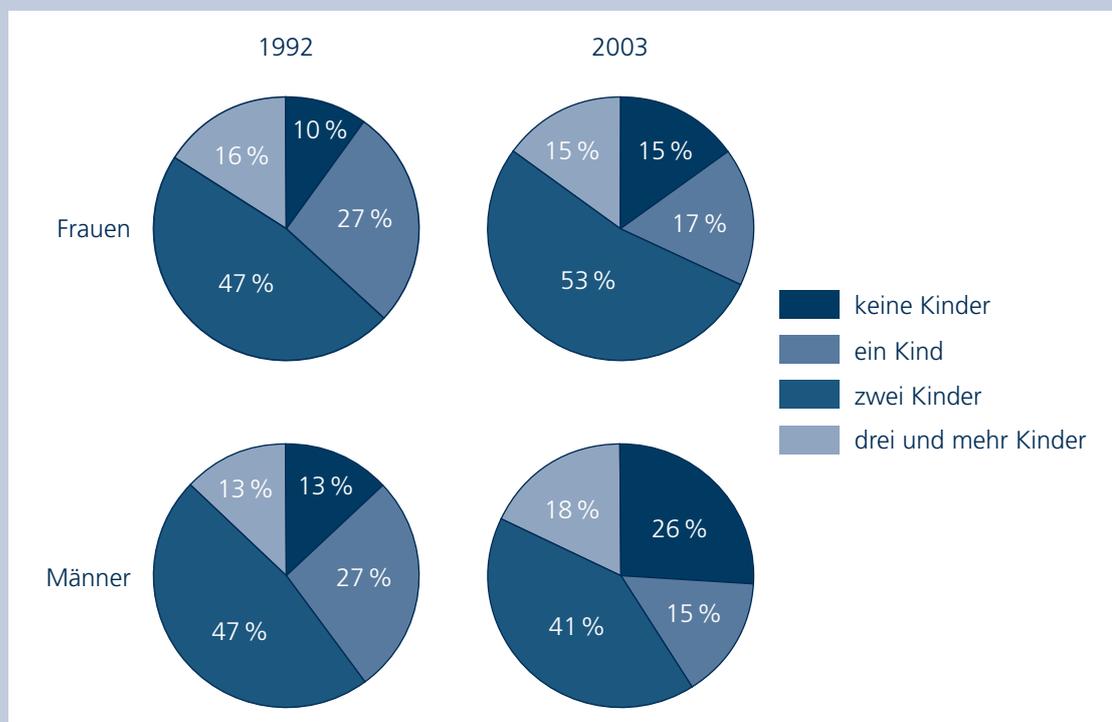
Ein weiterer blinder Fleck der Debatte über den Bevölkerungswandel sind die Geschlechterverhältnisse und die Geschlechterrollen. Obwohl klar ist, dass die Zahl der Geburten etwas mit Menschen männlichen und weiblichen Geschlechts zu tun hat, kommen ausschließlich

Frauen in den Blick der öffentlichen Diskussion (Stiegler 2006; Regenhard 2007). Schon die Statistik misst die Geburtenrate als „Kinder pro Frau“ und ignoriert damit den Umstand, dass die Geburt eines Kindes am Ende eines sehr komplexen Prozesses der Lebensplanung mindestens zweier Menschen steht (Stiegler 2006: 11). Diese Prozesse werden von hergebrachten Vorstellungen beeinflusst. So gibt es die Erkenntnis, dass Männer bei der Geburt des ersten Kindes mehr Zeit auf Erwerbsarbeit verwenden (Stiegler 2006; Vinken 2001). Frauen müssen dagegen eher berufliche Einschnitte hinnehmen. Diese unterschiedlichen Anforderungen werden von vielen Menschen nicht mehr akzeptiert (s.u. 4.2).

Die Kinderwünsche deutscher Männer und Frauen waren mit durchschnittlich 1,59 (Männer) und 1,75 (Frauen) sehr viel niedriger als in anderen europäischen Ländern. Zum Vergleich: In Finnland wünschten sich Männer durchschnittlich 2,14 Kinder und Frauen 2,18 (Höhn et al. 2006: 17).

Abbildung 1:

Entwicklung des Kinderwunsches über die Zeit



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Die Gruppe derer, die kinderlos bleiben wollen, hat sich bei den Frauen von 10 auf 15 Prozent erhöht und bei den Männern von 13 Prozent auf 26 Prozent. Der Anteil derer, die kinderlos bleiben wollen, ist bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen. Die mehr oder weniger indirekt ausgesprochenen Schuldzuweisungen an „die Frauen“ in Deutschland greifen damit zu kurz. Allerdings würde auch eine Schuldzuweisung an „die Männer“ zu kurz greifen, da die Rahmenbedingungen und die Geschlechterverhältnisse berücksichtigt werden müssen (s.u. 4.2).

Einen ersten Hinweis auf die Ursachen gibt eine repräsentative Umfrage von 2003, die den Wunsch nach Kinderlosigkeit zwischen Ost und West differenziert.

Tabelle 1:

Wunsch nach Kinderlosigkeit in %

	Gesamt	West	Ost
Männer	23	27	21
Frauen	15	17	6

Quelle: Höhn et al. 2006: 20.

In Ostdeutschland ist der Wunsch nach Kinderlosigkeit geringer ausgeprägt. Das liegt vermutlich daran, dass die DDR Elternschaft und die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf gefördert hat.

Elternschaft braucht (wirtschaftliche) Sicherheit – und die fehlt zunehmend. Elternschaft war lange Zeit eine Frage des Schicksals. Mit den verbesserten Verhütungsmöglichkeiten durch die Pille wurde Elternschaft zu einer bewussten Entscheidung. Die Verantwortung für ein Kind zu übernehmen, bedeutet ein Projekt zu beginnen, das einen für ungefähr zwanzig Jahre bindet (Beck-Gernsheim 2000: 58 ff.). Und dafür wünschen sich die meisten Menschen stabile wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen. So

stimmten über 50 Prozent der Befragten, die keine (weiteren) Kinder haben wollten, den folgenden Aussagen zu:

- „Um Kinder zu haben, benötige ich einen sicheren Arbeitsplatz.“
- „Um Kinder zu haben, benötigt mein(e) Ehe-/Partner/in einen sicheren Arbeitsplatz.“
- „Ich mache mir zuviel Sorgen darüber, welche Zukunft meine Kinder erwartet.“

(Höhn et al. 2006: 30-32; vgl. auch BMFSFJ 2006)

Trotz eines Kinderwunsches bleiben viele kinderlos: So gaben die Befragten in einer anderen Umfrage an, Kinder haben zu wollen und zwar 2,04 (Männer) bzw. 2,11 (Frauen) (Sütterlin 2009: 1). Allerdings habe der oder die richtige Partner/in gefehlt (50 Prozent), es habe aus beruflichen Gründen (25 Prozent) oder finanziellen Gründen nicht geklappt (25 Prozent). Auch bei Eltern mit Kindern scheiterte der Wunsch nach einem weiteren Kind an finanziellen (35 Prozent) oder beruflichen (18 Prozent) Gründen (Sütterlin 2009: 2).

Die Rahmenbedingungen für ein solches „Lebensprojekt Familie“ (Beck-Gernsheim 2000: 58 ff.) werden seit Mitte der 1970er Jahre in Westdeutschland ungünstiger. Seither steigt die Arbeitslosigkeit, die Reallöhne sinken, die Dauer von Arbeitsverträgen wird zunehmend begrenzt, die Sozialleistungen werden gekürzt, die Anforderungen an räumliche Mobilität (z.B. Umzug wegen einer neuen Arbeitsstelle) nehmen zu (BMFSFJ 2006: 80 ff.). In Ostdeutschland ist mit der Wende und der damit verbundenen Unsicherheit die Geburtenrate deutlich zurückgegangen und später leicht angestiegen. Die Menschen orientieren sich mit ihrer Familienplanung sehr stark an den gesellschaftlichen Bedingungen.

Neben der wirtschaftlichen Sicherheit ist ein gutes Angebot für die Kinderbetreuung sehr wichtig für die Entscheidung, Nachwuchs zu bekommen. Ergänzend oder als Ersatz können Familienangehörige und soziale Netzwerke zu der Entscheidung für ein Kind beitragen (Ette/Ruckdeschel 2007). Allerdings ist der Druck auf Frauen, besonders in Westdeutschland, sehr groß, die Kinder selbst zu erziehen (Sütterlin 2009: 3; Vinken 2007).

Wie der Siebte Familienbericht belegt, sind Kinder und Eltern überproportional von Armut betroffen – mit zunehmender Tendenz (BMFSFJ 2006: 166 ff.). Eine häufige Ursache für die Armut von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern ist die mangelnde Kinderbetreuung – da sie die Aufnahme von Erwerbstätigkeiten verhindert (BMFSFJ 2006). Eine Ursache für die niedrige Geburtenrate in Deutschland liegt also darin, dass die Verbindung von Beruf und Familie in Deutschland für Frauen schwerer ist als in anderen Ländern (Kröhnert/Klingholz 2008; BMFSFJ 2006). Dies ist in einer konservativen Familienpolitik und in den verbreiteten Vorstellungen von Familie begründet, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

4.2 Antifeministische Behauptung

„Immer mehr Familien gehen kaputt, weil Frauen arbeiten und sich selbst verwirklichen wollen.“

4.2.1 Widerlegung

- Wirtschaftliche Selbstständigkeit von Frauen führt nicht zur Trennung, wenn die Beziehung intakt ist.
- Es ist nicht der individuelle Emanzipationswille von Frauen, sondern ein Ergebnis sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen, dass die wirtschaftliche Selbstständigkeit von Frauen und Männern gleichermaßen notwendig ist.
- Die Vorstellung von der Kleinfamilie mit Haupternährer, Hausfrau und Kind setzt Frauen und Männer unter Druck, unzeitgemäßen Rollenbildern zu entsprechen – das ist ein häufiger Grund für Kinderlosigkeit und Trennungen.
- Trennungen sind für die Betroffenen problematische Erfahrungen, die ernst genommen werden müssen – aber historisch gesehen handelt es sich um einen Wandel der Institution Familie, der schon lange stattfindet.
- Andere Länder haben sich dem sozialen Wandel angepasst, indem sie die staatliche Kinder-

betreuung ausgebaut und eine geschlechtergerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit gefördert haben.

4.2.2 Erläuterung

Die Klage verbindet zwei ernst zu nehmende Entwicklungen, die gleichzeitig stattfinden, aber nicht zwingend zusammenhängen: Die eine Entwicklung besteht darin, dass ein immer größerer Anteil der geschlossenen Ehen geschieden wird und die Zahl der Eheschließungen zurückgeht. Die andere Entwicklung ist die, dass immer mehr Frauen über eine gute Berufsausbildung verfügen und dass die Erwerbstätigkeit immer wichtiger wird.

Zunächst ist es nicht einleuchtend, dass Familien kaputt gehen, weil Frauen erwerbstätig sind. Wenn sich Eltern Betreuungsaufgaben teilen, wenn staatliche Kinderbetreuung Eltern entlastete, dann könnten Familie und Beruf für Frauen und Männer vereinbar sein, ohne eine Belastung für das Familienleben darzustellen. Dies ist auch das Ergebnis einer statistischen Untersuchung: Frauenerwerbstätigkeit hat insgesamt keinen Einfluss auf die Stabilität von Ehen (Böttcher 2006). Werden gleichberechtigte Ehen getrennt untersucht, dann trägt die Erwerbstätigkeit von Frauen zur Stabilität der Ehe bei.

Der antifeministischen Behauptung liegt ein sehr spezielles Bild von Ehe und Familie zugrunde, das vor allem in Westdeutschland sehr verbreitet ist: Die stabile Kleinfamilie, bestehend aus dem verdienenden Vater und Ernährer, der Hausfrau und Mutter und den beiden Kindern. Trotz eines neuen Ansatzes zur Familienpolitik ist dieses Familienmodell tief eingeschrieben in die Gesetze, Regelungen und öffentlichen Angebote der Bundesrepublik (Bothfeld 2008). Vom Ehegattensplitting¹² über mangelnde Kinderbetreuungsangebote bis zur Halbtagsschule drängt die Struktur staatlicher Angebote und Förderleistungen in Richtung einer Nicht- oder Teilzeiterwerbstätigkeit der Mütter.

Antifeministische Texte wie „Das Eva Prinzip“ (Herman 2006) sehen Emanzipation und da-

¹² Das Ehegattensplitting ist eine steuerliche Vergünstigung für verheiratete Paare, die sehr ungleiche Einkommen beziehen. Je mehr sich die Einkommen angleichen, desto weniger Vergünstigungen werden erstatet. Der Staat verzichtet mit dem Ehegattensplitting auf ca. 27 Milliarden Euro Steuereinnahmen (Färber et al. 2008).

raus folgende Berufstätigkeit von Frauen als Ursache für die Instabilität von Ehen und Familien und von Kinderlosigkeit an und empfehlen die Rückkehr zu dem alten Modell. Dagegen spricht aber zum Beispiel die Arbeitsmarktsituation von Frauen im Vergleich zu der der Männer (-> Kapitel 6). Wahrscheinlicher ist die umgekehrte Interpretation, dass es nicht die Emanzipation ist, die die Ehen unter Druck setzen, sondern die allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen wie die zunehmende Individualisierung und die wirtschaftliche Unsicherheit. Und schließlich entstanden durch den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft zahlreiche Arbeitsplätze, die von Frauen besetzt wurden. Die in der antifeministischen Behauptung enthaltene Vorstellung, dass die Emanzipation der Frauen zur Entstehung dieser Arbeitsplätze geführt hat, ist absurd. Gleichzeitig sind immer mehr Familien wegen der unsicheren Arbeitsmarktlage und Niedriglöhnen auf zwei Einkommen angewiesen. Die Ehen wohlhabender Paare werden seltener geschieden. Ein anderer Befund ist der, dass die Scheidung in Westdeutschland zu 60 Prozent von Ehefrauen eingereicht werden. In Ostdeutschland, wo die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern ähnlicher sind, sind auch die Anträge zur Scheidung ausgeglichener (Emmerling 2007). Zudem gibt es Hinweise darauf, dass das konservative Modell der Kleinfamilie selbst zur Kinderlosigkeit beiträgt. So schätzte die Mehrheit der befragten Frauen und Männer, dass Kinder die Erwerbstätigkeit von Frauen einschränken würden – und zwar sowohl den zeitlichen Umfang als auch die inhaltlichen Ansprüche (Höhn et al. 2006; bpb 2008). Frauen, die in einer stabilen Ehe leben, verzichten lieber auf Kinder, wenn ihre Männer sich eine nicht berufstätige Hausfrau wünschen als dass sie diesem Wunsch ihrer Männer nachkommen (Stiegler 2006: 14; Rupp 2005).

Die verbreiteten traditionellen Vorstellungen von Familie haben ebenfalls Einfluss auf Wahl der Partner/innen. Entsprechend dem hierarchischen Geschlechtermodell heiraten zumeist ältere Männer mit besseren Qualifikationen jüngere Frauen mit geringeren Qualifikationen (Stiegler 2006; Emmerling 2007). Seit 1960 hat der Anteil der Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen

zugenommen. Im Zuge der Bildungsexpansion haben auch immer mehr Frauen hohe Qualifikationen erworben, die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Bildung sind geringer geworden (BMFSFJ 2006: 83ff.). Das Zusammenspiel traditioneller Partner/innenwahl mit der Bildung von Frauen führt dazu, dass Frauen mit hohen und Männer mit geringen beruflichen Qualifikationen sehr viel häufiger ohne Partner/in und kinderlos bleiben (Stiegler 2006; Gesterkamp 2005).

Das Argument, dass „die Familie kaputt geht“, basiert also auf der Vorstellung der Ernährerfamilie. Manche Menschen haben die Vorstellung, dass dieses Modell „natürlich“ sei und ein Wandel wird deshalb als bedrohlich wahrgenommen. Hier vermengt sich das persönliche Bedürfnis nach Sicherheit mit dem Weltbild. Dabei wird regelmäßig vergessen, dass die moderne Zivilehe und das allgemeine Heiratsrecht überhaupt erst mit dem Reichspersonenstandsgesetz seit 1875 eingeführt wurden. Bis dahin durften nur bestimmte, sehr kleine Personenkreise wie Adlige oder Besitzbürger heiraten und zwar erst, wenn sie das Erbe des Hofes oder des Betriebs antraten (Beck-Gernsheim 2001: 24ff.). Bis dahin, aber auch danach gab es viele verschiedene Formen des Zusammenlebens. Die meisten beinhalteten die Erwerbstätigkeit aller Personen wie zum Beispiel auf dem Bauernhof, im Familienbetrieb, aber auch bei Arbeiter/innenfamilien, weil es sonst zum Leben nicht reichte. Insofern war das Ideal des Ernährermodells immer schon eine Ausnahme für privilegierte Männer, von denen Frauen abhängig waren (Beck-Gernsheim 2001).

Die kontinuierlich steigenden Scheidungsraten sind kein Grund zu kulturpessimistischen Vorhersagen (Emmerling 2007). Auch wenn Trennungen immer belastende Erfahrungen sind – gerade für Kinder – gibt es neue Möglichkeiten des Umgangs. Die Bedeutung der Familie ist der gegenseitige Beistand und das Gefühl der Geborgenheit. Diese werden von immer mehr Menschen zunehmend in neuen Formen wie zum Beispiel der Patchwork-Familie gefunden (Beck-Gernsheim 2001). Zudem werden die Scheidungsraten dadurch aufgefangen, dass Viele auch mehrmals heiraten.

Für eine erfolgreiche Familien- und Gleichstellungspolitik ist es notwendig, den sozialen Wandel zu akzeptieren und sich mit der Familienpolitik darauf einzustellen. Immer mehr Frauen werden erwerbstätig und wirtschaftlich selbstständig sein. Wenn die Geburtenrate wieder steigen soll, dann muss es Eltern in Deutschland ermöglicht werden, Familie und Beruf zu verein-

baren. Im internationalen Vergleich lässt sich feststellen, dass die Industrieländer, die das geschafft haben, relativ höhere Geburtenraten aufweisen als zum Beispiel Deutschland und Österreich. Als Vorbilder sind insbesondere die skandinavischen Länder und Frankreich zu nennen (Kröhner/Klingholz 2008).

4.3 Weiterführende Links

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: <http://www.bib-demografie.de>

GenderKompetenzZentrum an der Humboldt Universität: www.genderkompetenz.info

– Sachgebiet Demographischer Wandel:

<http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/sachgebiete/demographischerwandel>

– Sachgebiet Familie:

<http://www.genderkompetenz.info/genderkompetenz-2003-2010/sachgebiete/familie>

Informationsportal des Rostocker Zentrums für demographischen Wandel: <http://www.zdwa.de>

4.4 Literaturverzeichnis

Beck-Gernsheim, Elisabeth 2000: Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen, 2. Aufl., München.

BMFSFJ 2006: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine Lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht, Bonn,

http://www.bmfsfj.de/doku/familienbericht/download/familienbericht_gesamt.pdf (13.12.2010).

Böttcher, Karin 2006: Scheidung in Ost- und Westdeutschland. Der Einfluss der Frauenerwerbstätigkeit auf die Ehestabilität. MPIDR Working Paper 2006-016, (Max-Planck-Institut für demographische Forschung Rostock), Rostock,

<http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2006-016.pdf> (10.10.2011).

Bothfeld, Silke 2008: Under (Re-)Construction – Die Fragmentierung des deutschen Geschlechterregimes durch die neue Familienpolitik. Arbeitspapiere des ZeS Nr. 1/2008, Bremen,

<http://www.zes.uni-bremen.de/ccm/content/veroeffentlichungen/arbeitspapiere.de?id=272> (13.12.2010).

bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) 2008: Die soziale Situation in Deutschland. Familie und Kinder, Berlin, <http://www.bpb.de/files/E61AH6.pdf> (13.12.2010).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2009: Ehelösungen, Wiesbaden.

http://www.bib-demografie.de/cln_099/nn_750736/DE/DatenundBefunde/05/eheloesungen__node.html?__nnn=true (13.12.2010).

Emmerling, Dieter 2007: Ehescheidungen 2005. Statistisches Bundesamt. Wirtschaft und Statistik 2/2007: 159-168.

Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin 2007: Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre weiteren Kinderwünsche, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 32 (Nr. 1-2), S. 51-72.

- Färber, Christine; Spangenberg, Ulrike; Stiegler, Barbara 2008: Umsteuern. Gute Gründe für ein Ende des Ehegattensplittings. WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05586.pdf> (13.1.2011).
- Ferdinand, Ursula 2003: Systematisierungen der Geburtenrückgangstheorien „um 1930“, in: Leibniz Sozietät/Sitzungsberichte Jg. 62 (Nr. 6), S. 171 - 186.
- Herman, Eva 2006: Das Eva Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit, Starnberg.
- Höhn, Charlotte; Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin 2006: Kinderwünsche in Deutschland – Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart, http://www.bib-demografie.de/cIn_099/nn_750682/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Broschueren/kinderwunschstudie__2006.html (13.12.2010).
- Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner 2008: Emanzipation oder Kindergeld? Was die neue Familienpolitik Deutschlands von anderen europäischen Ländern gelernt hat (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung) Berlin, http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Studien/Emanzipation_oder_Kindergeld_06_05_2008_korr.pdf (13.12.2010).
- Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner 2005: Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann, in: Sozialer Fortschritt Jg. 54 (Heft 12), S. 280-290.
- Regenhard, Ulla 2007: Gender im Abseits des demographischen Wandels. Zur wissenschaftlichen und medialen Debatte, in: Überparteiliche Fraueninitiative – Stadt der Frauen e.V. (Hrsg.): Demographischer Wandel und Gender – Ein blinder Fleck? Dokumentation der Fachtagung vom 29. August 2007 in Berlin, S. 19-64, www.berlin-stadtderfrauen.de/demografie/pdf/broschuere.pdf (13.12.2010).
- Rupp, Martina 2005: Kinderlos trotz (stabiler) Ehe, in: Zeitschrift für Familienforschung, Jg. 17, (Heft 1), S. 21 - 40.
- Sarrazin, Thilo 2010: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München.
- Spengler, Oswald 1918: Der Untergang des Abendlandes, Wien.
- Stiegler, Barbara 2006: Mutter-Vater-Kinder-Los. Eine Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive, Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, Expertisen zur Frauenforschung, Bonn. <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03850.pdf> (13.12.2010).
- Sütterlin, Sabine 2009: Kinderwunsch in Deutschland. Große Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit, (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung), Berlin, http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Suetterlin_Kinderwuensche_02.pdf (13.12.2010).
- Vinken, Barbara 2007: Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos, erweiterte und aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main.
- ZDWA (Informationsportal des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels) 2010: http://www.zdwa.de/zdwa/artikel/diagramme/20060215_51483557_diagW3DnavidW2667.php (17.1.2010).

5. Argumente zum Thema Bildung

Melanie Ebenfeld

Das Bildungssystem ist in der Kritik. Es laufen Debatten über Art und Qualität der Bildung. Diskutiert wird, wer wie und warum gewinnt oder verliert und wer wen bilden und erziehen darf oder soll. Zentrale Fragen sind, welche Rolle das Geschlecht der Lernenden und Lehrenden bei Bildungs(miss)erfolgen spielt, was geschlechtersensible Pädagogik bringt und wie frühkindliche Bildung aussehen soll.

5.1 Antifeministische Behauptung

„Die feminisierte Schule benachteiligt Jungen.“

5.1.1 Widerlegung

- „Die Jungen“ gibt es nicht.
- Problematisch sind Bilder von Männlichkeit, die im Gegensatz zu den Anforderungen von Schule stehen.
- Die Qualifikation von Pädagog_innen ist wichtiger als deren Geschlecht.
- Ein Bildungssystem, das Verlierer_innen hervorbringt, ist dringend reformbedürftig.

5.1.2 Erläuterung

Die These, dass Jungen die Verlierer des Bildungssystems seien und weibliche Erzieherinnen und Lehrerinnen daran die Schuld tragen, ist eine verkürzte Zusammenführung verschiedener Aspekte, die Probleme eher verstärkt als sie löst.¹³ Es sind nicht alle Kinder mit einem Y-Chromosom automatisch schlecht in der Schule, weil sie nur von Menschen mit zwei X-Chromosomen unterricht-

tet werden. Jungen sind keine homogene Gruppe. Sie werden nicht ausschließlich von Frauen unterrichtet. Und die Schulprobleme mancher Jungen lösen sich auch nicht, indem man Männer zu Erziehern umschult.

Zunächst ist es wichtig, genau zu analysieren, welche Faktoren dazu führen, dass ein Kind bzw. ein_e Jugendliche_r schlechte Schulleistungen erbringt. In einer aktuellen Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums (2010) wird deutlich gemacht, dass Kategorien wie soziale Herkunft und Migrationshintergrund einen größeren Einfluss auf Schulleistungen haben als das Geschlecht. Wobei man hier nicht verschiedene Faktoren, die Bildungskarrieren beeinflussen – wie Geschlecht, ethnische und soziale Herkunft – gegeneinander ausspielen darf. Die Realität ist komplex. Durch eine Vereinheitlichung von „den Jungen“ und „den Mädchen“ werden jedenfalls Gemeinsamkeiten zwischen Mädchen und Jungen und Unterschiede zwischen einzelnen Jungen ignoriert und eine Hierarchisierung verstärkt (Forster 2010).

Nun gibt es aber Forschungsergebnisse, die zeigen, dass Jungen in bestimmten Fächern in einem bestimmten Alter deutlich schlechter abschneiden als ihre Mitschülerinnen, beispielsweise was Lesekompetenzen angeht (OECD 2010). Zudem sind Jungen auf Sonderschulen mit 63,4 Prozent überrepräsentiert, die – in jedem Fall kritikwürdige – Diagnose „emotional/sozial behindert“¹⁴ erhalten sogar zu 86 Prozent Jungen (BMFSFJ 2005: 551). Es lohnt sich, hier genauer hinzuschauen und das Bild einer_s erfolgreichen Lernenden mit dem Bild eines „typischen Jungen“ zu vergleichen. Welche Erwartungen müs-

¹³ Einen guten Überblick über den aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand bietet Rieske 2011.

¹⁴ Hier muss als allererstes kritisiert werden, dass solch eine menschenunwürdige Diagnose überhaupt formuliert wird.

sen Schüler_innen erfüllen, damit sie in dem System Schule erfolgreich sind? Sie müssen fleißig sein, sich anpassen, still sitzen und ruhig arbeiten. Und welche stereotypisierten Erwartungen werden an einen Jungen gestellt? Ein „richtiger“ Junge ist klug, von Natur aus begabt und stark. Er muss nicht fleißig sein und lernen, da er alles kann und er ist nicht auf Hilfe angewiesen. Das vorherrschende Männlichkeitsbild, an dem Jungen sich orientieren und die Erwartungen, die Schule an sie stellt, laufen konträr zueinander (Budde 2008: 50). Auch Lehrkräfte orientieren sich häufig an solchen Bildern. So werden bei Mädchen gute Leistungen eher als Ausdruck von Fleiß gesehen; bei Jungen zeige sich hingegen das Talent (Budde 2008: 31). Schulprobleme von Jungen entstehen also unter anderem durch bestimmte vorherrschende Männlichkeitsbilder.

Jungen sind in Sonderschulen überrepräsentiert. Aber das bedeutet nicht, dass sie mehr Förderung als Mädchen brauchen. Ein Junge, der sich stark an einem bestimmten Männerbild orientiert und lautes, aggressives Verhalten zeigt, fällt auf, weil dieses Verhalten nicht in das System passt – im Gegensatz zu einem Mädchen, das sich an einem bestimmten Frauenbild orientiert und still, zurückgezogen und ggf. autoaggressiv ist und damit den Unterricht nicht stört. In beiden Fällen brauchen Kinder Hilfe. Aber ein Kind mit aggressivem nach außen gerichtetem Verhalten bekommt möglicherweise mehr Aufmerksamkeit und eher eine Diagnose wie „erziehungsschwierig“ oder „lernbehindert“. Gerechtere wäre es allerdings nicht, mehr Mädchen in Sonderschulen zu schicken. Notwendig ist es vielmehr, die Aussortierung und Stigmatisierung von Kindern in Sonderschulen zu kritisieren – was von internationaler Seite auch mehrfach geschehen ist, da diese Selektion gegen die UN-Behindertenrechtskonvention verstößt (Powell/Pfahl 2008).

Bemerkenswert ist, dass das schlechtere Bildungsniveau von Jungen immer noch zu besseren Berufs-, Karriere- und Verdienstmöglichkeiten führt. Auf dem Arbeitsmarkt werden stereotyp männ-

liche Eigenschaften wie Härte, Leistungsbereitschaft und eine „Ellenbogenmentalität“ gefragt und reproduziert. Wer ein „richtiger“ Mann ist, passt zwar nicht in die Schule, ist aber auf dem Arbeitsmarkt immer noch erfolgreicher: Männer sind in Führungspositionen überrepräsentiert und verdienen mehr (-> Kapitel 6). So haben Männer ohne Schulabschluss oder maximal Hauptschulabschluss noch bessere Chancen auf eine Berufsausbildung als junge Frauen ohne Schulabschluss oder mit maximal Hauptschulabschluss (Pimminger 2010: 6). Schlechte Schulleistungen von Jungen kann man als kurzzeitige Belastungen sehen, wobei langfristige Privilegien dennoch aufrecht erhalten werden¹⁵. Entweder, wir brauchen also eine Schule, die Jungen diszipliniert und sie dazu zwingt, sich anzupassen, still und fleißig zu sein. Oder wir gehen der Frage nach, ob ein Bildungssystem, das Anpassung und Stille fordert, für viele Kinder – egal welchen Geschlechts – so ideal ist. Stattdessen brauchen Kinder Anregungen, die ihnen ermöglichen, sich zu bewegen, auszuprobieren, kreativ zu sein und sich auf vielfältige Weise zu entwickeln.

In jedem Fall müssen vorherrschende Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder, die Jungen in eine bestimmte Rolle zwingen, verändert werden. Das ist auf der einen Seite eine Kritik an gesamtgesellschaftlichen Strukturen, an einem patriarchalen System und fordert politische Veränderungen. Auf der anderen Seite lassen sich durch bestimmte pädagogische Herangehensweisen Männer- und Frauenbilder verändern. Es gibt erprobte Ansätze von Jungenarbeit, in denen mit (pro)feministischen, antisexistischen, patriarchatskritischen Methoden Jungen vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden.¹⁶

Und Jungen brauchen auch Männer, die ihnen das vorleben. Denn die vorherrschenden Bilder von Männlichkeit eignen sich nicht. Genauso wie Mädchen Frauen mit unterschiedlichen Lebenskonzepten als Vorbilder und Identifikationsfiguren brauchen. Kinder brauchen vielfältige Männer- und Frauenbilder, Identifikationsperso-

15 Connell stellt fest: „The gender difference in reading scores is not a measure of boys' 'disadvantage', but an index of the short-term cost of maintaining a long-term privilege“ (2000: 167).

16 Ein gutes Beispiel ist der Dissens e.V., ein Bildungs- und Forschungsinstitut u.a. zur geschlechterreflektierten pädagogischen Arbeit mit Jungen (siehe: www.dissens.de).

nen und Bezugspersonen aller Geschlechter, also Pädagog_innen verschiedener Geschlechter mit verschiedenen Eigenschaften, in verschiedenen Positionen, mit verschiedenen Aufgaben und Fähigkeiten. Allein die Einstellung von männlichem Personal ändert nicht die Qualität der Bildung. Dass Pädagog_innen Gender-Kompetenzen brauchen, ist in Fachkreisen bekannt. Dazu gibt es theoretische und praktische Forschung: In den Publikationen der Koordinationsstelle Männer in Kitas des BMFSFJ (2010) oder des europäischen Forschungsprojektes Gender Loops (Krabel/Cremers 2008) wird die Wichtigkeit von genderkompetentem Fachpersonal und geschlechtersensiblen Konzepten betont. Erzieher_innen und Lehrer_innen mit Gender-Kompetenzen sind sensibel für Geschlechterstereotype, reflektieren ihre eigenen Rollenbilder, wissen um gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse und sind in der Lage, geschlechtersensibel zu arbeiten. Geschlechtersensible Pädagogik und Didaktik hat zum Ziel, Kinder und Jugendliche unabhängig ihres Geschlechtes zu fördern und zu fordern und gleichzeitig mit ihnen Stereotype und Rollenbilder zu reflektieren.

Niemand hat etwas davon, wenn nur überlegt wird, wer am stärksten benachteiligt ist. Vielmehr ist eine grundlegende Kritik des Bildungssystems notwendig, von dem scheinbar niemand richtig profitiert und in dem es nur um Gewinner_innen und Verlierer_innen geht – das ist ein neoliberales Modell, in dem der ökonomische Nutzen im Vordergrund steht. Was kritisiert werden muss, ist das katastrophale Bildungssystem – bestehend aus 16 verschiedenen Bildungs-Katastrophen in 16 verschiedenen Bundesländern –, das aus verschiedenen Gründen reformbedürftig ist.

Wir brauchen also keine pauschalisierenden Debatten über „schlaue“ und „dumme“ Kinder, sondern darüber, wie ein inklusives Bildungssystem aussehen kann, in dem alle Lernenden gleiche Chancen erhalten – unabhängig von Differenzierungskategorien wie Geschlecht, sexuelle Identität, ethnische Zugehörigkeit, Behinderung, Religion oder soziale Schicht. Es gibt immer mehr Studien, Expertisen, Handreichungen für die

Praxis sowie Ausbildungskonzepte und Fortbildungskonzepte für Fachkräfte frühkindlicher Bildung. Diese müssen diskutiert, weiterentwickelt und vor allem umgesetzt werden.

5.2 Antifeministische Behauptung

„Geschlechtersensible Pädagogik zerstört Identitäten und will geschlechtslose Menschen erschaffen.“

5.2.1 Widerlegung

- Im Gegenteil, Ziel geschlechtersensibler Pädagogik ist es, Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume zu erschaffen.
- Geschlechtersensible Pädagogik ist ein international anerkannter Forschungszweig mit vielfältigen praktischen Ansätzen.

5.2.2 Erläuterung

Das Ziel von geschlechtersensiblen Ansätzen in der Pädagogik ist es, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Bereits in den 80er Jahren haben sich Pädagog_innen theoretisch und praktisch mit verschiedenen Ansätzen von Jugendarbeit auseinandergesetzt und dabei festgestellt, dass diese hauptsächlich an den Bedürfnissen von Jungen orientiert waren (Hagemann-White 1984). Aus dieser Erkenntnis haben sich zunächst Ansätze von feministischer Mädchenarbeit entwickelt sowie Ansätze reflektierender Jungenarbeit, in denen es darum ging und geht, auf die Bedürfnisse von Mädchen bzw. Jungen einzugehen und sexistische¹⁷ Rollenbilder zu verändern. Grundgedanke von Mädchen- und Jungenarbeit war und ist, dass sexistische Vorstellungen davon, wie ein „richtiger“ Junge und ein „richtiges“ Mädchen zu sein hat, allen Kindern schadet. In aktuellen Ansätzen geschlechtersensibler Pädagogik (Glaser et al 2004; SFBB 2010) geht es vor allem darum, Mädchen und Jungen in ihren spezifischen Lebenslagen und in all ihrer Vielfalt wahrzunehmen.

17 Sexismus ist die Einteilung von Menschen in zwei (heterosexuelle) Geschlechter, die mit der Abwertung eines Geschlechts verbunden wird.

men. Dabei soll die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nicht durch Geschlechterstereotype verengt, sondern erweitert werden. Ein Kind soll alle Potenziale ausschöpfen können, ohne dabei von Rollenerwartungen und Geschlechterstereotypen eingeschränkt zu werden.

Kinder, Jugendliche und Erwachsene lernen besser in einer Umgebung, in der sie nicht diskriminiert werden: weder aufgrund ihres Geschlechtes noch aufgrund ihrer Sexualität oder der Lebensweise ihrer Eltern. Es gibt auf der ganzen Welt Pädagog_innen, die gegen Homophobie¹⁸ in Schulen kämpfen und dabei deutlich machen, dass davon alle Schüler_innen profitieren (Dijk/Driel 2008; Ebenfeld 2010). Häufig werden geschlechtsuntypische Verhaltensweisen als „schwul“ oder „lesbisch“ bezeichnet und abgewertet. Genau darum geht es bei geschlechtersensiblen Ansätzen: zu zeigen, dass verschiedene Eigenschaften und Lebensweisen allen offen stehen und diese dabei nicht hierarchisiert werden. Denn Kategorien engen ein und gehen immer mit einer Bewertung einher.

Es gibt Menschen, die behaupten, geschlechtersensible Pädagogik würde eine „freie“ Geschlechtsentwicklung einschränken. Dabei will geschlechtersensible Pädagogik genau das Gegenteil: Eine freie Entwicklung ermöglichen, in der Kindern mehr als eine festgelegte Rolle offen steht. Es geht darum, Entwicklungsmöglichkeiten zu erweitern und Handlungsspielräume zu öffnen, anstatt sie zu beschränken. Niemand will irgendjemandem sein_ihr Geschlecht „rauben“, sondern aufzeigen, dass nicht alles durch die Biologie vorbestimmt ist. Niemand will zerstören, sondern befreien, stärken und ermuntern. Im ersten Augenblick mag die Vorstellung von unendlichen Möglichkeiten beängstigen. Kinder brauchen klare Grenzen und Regeln – ja, aber nur soweit, wie sie Entwicklung unterstützen und nicht, wenn sie einengen. Und stereotype Rollenbilder sind keine brauchbaren Regeln, da kein Mensch tatsächlich so lebt. Oder wer kennt schon einen 100 Prozent-typischen Mann oder eine 100 Prozent-typische Frau? Eben! Das sind gesell-

schaftlich-kulturelle Bilder, die vor allem in der Werbung existieren. Kinder brauchen lebendige Vorbilder, an denen sie sich orientieren können. Männer, Frauen, Menschen aller Geschlechter mit verschiedenen Eigenschaften, die unabhängig ihres Geschlechtes, ihrer Herkunft, ihrer Religion usw. stark und schwach, emotional, rational, kreativ, verspielt und ernst und vieles andere sein können – vor allem müssen sie verlässliche Bezugspersonen sein.

Pädagog_innen sollten Kinder und Jugendliche in ihrer Vielfalt wahrnehmen und sich an den Bedürfnissen, Wünschen, Fähigkeiten und Interessen von Menschen orientieren, ohne diese in geschlechts-, kultur- oder sexualspezifische Gruppen zu unterteilen (Tuider 2004). Kinder und Jugendliche sollen ihre Potenziale und Fähigkeiten entwickeln können, um als erwachsene Menschen selber entscheiden zu können, wie sie leben wollen. Es geht darum, nichts „sein“ zu müssen, sondern verschiedene Lebensformen wählen zu können. Ziel ist eine Pädagogik vielfältiger Lebensweisen, bei der die zentrale Frage nicht lautet „Wer oder was bin ich?“, sondern „Wie will ich leben?“ (Hartmann 2004: 66).

5.3 Antifeministische Behauptung

„Kinder müssen in der Familie betreut werden, da Fremdbetreuung vor allem Kleinkindern schadet.“

5.3.1 Widerlegung

- Was Kinder brauchen, ist eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung, damit sie gefördert und gefordert werden.
- Kinder lernen durch Interaktion mit anderen Kindern. So werden soziale Kompetenzen gefördert und Kinder lernen vielfältige Lebensweisen kennen.
- Diese Behauptung dient dazu, Frauen auf eine Mutterrolle festzulegen, vielfältige Angebote ermöglichen hingegen echte Wahlfreiheit für Eltern.

18 Homophobie bedeutet eine Ablehnung von und Angst vor Homosexualität. Dabei ist Homophobie nicht nur eine persönliche Einstellung, sondern auch von einer gesellschaftlich-strukturell verankerten Abwertung und Ablehnung von Homosexualität gekennzeichnet.

5.3.2 Erläuterung

Ziel von Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagesstätten ist die frühkindliche Bildung. Es geht nicht darum, Kinder zu „verwahren“. Ausgebildete Erzieher_innen fördern und fordern Kinder, um ihnen zu einer bestmöglichen Entwicklung zu verhelfen.

Es gibt wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, dass Kinder am besten in Interaktion mit anderen Kindern und in einer anregenden Umgebung lernen (König 2010). Kinder profitieren davon, wenn sie eine Vielfalt von Lebensentwürfen kennenlernen. Grundsätzlich geht es darum, Kinder in Interaktion mit Anderen, in einer anregenden, speziell ausgestatteten Umgebung und mit durchdachten Konzepten zu bilden und zu erziehen (Fthenakis 2008).

Der Staat will Eltern ihre Kinder nicht „wegnehmen“. Eltern können entscheiden, wie und wo sie ihre Kinder erziehen, da es keine KiTa-Pflicht gibt. Aber Menschen können nur dann frei entscheiden, wenn ihnen vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Eine Vielfalt von bezahlbaren Betreuungsangeboten ermöglicht Eltern zu entscheiden, welche Rolle sie einnehmen wollen: die der berufstätigen Mutter, des berufstätigen Vaters, des Karrieremanns, der Karrierefrau, des Hausmanns, der Hausfrau oder eine ganz andere, selbst gestaltete.

Wenn Frauen eine Mutterrolle zugeschrieben wird, in der ihr einziger Lebensinhalt die Betreuung und Pflege von Familienangehörigen sein soll, dann beschränkt das Frauen in ihrer persönlichen Freiheit – und auch Männer, denen erzieherische Aufgaben somit gar nicht zustehen. Nicht jede Frau ist eine Mutter und nicht jede Frau, die ein Kind hat, ist immer nur Mutter. Die Gleichsetzung von Frau = Mutter dient dazu, Frauen in eine bestimmte Rolle zu drängen. Badinter spricht von einem regelrechten Stillzwang, der Müttern auferlegt wird und durch den

nicht-stillenden Müttern ein schlechtes Gewissen eingeredet wird (2010: 80ff.). In Deutschland wird das Bild einer „Rabemutter“ hochgehalten, die ihr Kind vernachlässigt und ihm schadet, wenn sie es nicht selber betreut. Wenn das tatsächlich der Fall wäre, würde allerdings in Frankreich, Dänemark, Belgien und vielen anderen Staaten die Mehrheit der Menschen einen Schaden haben.

Interessant ist, dass in Staaten, in denen Kinderbetreuung besser ausgebaut ist als in Deutschland und wo es üblich ist, dass Frauen erwerbstätig sind und Kinder haben, der Gender Pay Gap¹⁹ geringer und die Geburtenrate höher ist (Vinken 2007). Die Wissenschaftlerin Barbara Vinken, die das Bild der deutschen Mutter einer aufschlussreichen Analyse unterzogen und Vergleiche mit anderen europäischen Staaten gezogen hat, stellt fest: „Der deutsche Sonderweg schadet Kindern und Müttern gleichermaßen. Die fehlende Kinderbetreuung hat Deutschland im europäischen Vergleich in Sachen Karriere von Frauen, Verdienstmöglichkeiten und Geburtenrate ganz nach hinten katapultiert“ (Vinken 2007: 36).

Eine qualitativ hochwertige und flexible Kinderbetreuung ist notwendig, damit Eltern die Chance haben, Beruf und Familie zu vereinbaren und die Zeit mit ihren Kindern nutzen zu können. Es kommt nicht nur darauf an, wie viel Zeit Eltern mit ihren Kindern verbringen, sondern wie diese Zeit genutzt wird. Im Idealfall können sich Eltern die Erwerbs- und Betreuungsarbeit nach ihren Bedürfnissen und Wünschen teilen und so Zeit als Familie verbringen. Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften und die Weiterentwicklung von pädagogischen Konzepten ist eine notwendige Investition in frühkindliche Bildung. Solche Maßnahmen führen dazu, dass Eltern mehr Freiheit in der Gestaltung ihrer Elternrollen haben.

19 Der Gender Pay Gap bezeichnet den durchschnittlichen Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern, der in Deutschland zur Zeit bei 23 Prozent liegt (-> Glossar).

5.4 Weiterführende Links

www.dissens.de (Forschungsinstitut mit den Schwerpunkten Männlichkeiten und Arbeit, Gender und Bildung, Gender und Gewalt sowie Intersektionalitätsforschung)
 www.fun-and-care.at (Geschlechtersensible KiTa – Modellprojekt der Stadt Wien)
 www.genderloops.eu (Handreichung für geschlechtersensible Pädagogik in KiTas)
 www.hej-berlin.de (Handreichungen für emanzipatorische Jungenarbeit des GLADT e.V. 2009, Berlin)
 www.jungenarbeit-und-schule.de (Fortbildungsangebot und Materialsammlung)
 www.neue-wege-fuer-jungs.de (Bundesweites Netzwerk von Initiativen zur Berufswahl und Lebensplanung von Jungen)

5.5 Literaturverzeichnis

- Badinter, Elisabeth 2010: Der Konflikt. Die Frau und die Mutter, München.
- BMFSFJ 2010 (Hrsg.): Männliche Fachkräfte in Kindertagesstätten. Eine Studie zur Situation von Männern in Kindertagesstätten und in der Ausbildung zum Erzieher, Berlin.
- BMFSFJ 2005: Gender-Datenreport, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, (Hrsg. Waltraud Cornelißen), 2. Fassung, München.
- Budde, Jürgen 2008: Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/männlichen Jugendlichen, (Hrsg. vom BMBF), Bonn; Berlin,
<http://www.bmbf.de/pub/Bildungsmisserfolg.pdf> (3.2.11).
- Bundesjugendkuratorium 2009: Schlaue Mädchen – Dumme Jungen? Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs, München.
- Connell, Robert William 2000: The Men and the Boys, Berkeley and Los Angeles, California.
- Dijk, Lutz van; Driel, Barry van 2008 (Hrsg.): Sexuelle Vielfalt lernen. Schulen ohne Homophobie, Berlin.
- Ebenfeld, Melanie 2010: Kritik an der heterosexuellen Norm. Die Arbeit von teach out als gutes Beispiel für geschlechtersensible Bildungsarbeit mit Schwerpunkt lesbische, schwule, bisexuelle und transgender Lebensweisen, in: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Jg. 41 (Heft) S. 84 -91.
- Forster, Edgar 2009: „Boy turn“, Geschlechterpolitik und neue Ungleichheitsstrukturen. Vortrag auf der Konferenz: Junge, welche Rolle spielst Du? Männlichkeitsbilder im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung (16.06.09), Berlin.
- Fthenakis, Wassilios 2008: Der Bildungsauftrag in Kindertagesstätten: ein umstrittenes Terrain? in: Fthenakis, Wassilios; Textor, Martin (Hrsg.): Das Online-Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik, München.
http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_aktuelles/a_kindertagesbetreuung/s_739.html
 (18.12.2010).
- Glaser, Edith; Klika, Dorle; Prengel, Annedore 2004 (Hrsg.): Handbuch Gender und Erziehungswissenschaft, Bad Heilbrunn/Obb.
- Hagemann-White, Carol 1984: Sozialisation: Weiblich – männlich?, Opladen.
- Hartmann, Jutta 2004: Dynamisierungen in der Triade Geschlecht-Sexualität-Lebensform – dekonstruktive Herrschaftskritik und alltägliches Veränderungshandeln in der Pädagogik, in: Tuider, Elisabeth; Sielert, Uwe; Timmermanns, Stefan (Hrsg.): Sexualpädagogik weiter denken – Postmoderne Entgrenzungen und pädagogische Orientierungsversuche, Weinheim, S. 59 -77.
- König, Anke 2010: Interaktion als didaktisches Prinzip. Bildungsprozesse bewusst begleiten und gestalten, Troisdorf.

- Krabel, Jens; Cremers, Michael 2008 (Hrsg.): Gender Loops. Praxisbuch für eine geschlechterbewusste und -gerechte Kindertageseinrichtung, Berlin.
- OECD 2010: PISA 2009 Ergebnisse: Zusammenfassung, <http://www.oecd.org/dataoecd/35/35/46615935.pdf> (18.12.2010).
- Pimminger, Irene 2010: Junge Frauen und Männer im Übergang von der Schule in den Beruf (Hrsg. von der Agentur für Gleichstellung im ESF), Berlin, http://www.esf-gleichstellung.de/fileadmin/data/Downloads/Aktuelles/expertise_uebergang_schule_beruf.pdf (3.2.11).
- Powell, Justin; Pfahl, Lisa 2008: Sonderschule behindert Chancengleichheit, WZBrief Bildung 4/2008, http://bibliothek.wzb.eu/wzbrieft-bildung/WZBriefBildung200804_PowellPfahl.pdf (18.12.2010).
- Rieske, Thomas 2010: Bildung von Geschlecht: Geschlechterunterschiede und -hierarchien in Kindertagesstätten, Schulen und im Übergang in Ausbildung, Studium und Beruf (eine Studie im Auftrag der Max-Träger-Stiftung), Berlin, http://www.gew.de/Vergeschlechtlichte_Diskriminierung.html (3.2.11).
- SFBB 2010 (Hrsg.): Starke Mädchen, starke Jungen. Geschlechterbewusste Pädagogik als Schlüssel für Bildungsprozesse in der Kita, Berlin.
- Tuider, Elisabeth 2004: Im Kreuzungsbereich von Geschlecht – Sexualität – Kultur: Herausforderungen an eine queere (Sexual-)Pädagogik, in: Tietz, Lüder (Hrsg.): Homosexualität verstehen. Kritische Konzepte für die psychologische Theorie und Praxis, Hamburg, S. 115 - 141.
- Vinken, Barbara 2007: Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos, erweiterte und aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main.

6. Argumente zum Thema Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Deborah Ruggieri und Ute Wanzek

Gesellschaften verändern sich und damit auch Vorstellungen über Wirtschaft und Prioritäten auf den Arbeitsmärkten. Die immer weiter steigende weltweite Vernetzung von Wirtschaftsprozessen geht an Arbeitsmärkten, Leitbildern von Erwerbstätigkeit und daraus folgernd auch an der Organisation von Sorge- und Pflegearbeit nicht spurlos vorbei. Im Gegenteil, diese Prozesse verändern Arbeitsmärkte. Gesellschaftliche Entwicklungen, wie beispielsweise demografische Entwicklungen, die zu Verschiebungen in der Alterspyramide zu Gunsten Älterer und deren anhaltender Erwerbsfähigkeit, aber auch zur Erhöhung von Pflegebedürftigkeit führen oder der zunehmende Wunsch, dass beide Elternteile sich gleichberechtigt an der Kindererziehung beteiligen und ihre Erwerbsarbeit damit verbinden können, lassen neue Wünsche an Arbeitsmarktstrukturen entstehen.

Das Leitbild des männlichen Ernährers, einer Arbeitnehmerschaft, die ungebunden und flexibel immer verfügbar ist, mindestens 40 Stunden und noch viel mehr arbeitet, wäre bei einer gleichberechtigten Arbeitswelt ein Auslaufmodell. Dies alles erzeugt zunehmend Unsicherheit. Progressive Männerrechtlerinnen und Männerrechtler kritisieren genau dieses Leitbild nicht nur als frauenfeindlich, sondern auch als männerfeindlich – eben als menschenunwürdig.

Bei antifeministischen Strömungen führt dieser Umstand nicht dazu, bestehende Strukturen verändern zu wollen oder gleichberechtigte Perspektiven zu entwerfen, sondern sie weisen die Verantwortlichkeit und Schuld für Veränderungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt Frauen zu.

6.1 Antifeministische Behauptung

„Wenn Frauen weniger als Männer verdienen oder weniger hoch aufsteigen, ist dies größtenteils eine Folge eigenständiger Entscheidungen der betroffenen Frauen selbst und keine Folge von Diskriminierung.“

6.1.1 Widerlegung

- Der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen (Gender Pay Gap) liegt derzeit bei 23 Prozent.
- Zwei Drittel der Lohnunterschiede lassen sich auf strukturelle Gründe zurückführen wie z.B. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Branchen und die ungleichen Aufstiegschancen.
- Durch die Individualisierung von Problemen werden strukturelle wirtschaftliche Gründe ignoriert.
- Erwerbsmuster sind durch gesellschaftliche Frauen- und Männerbilder geprägt.

6.1.2 Erläuterung

Der unterschiedliche Verdienst von Frauen und Männern wird in regelmäßigen Abständen in den Medien thematisiert. Dabei bekommt Deutschland an dieser Stelle oftmals ganz besonders schlechte Noten, da hier im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern der Verdienstabstand von Männern und Frauen (Gender Pay Gap) besonders hoch ist und sogar steigt. Tatsache ist, dass der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern in Deutschland bei ca.

23 Prozent liegt. Der Grund hierfür liegt beispielsweise in den unterschiedlichen Erwerbsbiografien (aufgrund von Mutterschutz und Elternzeit), der Wertigkeit von typischerweise von Frauen und Männern ausgeführten Berufen und der damit einhergehenden Einordnung in Tarifverträge und deren Bezahlung. Auch die geringeren Aufstiegschancen von Frauen können hier genannt werden. Dabei sind zwei Drittel des Gender Pay Gap auf strukturell unterschiedliche arbeitsplatzrelevante Merkmale zurückzuführen, wie z.B. Minderbewertung von ehemals so genannten familienbezogenen oder hauswirtschaftlichen Dienstleistungen im Vergleich zu wertintensiven Industriearbeitsplätzen. Bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit bleibt immer noch ein Drittel des Gender Pay Gap: Der Verdienstabstand beträgt nach statistischer Bereinigung rund acht Prozent (Statistisches Bundesamt 2010).

In den Medien werden häufig nur einige dieser Faktoren herausgegriffen und in den Kontext individueller Entscheidungen gestellt, sodass in der öffentlichen Debatte strukturelle Ursachen und Wirkungen nicht mehr hinterfragt werden. Damit wird dann, ob bewusst oder nicht, den Frauen eine eigene „Schuld“ für niedrigere Einkünfte zugewiesen oder die Diskussion aufgemacht, dass Frauen den Männern Schuld für ihre geringere Einkommen zuweisen würden.

Dabei gibt es deutliche strukturelle Gründe, die eine ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen erklären. Mit strukturellen Gründen ist gemeint, dass sich Gründe für die geringere Bezahlung von Frauen in der Arbeitsmarktstruktur finden lassen. Dazu gehören die vertikale und die horizontale geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation. Die vertikale Arbeitsmarktsegregation beschreibt die unterschiedliche Besetzung von besser bezahlten Führungs- und Leitungspositionen. Mit der horizontalen Segregation ist die Position in den Branchen und Berufen gemeint. Hier arbeiten Frauen öfter in schlechter bezahlten Branchen, es besteht zwischen frauen- und männerdominierten Branchen eine starke Lohnungleichheit. Darüber hinaus sind auch Entgeltdis-

kriminierungen zu benennen, diese gibt es unmittelbar und mittelbar²⁰ (Tondorf/Jochmann-Döll 2010).

Astrid Ziegler hebt die mittelbare Entgeltdiskriminierung hervor: Dabei wirken versteckte Ursachen lohnsenkend, z.B. die vorab genannte „geschlechtsspezifische Benachteiligung bei Arbeitsplatzbewertungsmethoden“ oder „geschlechtsspezifische Benachteiligung bei Systemen der Stelleneinstufung“ (Ziegler 2009: 122). Letzteres Beispiel meint, dass Fähigkeiten unterschiedlich bewertet werden (soziale Kompetenz ist weniger wert als Körperkraft) und daraus auch eine entsprechende Entlohnung folgt. In der Arbeitsplatzbeschreibung von vielen Arbeitsplätzen in frauendominierten Branchen werden weniger Fähigkeiten genannt, und diese damit niedriger eingestuft. Es gibt Wirtschaftszweige, in denen der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern besonders hoch ist. Als Beispiele sind hier das Verarbeitende Gewerbe (29 Prozent, Tendenz steigend), das Kredit- und Versicherungsgewerbe zu nennen (29 Prozent, Tendenz unverändert) und die in Abbildung 2 dargestellten Berufe (Deutscher Juristinnenbund 2009).

Als weitere strukturelle Gründe lassen sich unterschiedliche Arbeitsvolumen (87 Prozent der in Teilzeit Beschäftigten sind Frauen), unterschiedliche Erwerbsbiografien (Mutterschutz und Elternzeit) und unterschiedliche Karrierestufen ausmachen (s. u. Berufstätigkeit von Frauen).

Einen niedrigen Lohn als Möglichkeit für den Berufswiedereinstieg nach Familienphasen zu akzeptieren, ist ebenfalls frauenspezifisch.

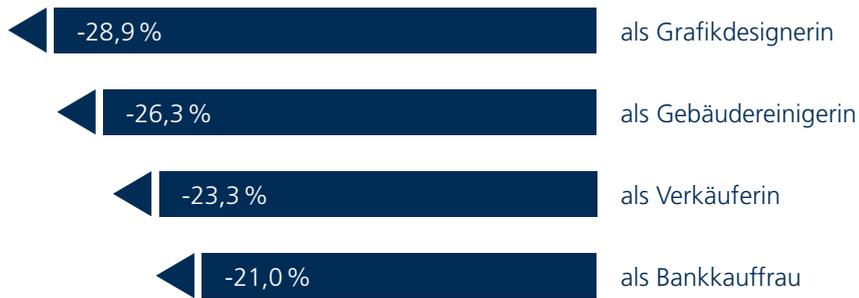
Ein weiterer Faktor ist die zunehmende Veränderung auf den Arbeitsmärkten. Vollzeitstellen und unbefristete Verträge nehmen ab, Mindestlohn sowie unsichere und zeitlich befristete Arbeitsstellen nehmen zu. Das trifft besonders auf die Erwerbstätigkeit von Frauen zu. Beispielsweise sind die Erwerbsquoten von Frauen gestiegen, dabei nimmt jedoch der Anteil von vollzeitbeschäftigten Frauen ab. 2010 arbeiten 640.000 Frauen weniger in Vollzeitbeschäftigung als vor zehn Jahren, während die Zahl der Teilzeit- und

20 Zu den Begriffen mittelbare und unmittelbare Diskriminierung siehe Glossar.

Abbildung 2:

Keine Gleichberechtigung beim Geld

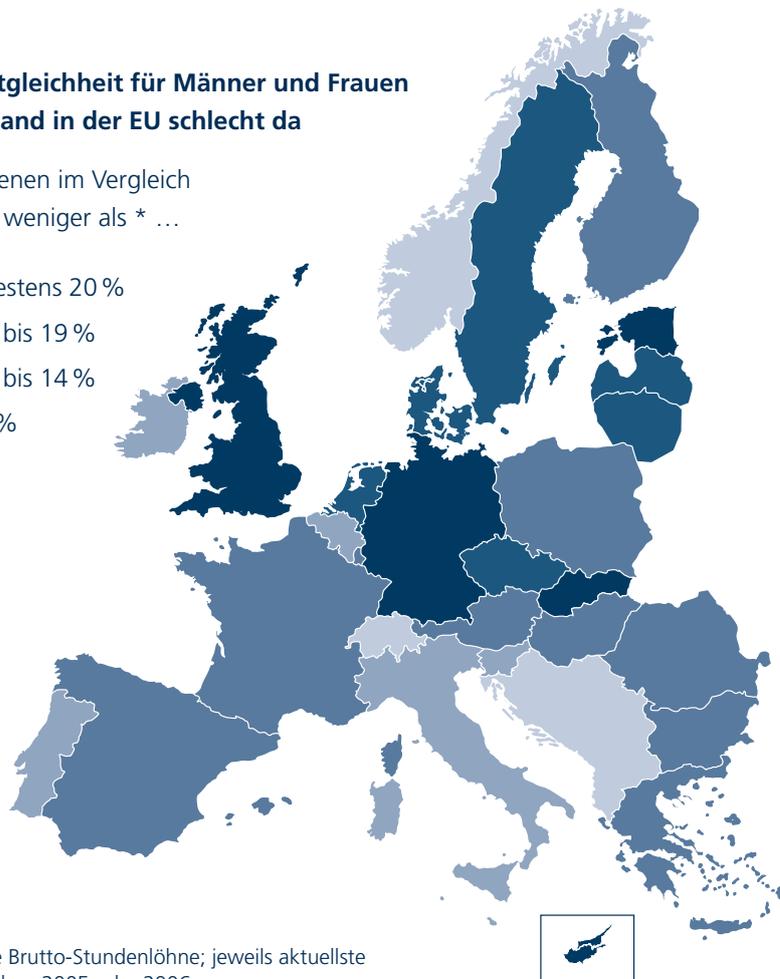
Berufe mit großer Ungleichheit – der Abstand zum Entgelt ihrer männlichen Kollegen beträgt für Frauen ...



Bei der Entgeltgleichheit für Männer und Frauen steht Deutschland in der EU schlecht da

Frauen verdienen im Vergleich zu Männern weniger als * ...

- mindestens 20 %
- 15 % bis 19 %
- 10 % bis 14 %
- bis 9 %



* durchschnittliche Brutto-Stundenlöhne; jeweils aktuellste verfügbare Angaben 2005 oder 2006

Quellen: WSI-Frauenlohnspiegel, Eurostat 2008, Hans-Böckler-Stiftung 2008.

Minijobs zunimmt (Der Spiegel 2010). Seit 1998 ist ein kontinuierlicher Anstieg des Niedriglohnssektors zu beobachten. Hier ist der Anteil von Frauen besonders hoch. Wenn Teilzeitbeschäftigung und Minijobs mit einbezogen werden, liegt der Anteil von Frauen in diesem Bereich bei fast 70 Prozent.

Aus all diesen Fakten entstehen weitere Wirkungen zu Lasten von Fraueneinkommen insgesamt – geringere Rentenansprüche, erhöhtes Armutsrisiko und wirtschaftliche Abhängigkeit von Partner oder Staat.

6.2 Antifeministische Behauptung

„Die Menschen werden dem Diktat der Ökonomie unterworfen, dadurch sollen Frauen schuften und vernachlässigen ihre Kinder.“

6.2.1 Widerlegung

- Frau sein ist nicht an Mutterschaft gebunden, genauso wenig wie Mann sein nicht gleichbedeutend mit Vaterschaft ist.
- Elternschaft und Berufstätigkeit sind keine sich ausschließenden Kategorien.
- Aktuelle Kritik am Wirtschaftsmodell wird hier genutzt, um sie mit rückwärtsgewandten Familienbildern zu verknüpfen.

6.2.2 Erläuterung

Dieses Argument soll glaubhaft machen, dass die Berufstätigkeit von Frauen dazu führt, Familien zu zerstören. Dahinter steckt der Wunsch nach traditionellen Familienmustern und nach Rollenverteilungen, die sich klar nach Geschlecht verteilen. Damit wird versucht, sich auf ein idealtypisches Bild von Familie zu beziehen, frühere Zeiten heraufzubeschwören, die noch „Werte“ wie „Mutterschaft“ und „Familienoberhaupt“ (also Ernährer) verkörperten und für gesamtgesellschaftliche Veränderungen die Berufstätigkeit von Frauen verantwortlich zu machen. Hier zeigt sich ein mit feststehenden Stereotypen verbundenes Verständnis vom Geschlecht (Frau gleich Mutter, Großmutter, Pflegende, Sorgende; Mann

gleich Versorger, Verdiener, Erzeuger). Dem folgt die Unterstellung, dass eine Frau, die, aus welchen Gründen auch immer, kinderlos bleibt, ihrer „Bestimmung als Frau“ und damit „Mutter“ nicht gerecht wird. Solche Aussagen gehen an den heutigen Lebensrealitäten von Männern und Frauen vorbei. Es werden damit Menschen angesprochen, die sich von der Transformation in der Gesellschaft bedroht fühlen und Sehnsucht nach klaren Regeln, Normen und Werten und damit auch klar abgegrenzten Geschlechterrollenbildern haben. Eine Folge davon ist, dass die Berufstätigkeit von Frauen dann mit der Vernachlässigung von Kindern gleichgesetzt wird (-> Kapitel 4.2, 5.3) und höchstens für Schichten „zulässig“ ist, in denen es Zuverdienste zum Überleben braucht. Die Rolle von Männern als aktive Väter kommt hier nicht vor. Damit wird gleichzeitig eine natürliche Verantwortung von Frauen für Kinder unterstellt. Die Kritik an der Ökonomisierung aller Lebensbereiche wird mit einem rückwärtsgewandten Familien- und Geschlechterbild gekoppelt.

6.3 Antifeministische Behauptung

„Männer müssen die Drecksarbeit machen, Frauen wollen gar nicht in diesen Jobs arbeiten.“

6.3.1 Widerlegung

- Mit Drecksarbeit sind hier ausschließlich männerdominierte Berufszweige gemeint. Genauso oder ähnlich belastende Berufe wie beispielsweise im Pflegebereich werden aus dieser Argumentation ausgeklammert.
- Es existieren immer noch Ausschlussstrukturen in männerdominierten Branchen, die Frauen einen Zugang erschweren.

6.3.2 Erläuterung

Dieses Argument bezieht sich auf Branchen und Berufe, in denen primär Männer beschäftigt werden. Der geringe Frauenanteil wird damit begründet, dass Frauen diese Arbeit gar nicht machen wollten und sich mit einer Quotierung beispiels-

weise nur die „Rosinen“ in besonderen Positionen herauspicken wollen.

Faktisch gibt es einen größeren Männeranteil in bestimmten Berufszweigen, genauso wie es einen größeren Frauenanteil in anderen Branchen gibt. Diese Geschlechtsspezifik ist historisch begründet und hat ihre entscheidende Ausprägung in der Industriegesellschaft erfahren: Hier wurde schwere körperliche Arbeit von Männern geleistet, während die häusliche Arbeit, einschließlich der Betreuungs- und Pflegearbeit, unentgeltlich im privaten Familienkontext durch Frauen geleistet wurde. Mit der zunehmenden Herauslösung dieser unbezahlten Familienarbeit in die bezahlte Dienstleistung wurden diese Berufe dann auch weiter von Frauen ausgeübt. Mit dem Wandel hin zur Wissensgesellschaft überholten sich diese strikten Geschlechterrollen immer mehr oder werden gar bei Festhalten an ihnen zum Hemmnis neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen, da insbesondere Bildung als entscheidende Voraussetzung in allen Berufsbranchen gelten muss.

Dieses o.g. Argument führt sich daher im Zuge der Entwicklung der Informations- und Wissensgesellschaft zunehmend selbst ad absurdum. „Drecks- und körperlich schwere“ Industriearbeit ist auch für Männer unwürdig, ist/war aber noch immer gesellschaftlich hoch anerkannt (Bezahlung). „Drecks- und körperlich schwere“ Pflegearbeit, eine Domäne des ursprünglich nicht bezahlten häuslichen Bereichs und noch immer „typische“ Frauenarbeit, erfährt durch dieses o.g. Argument neben seiner gesellschaftlichen Geringschätzung (Bezahlung) eine weitere Diskriminierung.

6.4 Antifeministische Behauptung

„Frauen wollen nur Teilzeit arbeiten, was auch die geringere Bezahlung nach sich zieht. Die Frauen werden nicht dazu gezwungen, das basiert auf Freiwilligkeit.“

6.4.1 Widerlegung

- Mehr als die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten arbeitet aus familiären Gründen im reduzierten Umfang.
- Frauen arbeiten häufig unfreiwillig Teilzeit wegen z.B. mangelnder Ganztagsbetreuungs- oder Beschäftigungsangebote.
- Staatliche Rahmenbedingungen, wie beispielsweise das durch Steuern abgesicherte Ernährermodell, fördern die Berufstätigkeit von Frauen als „Zuverdienst“.

6.4.2 Erläuterung

Auch hier werden individuelle Entscheidungen als allgemeingültig hingestellt, ohne die Gründe für die hohe Teilzeitbeschäftigung von Frauen zu hinterfragen, die in vielfältigen Untersuchungen offen gelegt sind. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung z.B. sagt aus, dass der Niedriglohnssektor seit 1995 um ca. 43 Prozent angestiegen ist und in diesem sind 68,8 Prozent weiblich (Böckler 2009). Eine weitere Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung weist darauf hin, dass Teilzeitbeschäftigungen im Westen wie im Osten zunehmen. „In Westdeutschland ist die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen auf mehr Teilzeitarbeit zurückzuführen. Im Osten wechseln Frauen von einer Vollzeit- auf eine Teilzeitstelle – dies jedoch oft unfreiwillig“ (Böckler 2010: o.A.). Dass dies nicht freiwillig geschieht, wird von einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung belegt: „36 Prozent der Mütter, so die Studie der Bertelsmann Stiftung, würden ihre Erwerbstätigkeit gerne ausdehnen, wenn ihnen eine entsprechende Kinderbetreuung zugänglich wäre“ (Stachelhaus 2010: o.A.).

An dieser Stelle werden genauso wie bei einigen vorherigen Beispielen strukturelle/gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Gründe individualisiert und damit notwendige Veränderungsprozesse negiert.

6.5 Antifeministische Behauptung

„Durch Quoten werden schlecht qualifizierte Frauen gefördert und gut qualifizierte Männer ausgeschlossen.“

6.5.1 Widerlegung

- Die Quote ist nichts anderes als eine Zielvorgabe in der Personalentwicklung, die die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern sicherstellt.
- Frauen waren noch nie so gut ausgebildet wie jetzt, das widerspricht der Unterstellung einer schlechten Qualifizierung.

6.5.2 Erläuterung

Diese Behauptung ist so alt wie die Quotendiskussion selbst. Leider funktioniert die Argumentation auch bei Frauen, die „Quotenfrau“ als eine Abwertung empfinden, weil der Begriff durch diese Argumentationslinie oft mit mangelnder Kompetenz gleichgesetzt wird. Dabei ermöglicht eine solche Zielvorgabe Frauen den angemessenen Einsatz ihrer Kompetenzen. Organisationen und Unternehmen fördern mit einer Quotierung die systematische Nutzung aller Potenziale und eine Veränderung/Verbesserung von Organisationskultur. Nach Studien der Unternehmensberatung McKinsey fördern gemischtgeschlechtliche Teams nicht nur die Profitabilität, sondern darüber hinaus auch die Problemlösungskompetenz und Innovationsfähigkeit (McKinsey 2007). Elke Holst und Anne Busch machen im aktuell erschienenen Führungskräftemonitor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung auch auf die Nachteile von bestehenden Monostrukturen aufmerksam und verweisen darauf, dass Vergleichsstudien den größeren Erfolg gemischter Führungsteams

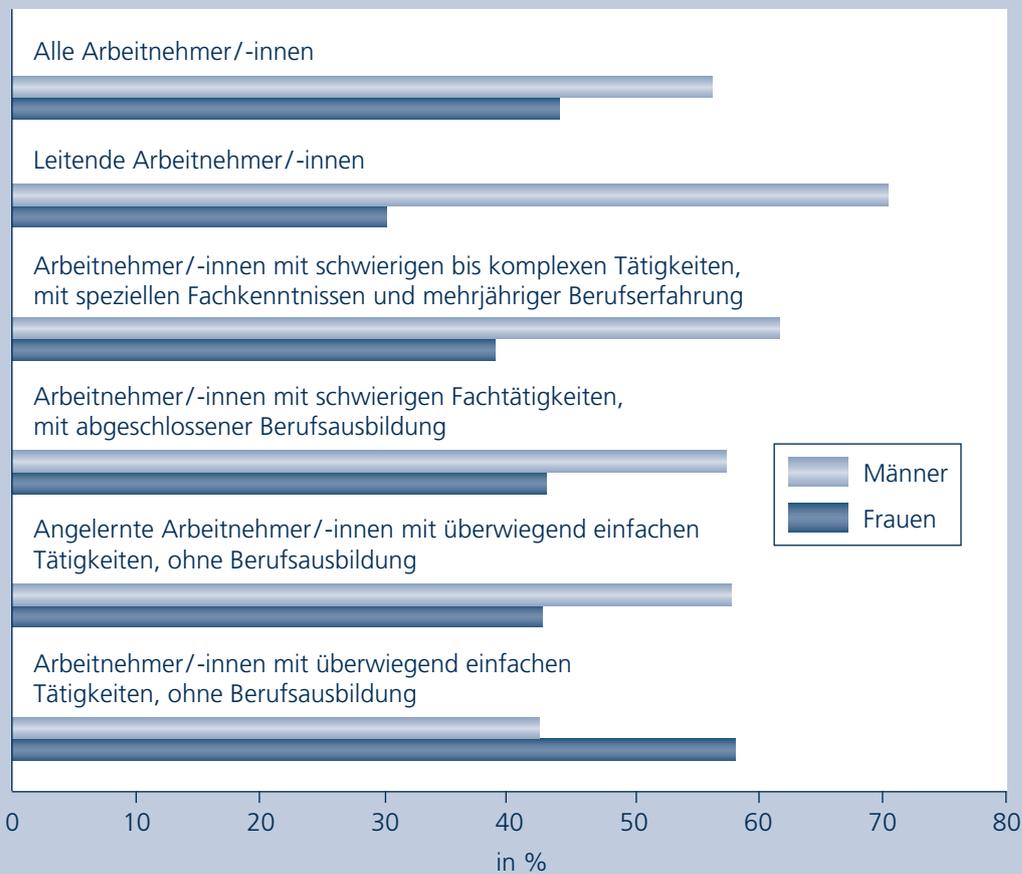
in den Unternehmen belegen (Holst/Busch 2010). (Geschlechts-)Homogene Teams neigen zum „Herdentrieb“ und „Tunnelblick“.

In Norwegen wurde eine 40 Prozent Frauen-Quote für Aufsichtsräte eingeführt – die Ergebnisse zeugen vom Erfolg. Bevor das Gesetz verabschiedet wurde, hieß es seitens der Konzerne, dass es keine kompetenten Frauen gäbe. Da sie aber suchen mussten, weil ansonsten Sanktionen ge-griffen hätten, haben sie überaus kompetente Frauen gefunden. Aktuell gilt Norwegen in dieser Hinsicht als Vorzeigemodell und beweist ausreichend, dass es genug kompetente Frauen gibt und andere Ausschlussgründe statt mangelnder Kompetenz existieren, wenn zu wenige Frauen in Führungspositionen vertreten sind (Storvik/Teigen 2010).

Quotierungen damit gleichzusetzen, dass dadurch weniger qualifizierte Frauen gefördert werden, bedeutet in der letztendlichen Konsequenz eine strukturelle Diskriminierung von Frauen im Berufsleben. „Frau sein“ wird in dieser Argumentation implizit mit Inkompetenz verbunden und parallel dazu suggeriert, dass Männer in Führungspositionen kompetenter sind. Dahinter liegen Stereotypisierungen von Geschlechterrollen, in denen bestimmte Eigenschaften mit Kompetenz und gleichzeitig mit „männlichen“ und „weiblichen“ Verhaltensweisen verbunden werden. Diese Zuschreibungen sind längst überholt, kommen aber gerade in der Diskussion um die Besetzung von Führungspositionen oft zum Vorschein.

Eine destruktive Perspektive auf den Quotenbegriff verstellt den Blick darauf, worum es wirklich geht: Es geht darum, unter Qualitätsaspekten der Organisationsführung und Organisationskultur Ziele zu setzen und Rahmenbedingungen zu gestalten, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führung und Macht ermöglichen und sicherstellen.

Abbildung 3:

Anteil von Frauen und Männern an den jeweiligen Leistungsgruppen im Jahr 2006

Quelle: IG Metall 2010.

6.6 Antifeministische Behauptung

„In einer Wettbewerbsgesellschaft gewinnen die Besten – wenn Frauen nicht dabei sind, sind sie nicht gut genug.“

6.6.1 Widerlegung

- Frauen waren noch nie so gut ausgebildet wie heute, gleichzeitig sind Frauen in entsprechenden Positionen, die ihrer Qualifikation entsprechen, wenig vertreten.
- Gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen bestimmen die Möglichkeiten der Teilhabe von Frauen und Männern, nicht mangelnde Fähigkeiten.

- Nichteinstellungen von Frauen werden mit ihrem individuellen Leistungsversagen begründet. Strukturelle Gründe werden dabei ausgeklammert.

6.6.2 Erläuterung

Im Umkehrschluss bedeutet dieses Argument, dass Männer besser sind, kompetenter, wissender – eben fähiger. Es ist dabei durchaus leider auch so, dass auch Frauen diesem Argument zustimmen. Die Vorstellung, dass sich Leistung immer durchsetzt, entspricht dem Zeitgeist: Wer oben ist, hat das durch die eigene Leistung geschafft.

Fakt ist jedoch: Frauen waren noch nie so gut ausgebildet wie jetzt. Trotzdem sind die höchst

dotierten Positionen, ob in der Wissenschaft oder Wirtschaft, männlich besetzt (geschlechtsspezifische vertikale Segregation). Der Anteil der Frauen in den höchst dotierten Professorenstellen beläuft sich gegenwärtig auf 13,3 Prozent und der Frauenanteil in den Vorständen bei den 200 größten Unternehmen in Deutschland beträgt 2,5 Prozent. In den Vorständen der 100 größten Unternehmen unterschreitet der Frauenanteil ein Prozent (geis/Leipniz-Institut für Sozialwissenschaften 2008; DIW 2010). Ausschlüsse aufgrund des Geschlechtes haben hier unterschiedliche Gründe, sie reichen von Rekrutierungsmechanismen über Unternehmenskulturen bis zu Benachteiligungen durch Erwerbsunterbrechungen wegen Erziehungszeiten. Darüber hinaus werden bestimmte Verhaltensweisen, wie beispielsweise „Ellenbogenmentalität“ oder stetige Verfügbarkeit, mit Leistung gleichgesetzt, ohne zu sehen, dass diese mit Geschlechterstereotypen verbunden sind.

Des Weiteren ist die geschlechtsspezifische, horizontale Segregation (Geschlechterverteilung in Branchen) noch immer nicht überwunden. Oftmals werden hier die Berufsfindungsprozesse von hauptsächlich Mädchen herausgehoben, dabei lohnt auch hier eine Differenzierung. So entscheiden sich Jungen eher für so genannte Männerberufe als Mädchen für so genannte Frauenberufe, das liegt unter anderem auch daran, dass die Auswahl hier größer ist. (Als Männer- oder Frauenberuf werden Berufe gekennzeichnet, in denen der jeweilige geschlechterspezifische Anteil höher als 80 Prozent liegt.) Gar nicht gesehen wird häufig, dass individuelles Verhalten, also hier das Berufswahlverhalten, letztlich Folge eines gesellschaftlichen Gesamtsystems von Verhältnissen, Normen und Werten, Möglichkeiten, Ressourcen u.a. ist. Gesellschaftliche Geschlechterrollenstereotype, in oben genannten Argumentationen vielfach bereits beschrieben, sind nicht überwunden und prägen politisches, unternehmerisches und individuelles Handeln.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, ihre Wirkungen auf Geschlechterverhältnisse und realen Lebenswirklichkeiten

von Frauen und Männern werden häufig negiert, was auch den Blick auf die Lösung gesamtgesellschaftlicher Probleme verstellt (z.B. Entwicklung von Bevölkerung, Fachkräftebedarf, Globalisierung und ihre Folgen).

6.7 Antifeministische Behauptung

„Männer sind die Verlierer der Wirtschafts- und Finanzkrise.“

6.7.1 Widerlegung

- Auf den ersten Blick sind in den Industrieländern, besonders in den Exportnationen (z.B. Deutschland, Japan) Arbeitsplätze in männerdominierten Bereichen von der Krise betroffen gewesen (Erstrundeneffekt). Von den anschließenden Sparmaßnahmen, wie den Kürzungen öffentlicher Versorgungsangebote und der sozialen Infrastruktur, sind jedoch vor allem Frauen betroffen (Zweitrundeneffekt).
- Rettungsmaßnahmen haben gleichzeitig zu 72 Prozent Arbeitsplätze in männerdominierten Branchen unterstützt.

6.7.2 Erläuterung

Zunächst muss bei einer ersten „Momentaufnahme“ festgestellt werden, dass sich die Krise in den westlichen Ländern stärker auf Männer auswirkte als auf Frauen, da sie in den besonders konjunkturanfälligen Branchen (Automobilindustrie, Bauwirtschaft, Kommunikations- und Informationstechnologie) dominieren. Dennoch ist diese Aussage nicht ausreichend, um die Geschlechterverhältnisse in diesen Krisenzeiten genauer zu beschreiben. Bei einer differenzierten Betrachtung wird mit dieser Aussage nur ein Teil der Krisenfolgen abgebildet, die sich zum einen auf die westliche Welt beziehen und zum anderen nur die Erstrundeneffekte abzeichnen. Genau diesen ersten Auswirkungen der Krise wurde auch mit umfangreichen Rettungspaketen von staatlicher Seite begegnet. Es ist mittlerweile auch

durch Studien belegt, welche Branchen in den Fokus der Rettungspakete der bundesdeutschen Regierung gestellt wurden. 72 Prozent aller Maßnahmen der Konjunkturpakete der EU und der Bundesregierung kamen männerdominierten Branchen zugute (Schambach 2010). Diese Konjunkturpakete sind staatliche Maßnahmen, um den Arbeitsmarkt vor einem krisenbedingten Einbruch zu stützen. Beispielsweise wurde die Automobilindustrie mit einer Abwrackprämie und subventionierter Kurzarbeit gestützt.

Gleichzeitig hat die Frauenerwerbstätigkeit in frauendominierten Wirtschaftszweigen ein wenig zugenommen, wie zum Beispiel in den haushaltsnahen Dienstleistungen, wobei aber davon auszugehen ist, dass es sich hier nicht um vergleichbare Jobs zu Arbeitsplätzen wie in der Automobilindustrie handelt. Die Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsplatzgestaltungen (Teilzeit/Vollzeit) in den männerdominierten Berufszweigen sind mit einem Großteil der frauendominierten nicht zu vergleichen (siehe auch Gender Pay Gap; Berufstätigkeit von Frauen). Ein Anstieg von Arbeitsplätzen in den frauendominierten Bereichen kann hier einen Zuwachs an Teilzeit- oder Niedriglohnbeschäftigung bedeuten. Die immer noch wachsende Zunahme von Teilzeitbeschäftigung sowie geringfügiger Beschäftigung von Frauen erfordern eine zwingend komplexere Sichtweise auf Krisensituationen und ihre Überwindung.

Europaweit wirkte sich die Wirtschaftskrise stark auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungszahlen aus. Von Mai 2008 bis September 2009 war die Arbeitslosenquote auf EU-Ebene bei den Männern stärker angestiegen (von 6,4 Prozent auf 9,3 Prozent) als bei den Frauen (von 7,4 Prozent auf 9 Prozent). Die Krise hat die Industrie und das Baugewerbe, wo viele Männer beschäftigt sind, schwer getroffen. Doch schon Ende 2009 war sichtbar, dass die Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern im gleichen Tempo anstiegen, was darauf zurückzuführen

sein dürfte, dass die Krise auch andere Branchen erfasst hat, in denen ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmer/innen herrscht, als in den zunächst betroffenen Branchen.

In Zeiten des nun bereits wieder begonnenen Aufschwungs nach der Krise profitieren jetzt eben gerade die Branchen wieder, die männlich dominiert sind. So sind die Wirkungen für Männer nicht nachhaltig negativ, während Frauen und frauendominierte Branchen nicht gleichermaßen einen Aufschwung erfahren. Eher das Gegenteil ist der Fall: Die Steuergelder, die für die Bankenrettung und Konjunkturpakete von den Staaten zur Krisenrettung investiert wurden, sollen europaweit durch Sparpakete wieder eingespart werden. Das ist mit den Zweitrundeneffekten der Krise gemeint und betrifft größtenteils die soziale Infrastruktur, die zur öffentlichen Daseinsfürsorge gehört (Kuhl 2010). In fast allen europäischen Haushalten werden Sparpakete aufgelegt und die Gelder für staatliche Leistungen, den öffentlichen Dienst, für öffentliche Einrichtungen gekürzt. Das heißt, Unterstützungen im Bildungsbereich sowie öffentliche Angebote und staatliche Unterstützungen für zivilgesellschaftliche Organisationen werden zurückgefahren oder ganz gestrichen. Staatliches Eigentum geht in privates Eigentum über, was oftmals mit steigenden Preisen für Verbraucher und Verbraucherinnen und Arbeitsplatzverlusten einhergeht. In Deutschland machen die Kürzungen im sozialen Bereich den Großteil des Sparpakets aus. Dabei trifft es Alleinerziehende, die ALG II (Arbeitslosengeld II) bekommen, besonders hart, hier wurde das Elterngeld ersatzlos gestrichen. 43 Prozent der Mütter, die ihre Kinder allein erziehen, sind auf ALG II angewiesen. Diese Maßnahmen treffen Frauen im besonderen Maße, da sie nach wie vor den Großteil der Familien- und Sorgearbeit erledigen und auf eine funktionierende soziale Infrastruktur besonders angewiesen sind.

6.8 Literaturverzeichnis

- BMFSFJ 2005: Gender-Datenreport: 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Fassung, München.
- Der Spiegel, 8.3.2010: „Frauen können von ihrem Job kaum leben“, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,682239,00.html> (10.11.2010).
- Deutscher Juristinnenbund 2009: Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern. (Stellungnahme vom 21. Januar 2009 zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am Mittwoch, den 28. Januar 2009), Berlin, <http://www.djb.de/Kom/K1/st09-01/> (10.11.2010).
- DIW 2010: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2010: Frauen in Spitzengremien großer Unternehmen weiterhin massiv unterrepräsentiert, Berlin, S. 2, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.346400.de/10-4.pdf (19.01.2011).
- Europäische Kommission 2009: Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Gleichstellung von Frauen und Männern, Brüssel.
- gesis; Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2008: Frauenanteile an Habilitationen, Neu-Berufungen, Professuren und C4/W3-Professuren, 1980-2008, http://www.gesis.org/cews/informationsangebote/statistiken/suche/treffer/?order=_title%3C&qt1=_resid%3A18 (11.11.2010).
- Hans-Böckler-Stiftung 2008: Keine Gleichberechtigung beim Geld, in: Böckler Impuls 3/2008, http://www.boeckler.de/32015_90152.html (5.12.2010).
- Hans-Böckler-Stiftung 2010: Frauen in Teilzeit: Zunahme im Westen wie im Osten, in: Böckler Impuls 4/2010: 2. http://www.boeckler.de/32015_103007.html (10.11.2010).
- Hans-Böckler-Stiftung 2009: Starke Ausweitung der Niedriglohnzone, in: Böckler Impuls 13/2009, http://www.boeckler.de/32015_96752.html (19.01.2011).
- Holst, Elke; Busch, Anne 2010: Führungskräfte Monitor 2010, Berlin.
- IG Metall 2010: Präsentation der IG Metall zum internationalen Frauentag 2010, http://www.igmetall-neustadt.de/content/dokumente/docs_ig_metall_xcms_157153_2.ppt (5.12.2010).
- McKinsey 2007: Women Matter: Gender diversity, a corporate performance driver, http://www.europeanpwn.net/files/mckinsey_2007_gender_matters.pdf (3.12.2010).
- Kuhl, Mara 2010: Wem werden die Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II, (WISO Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn.
- Schambach, Gabriele 2010: Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer (Abschlussbericht; Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung), Berlin.
- Stachelhaus, Regine 2010: Her mit den Frauen!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9.2010, <http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~E054DB25CD59446278A9DDBC9FD8822B8~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (10.10.2010).
- Statistisches Bundesamt 2003: Wertschöpfung für unbezahlte Leistungen im Haushalt bei mindestens 40% des Bruttoinlandsprodukts, Pressemitteilung Nr. 488 vom 2.12.2003, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/frueher/PD03_488_p001,templateId=renderPrint.psml (10.10.2010).

- Statistisches Bundesamt 2010, Pressemitteilung Nr. 384 vom 25.10.2010: Gender Pay Gap: Zwei Drittel lassen sich strukturell erklären, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/10/PD10__384__621,templateId=renderPrint.psml (19.01.2011).
- Storvik, Aagoth; Teigen Mari 2010: Das norwegische Experiment – eine Frauenquote für Aufsichtsräte, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Tondorf, Karin; Jochmann-Döll, Andrea 2010: Newsletter zur Entgeltgleichheit – Nr. 4/2010: 10 Irrtümer zur Entgeltgleichheit, <http://www.karin-tondorf.de/downloads/4.newsletterentgeltgleich.pdf> (19.01.2011).
- Ziegler, Astrid 2009: Beantwortung des Fragenkatalogs zu der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern“, in Streit 3/2009: 121-132, <http://www.streit-fem.de/media/documents/1256476887.pdf> (30.01.2011).

7. Argumente zum Thema „Was ist Geschlecht?“

Natur, Biologie, Gender Studies und Gleichstellungspolitik

Sebastian Scheele

Hinter den verschiedenen Positionen in geschlechterpolitischen Diskussionen stehen unterschiedliche Vorstellungen darüber, was Geschlecht eigentlich ist, und was „gender“ bedeutet: Eine Norm? Eine unsere Gesellschaft strukturierende Kategorie? Eine natürliche Tatsache? Die Antwort auf diese Fragen hat Auswirkungen darauf, was Gleichstellungspolitik ist und (nicht) sein soll. Aus diesem Grund lohnt es sich, verschiedene antifeministische Positionen und Argumente etwas genauer zu betrachten.

7.1 Antifeministische Behauptung

„Frauen (Männer/Jungen/Mädchen...) sind von Natur aus so!“

7.1.1 Widerlegung

Frauen (Männer/Mädchen/Jungen...) sind so einiges – vor allem enorm vielfältig. Wer behauptet, über „Frauen an sich“ („die Männer“...) ganz genau Bescheid zu wissen, vereinheitlicht eine große Anzahl von Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensweisen, Vorstellungen und Bedürfnissen.

Durch solche Vereinheitlichungen werden all diejenigen abgewertet, die nicht in diese groben Klischees passen, sie gelten dann als „Ausnahme“, „anormal“, gar „unnatürlich“ oder werden einfach überhaupt nicht wahrgenommen.

Auf jeden und jede Einzelne passen diese Stereotypen irgendwo nicht. Menschenfreundlich ist es, diesen Druck aufzuheben und darüber

nachzudenken, wie alle Menschen ihre Vielfalt leben können, statt die Welt in zwei Schubladen zu stecken.

7.1.2 Erläuterung

Die Gehirnforschung, die Gene, die Evolutionsbiologie – in den Medien ist derartige „Geschlechterforschung“ beliebt, die Einparken, Schuhe kaufen etc. zu natürlichen geschlechtsspezifischen Fähigkeiten erklärt. Das ist biologistisch – das heißt, menschliche Verhaltensweisen und gesellschaftliche Zusammenhänge werden durch biologische Gesetzmäßigkeiten zu erklären versucht. Offenbar wird den Naturwissenschaften am meisten „objektive“ Erklärungskraft zuge-
traut, und die Forschung mit Laborexperiment oder Mikroskop scheint besonders anschaulich. Verloren geht dabei nicht nur, dass die tatsächliche naturwissenschaftliche Forschung wesentlich komplexer ist als das, was in populären Medien daraus zuspitzend gemacht wird, sondern auch grundsätzlichere Einsichten. So gibt es eine lange Tradition der (auch) feministischen Naturwissenschaftskritik, die sich mit der Frage der Objektivität von Forschung auseinandersetzt (Forum Wissenschaft 2004). Ist es nicht verwunderlich, dass in der Geschichte immer wieder diejenigen wissenschaftlichen Erkenntnisse für besonders objektiv gehalten wurden, die die jeweilige Gesellschaftsordnung legitimieren? In der Vergangenheit wurden beispielsweise unterschiedlichste Formen von Rassismus wissenschaftlich begründet (vgl. AG gegen Rassismus in den Lebenswissenschaften 2009) und Frauen wurden mit wis-

senschaftlicher Begründung Rechte vorenthalten, vom Wahlrecht bis zum Studium. In der Gegenwart sind es eher Vorstellungen einer bestimmten Geschlechterdifferenz, die naturwissenschaftlich „untermauert“ werden – sie passen verblüffend gut zur hierarchischen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft. Gerät die gesellschaftliche Arbeitsteilung aufgrund gesellschaftlicher Transformationen oder emanzipatorischer Erfolge ins Wanken, werden solche Sicherheit versprechenden wissenschaftlichen Begründungen anscheinend besonders nachgefragt. Komplexere Erkenntnisse, die den Denkhorizont über das aktuell Bestehende hinaus öffnen könnten, werden als eher verunsichernd erlebt. Was dem Erleben des Gegenwärtigen als „natürlich“ widersprechen könnte, wird weniger aufgegriffen. So werden beispielsweise geschichtliche Erkenntnisse über die unterschiedlichen Geschlechterverhältnisse in unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten oder über die verschiedensten Vorstellungen von Geschlechterdifferenz, die auch in Biologie und Medizin herrschen (Voß 2010), häufig ignoriert.

Die (Geschlechter-)Geschichte der Menschheit ist doch etwas komplizierter, als es die beliebten Herleitungen von der Steinzeit bis in die Gegenwart behaupten: Männer und Frauen seien angeblich aus evolutionären Gründen so und so – festgestellt im objektiven Laborexperiment im Jahr 2011. Die Aussagekraft mancher Studien ist bei genauerem Hinsehen wesentlich bescheidener als es die Schlagzeile über „die Frauen“ und „die Männer“ behauptet; Methodenkritik und -reflexion wird in den Medien jedoch nur selten aufgegriffen (siehe Kasten).

Auch vermeintlich „objektive“ Wissenschaftsdisziplinen sind nicht unbeeinflusst von gesellschaftlichen Vorstellungen. Gleichzeitig beeinflussen wissenschaftliche Erkenntnisse immer auch die Gesellschaft, indem sie beispielsweise der Legitimation von Herrschaft dienen. Welche Rolle soll biologische „Grundlagenforschung“ in der politischen Debatte haben? Können aus der Biologie etwa politische Ziele abgeleitet werden? Das entspricht kaum dem Verständnis von Menschenrechten und Demokratie, wie es modernen Staaten zugrunde liegt. Biologie ist aus guten

Methoden genauer anschauen – am Beispiel einer Studie zum Einparken

Auch wenn nicht die Evolution herangezogen wird, lohnt sich ein genauer Blick auf die Argumentationsschritte, beispielsweise wenn eine aktuelle Studie Geschlechterunterschiede beim Einparken auf „biologische“ und „soziale Faktoren“ zurückführt (Wolf et al. 2010). Sie belegt, dass in der Gruppe der erfahrenen FahrerInnen die ermittelten Geschlechterunterschiede mit dem unterschiedlichen Vertrauen in die eigenen Einparkfähigkeiten zusammenhängen und dies wird mit psychologischen Mechanismen einer *selbsterfüllenden Prophezeiung* erklärt. Für die Gruppe der FahranfängerInnen hingegen – mit durchschnittlich gut 18 Jahren nur vier Jahre jünger als die erfahrene Gruppe in der Stichprobe – werden die Unterschiede aber überraschenderweise anders interpretiert: Dort seien sie biologisch bedingt. Als ob diese Gruppe einen Naturzustand repräsentierte – dabei haben sie bereits 18 Jahre in einer Gesellschaft gelebt, in der bereits 10-Jährige überzeugt sind, dass „Medchen zu blöt zum Autovaren siend“ (Valtin 2010), und haben sich womöglich 18 Jahre lang mit unterschiedlichen Tätigkeiten befasst.

Die Studie belegt also genau genommen einmal mehr nicht die prinzipielle Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern, sondern den Prozess, wie sie unterschiedlich werden: durch die destruktiven Auswirkungen von Geschlechternormen auf Selbstwahrnehmung und Fähigkeiten. Jedoch geht dieser Punkt spätestens in der medialen Berichterstattung verloren: Dort wurde sie unter vermeintlich knalligen Überschriften wie „Jetzt erwiesen: Männer können besser einparken als Frauen“ breit aufgegriffen. Das geht jedoch nicht nur am Clou der Ergebnisse vorbei; es werden zudem genau die Normen reproduziert, deren Schädlichkeit die Studie belegt.

Gründen keine Kategorie des Zusammenlebens und des demokratischen Gemeinwesens, sie spielt keine Rolle bei der Frage von Menschenrechten oder im Grundgesetz – oder genauer: Die Grundrechte wurden gerade gegen biologistische Ideologien formuliert, sei es in Bezug auf Rassismus, sei es in Bezug auf Befähigung/Behinderung, sei es in Bezug auf Geschlecht. Diese Grundlage moderner demokratischer Staaten wird immer wieder angezweifelt, und immer noch scheinen biologistische Argumente besonders in Bezug auf Geschlechterdifferenz salonfähig zu sein. Entsprechend muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Biologie nicht als Richtschnur taugt für Fragen des Zusammenlebens, der individuellen Rechte, kurz: für politische Fragen. Weder Ehegattensplitting noch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist „natürlich“ oder von der Evolution vorgesehen, genauso wenig wie reduzierte Mehrwertsteuersätze, Abgassonderuntersuchungen oder Lottospielen – diese Feststellung hilft uns kein Stück weiter bei der Lösung aktueller politischer Fragen. Warum wird in der Geschlechterpolitik so oft auf vermeintliche biologische Wahrheiten zurückgegriffen? Niemand muss nach den „natürlichen“ Bedürfnissen und Wünschen von Frauen und Männern suchen. Statt darüber zu spekulieren, dass Männer aus evolutionären Gründen lieber in Vollzeit den Säbelzahn tiger jagen, während Frauen lieber mit dem schwulen besten Freund die Höhle dekorieren (oder so ähnlich), können wir die Menschen, die hier und jetzt die Welt bevölkern, nach ihren Wünschen und Einstellungen fragen²¹. Denn wenn wir uns darüber verständigen, wie wir leben wollen, reicht es vollkommen, die tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der vielfältigen Frauen und Männer ernst zu nehmen. Es geht darum, diese Wünsche im Sinne von echter Wahlfreiheit und sozialer Gerechtigkeit zu ermöglichen. Damit haben wir schon genug zu tun, da brauchen wir uns nicht noch parallel als Amateur-PrähistorikerInnen betätigen.

7.2 Antifeministische Behauptung

„Gleichstellungspolitik ist Gleichmacherei.“

7.2.1 Widerlegung

- Das ist schlicht falsch. Gleichstellungspolitik will Menschen aller Geschlechter ein diskriminierungsfreies Leben nach eigenen Vorstellungen ermöglichen.
- Gleichmacherei ist es vielmehr, wenn Frauen und Männer in zwei Gruppen mit angeblich bestimmten Eigenschaften vereinheitlicht werden, und auf dieser Grundlage Politik gestaltet wird. Die Geschlechterforschung nennt das Geschlechternormen, die sich dann auch in beispielsweise gesetzlichen Regelungen wiederfinden lassen.
- Gleichstellungspolitik ist also genau genommen das Gegenteil von „Gleichmacherei“: Ihr Ziel ist es, derartige Normierungen abzubauen.

7.2.2 Erläuterung

Staatliche Regelungen nehmen Einfluss auf Geschlechterverhältnisse und damit auch auf das private Leben. Das ist keineswegs eine Innovation der Gleichstellungspolitik (-> Glossar). Vielmehr hat die feministische Debatte eben auf diesen Zusammenhang hingewiesen und eine Diskussion der in Politik gegossenen Geschlechternormen als politische Fragen erst ermöglicht. Denn es ist nicht so, dass sich „vor“ der Gleichstellungspolitik der Staat aus den Familien und Beziehungen herausgehalten hätte – vielmehr war Politik historisch stark androzentrisch und heterosexistisch verfasst. Androzentrisch heißt, dass „der Bürger“ (und „der Arbeitnehmer“ etc.) nur männlich gedacht wurde, beispielsweise indem Frauen das Wahlrecht vorenthalten wurde oder Tarifverhandlungen sich am Modell des männlichen Familienernährers orientierten, während Frauen die Verantwortung für unbezahlte

21 Aus der Vielzahl solcher empirischer Studien zu unmittelbar politischen Fragen seien nur als Beispiele Holst 2007 und BMFSFJ 2009 genannt.

Pflege- und Erziehungsarbeit zugeschoben wurde. Heterosexistisch heißt, dass ein binäres Modell von Frauen und Männern die Gesellschaft strukturierte und Sexualität nur zwischen einem Mann und einer Frau als akzeptabel galt, beispielsweise indem Homosexualität strafbar war oder Trans-Identitäten²² für krank erklärt wurden.

Diese androzentrischen und heterosexistischen Geschlechternormen stellen die wahre Gleichmacherei dar, die jede Abweichung abwertet, benachteiligt oder gar bekämpft. Das ist nicht mit einem modernen Verständnis von Menschenrechten, Freiheit und Gleichheit vereinbar – und genau das versucht Gleichstellungspolitik zu ändern. Sie will nicht die Unterschiede zwischen Menschen abschaffen, sondern alle Menschen ihre Unterschiedlichkeit leben lassen. Sie will nicht vorschreiben, nach welchem Modell Männer und Frauen leben sollen, sondern die von Strukturen wie beispielsweise finanziellen Regelungen erzwungene Orientierung auf bestimmte Modelle aufbrechen.

Worüber sich manche an der Gleichstellungspolitik beschweren, ist also weniger „Gleichmacherei“ als der Versuch, historische Gleichmachereien zu korrigieren. Wer daran Kritik übt, verhindert nicht staatliche Eingriffe in das Privatleben, sondern verteidigt vielmehr die bestehenden Eingriffe, inklusive der in sie eingeschriebenen Geschlechternormen.

7.3 Antifeministische Behauptung

„Gender – das ist wissenschaftlich abgehoben, und wir wissen doch alle aus unserem Alltag, dass diese konstruktivistischen Vorstellungen von Geschlecht nicht stimmen.“

7.3.1 Widerlegung

- „Gender“ ist ein wissenschaftliches Konzept, das bei der Beschreibung der Realität hilft. Es ist zugegebenermaßen komplex – wie andere

Konzepte aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen auch.

- Das Konzept „gender“ hat wenig zu tun mit den Zerrbildern und Vereinfachungen, mit denen es in den Medien dargestellt wird.
- Meist scheint es bei der Kritik daran jedoch ohnehin nicht um das Konzept selbst zu gehen, sondern um eine „Pappkameradin“, die aufgebaut wird, um politisch Missliebigeres herabzuwürdigen.

7.3.2 Erläuterung

„Gender“ ist ein Konzept aus der Geschlechterforschung/den Gender Studies (-> Glossar), das dabei hilft, analytisch über Geschlechterverhältnisse nachzudenken. „Gender“ wird verstanden als eine „soziale Institution“, die das Leben in allen gesellschaftlichen Bereichen strukturiert. Sie prägt und bestimmt Arbeitsteilungen, Lebensläufe, Identitäten (Lorber 1999). Das hat viele Erkenntnismöglichkeiten eröffnet und vieles sichtbar gemacht, aber ist zugegebenermaßen kompliziert. Zumal die Gender Studies nicht mit einer Stimme sprechen – dort gibt es auch unterschiedliche Verständnisse des Konzepts, und breite Diskussionen über die Grenzen des Konzepts (Becker/Kortendiek 2010).

Dass komplexe Analysekonzepte für die praktische Anwendung weitergedacht und „übersetzt“ werden müssen, stimmt für die Gender Studies wie für jede andere Disziplin. Das heißt aber auch, dass eine Kritik differenziert sein sollte: Wenn „gender“ abgelehnt wird, geht es dann um Kritik an einer bestimmten Gleichstellungspolitik oder um Kritik an einer wissenschaftlichen Disziplin und bestimmten Erkenntnissen? Das zusammenzuziehen, als ob alles eins wäre, und als ob es sowohl in Gleichstellungspolitik als auch in Gender Studies nicht eine Vielfalt von unterschiedlichen Stimmen und Debatten gäbe (Frey et al. 2006), ist nicht überzeugend.

Fest steht, dass das, was uns oft z. B. in polemischen Zeitungsartikeln als Kritik an „gender“

22 Mit Trans-Identitäten sind Menschen gemeint, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, welches ihnen bei der Geburt zugeordnet wurde (-> Glossar).

präsentiert wird, wenig mit dem tatsächlichen Inhalt des Konzepts zu tun hat (Roßhart 2007). Dort wird es meist verflacht auf die Vorstellung einer freien Wahl von Geschlecht, das wie ein Kleidungsstück morgens aus dem Schrank gezogen werden kann (theoretisch könnte man das vulgärkonstruktivistischen Voluntarismus nennen). Dabei geht die strukturelle Dimension von „gender“ verloren. Manchmal scheint dies ein Missverständnis zu sein, manchmal spricht daraus der Wille zur Polemik gegen politisch Unerwünschtes.

Oft wird den Gender Studies zum Vorwurf gemacht, ihre Erkenntnisse entsprächen nicht den Beobachtungen aus dem eigenen alltäglichen Leben. Dass wissenschaftliche Analysen sich manchmal mit alltäglichen Wahrnehmungsmustern der Welt reiben, ist nicht auf die Gender Studies beschränkt: Wer ist schon mal im Alltag einem Atom oder einem Gen begegnet? Wer hat die „unsichtbare Hand“ des Marktes gesehen? Und ist es nicht immer noch ein wenig unintuitiv, dass die Erde eine Kugel ist, die noch dazu um die Sonne kreist? Dass wissenschaftliche Disziplinen mit abstrakten Konzepten und komplizierten Modellen hantieren, akzeptieren wir meist ohne Murren. Wer beispielsweise aufgrund der eigenen Erfahrungen mit der Schwerkraft der theoretischen Physik die Wissenschaftlichkeit abspricht, outet sich als IgnorantIn.

Beim Thema Geschlecht werden die alltäglichen persönlichen Erfahrungen allerdings schnell umstandslos zur Welterklärung verallgemeinert und zum Maßstab für wissenschaftliche Erkenntnis erklärt. Das zeigt zwei Dinge: Zum einen, dass Geschlecht offenbar immer noch von Vielen als weiches, nicht ganz ernstzunehmendes Wissensgebiet (und Politikfeld) angesehen wird. Und zum anderen, dass das Thema starke Emotionen mobilisiert. Vielleicht weil es nah an Fragen von Identität und politischem Konflikt liegt, und deshalb als bedrohlich wahrgenommen wird? Sinnvoller wäre es, solche politischen Debatten offen zu führen. Sie werden klarer verlaufen, wenn dabei auf passende Konzepte aus den Gender Studies zurückgegriffen wird. Wenn man ernsthaft versucht sie zu verstehen, wirken sie womöglich direkt weniger bedrohlich.

7.4 Antifeministische Behauptung

„Gleichstellungspolitik ist Umerziehung und Propaganda für Randgruppen – Lasst die Menschen leben wie sie wollen!“

7.4.1 Widerlegung

- Nichts lieber als das. Gleichstellungspolitik will niemanden von einer bestimmten Lebensweise überzeugen.
- Vielmehr sollen alle dieselbe Freiheit haben, so zu leben wie sie leben wollen.
- Das kann auch den Abbau von Privilegien beinhalten – aber das ist gerade keine Umerziehung, sondern einfach die Herstellung von gerechten Verhältnissen für alle.

7.4.2 Erläuterung

Wer für eine umfassende Gleichstellungspolitik (-> Glossar) eintritt, wird oft von denjenigen angegriffen, die lieber an einer „traditionellen“ Geschlechterordnung festhalten möchten. Sie können ganz beruhigt sein: Niemand möchte ihnen absprechen, beispielsweise eine klassische Ernährermodell-Ehe zu wählen. Es geht nur darum, dass dieses Recht der Wahlfreiheit allen zuteil wird – dass also zum einen allen dieses Modell offen steht (z. B. Nicht-Heterosexuellen), zum anderen niemand in dieses Modell gedrängt wird (z. B. durch staatlich subventionierte „Sachzwänge“ wie die Netto-Vorteile einer bestimmten Arbeitsteilung durch das Ehegattensplitting oder durch mangelnde Kinderbetreuungs-Infrastruktur). Ausschlüsse festzustellen ist keine Propaganda. Sie werden von konservativen VerteidigerInnen der heterosexuellen Eheprivilegien auch gar nicht geleugnet, im Gegenteil: Die Ausschlüsse werden ausdrücklich verteidigt, gern unter Berufung auf Natur oder staatliche Interessen. Genau das ist eine Normierung, genau das sind staatliche Eingriffe in das Privatleben, und genau das ist der Versuch von Umerziehung im Sinne einer bestimmten Lebensführung. Wer sich vom Kampf um gleiche Rechte für alle schon in seinem eigenen Lebensentwurf bedroht fühlt, sollte sich fragen, inwiefern die eigene Identität auf der Ab-

grenzung gegenüber Anderen gründet – beispielsweise wenn der „Schutz“ von Ehe und Familie darin bestehen soll, andere Lebensentwürfe zu diskriminieren, oder wenn in einer unvor-
eingesehenen Sexualaufklärung homosexuelle Propaganda gewittert wird. Weniger Abgrenzungszwang macht das Leben für alle lebenswerter!

Darüber hinaus ist der Kampf gegen Diskriminierung (-> Glossar) selbstverständlich im Sinne derjenigen, die bislang unter Diskriminierung leiden. Wer sie jedoch als „Randgruppen“ abwer-

tet, unterstreicht eigentlich nur die eigene Borniertheit und zeigt, vom Wesen gleicher Rechte und gleicher Teilhabe in einer Demokratie nicht allzu viel verstanden zu haben. Denn Freiheitsrechte gelten immer für alle Menschen gleichermaßen: „Ohne den Gleichheitsanspruch wären Freiheitsrechte lediglich Privilegien einer bevorzugten Gruppe, aber eben keine allgemeinen Menschenrechte; und ohne die freiheitliche Ausrichtung könne von Gleichberechtigung von vornherein gar keine Rede sein“ (Bielefeldt/Follmar-Otto 2005: 5).

7.5 Literaturverzeichnis

- AG gegen Rassismus in den Lebenswissenschaften (Hrsg.) 2009: Gemachte Differenz – Kontinuitäten biologischer „Rasse“- Konzepte, Münster.
- Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hrsg.) 2010: Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung – Theorie, Methoden, Empirie, 3. erweiterte und durchgesehene Auflage, Wiesbaden.
- Bielefeldt, Heiner; Follmar-Otto, Petra 2005: Diskriminierungsschutz in der politischen Diskussion (Policy Paper No 5, Deutsches Institut für Menschenrechte, Februar 2005), Berlin, http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_5_diskriminierungsschutz_in_der_politischen_diskussion.pdf (4.12.2010).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2009: Rollenleitbilder und -realitäten in Europa: Rechtliche, ökonomische und kulturelle Dimensionen (Dokumentation des Workshops 20.-22.10.2008), Forschungsreihe Band 8, Baden-Baden.
- Forum Wissenschaft 2004: Feministische Interventionen – Technik, Natur- und Ingenieurwissenschaften, Jg. 21 (Heft 4), http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/fowi_4_04.html (4.10.2010).
- Frey, Regina; Hartmann, Jutta; Heilmann, Andreas; Kugler, Thomas; Nordt, Stephanie; Smykalla, Sandra 2006: Gender-Manifest – Plädoyer für eine kritisch reflektierende Praxis in der genderorientierten Bildung und Beratung, Berlin, http://www.gender.de/mainstreaming/GenderManifest01_2006.pdf (4.12.2010).
- Hark, Sabine; Dietze, Gabriele (Hrsg.) 2006: Gender kontrovers. Genealogien und Grenzen einer Kategorie, Königstein; Taunus.
- Holst, Elke 2007: Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern liegen näher beieinander als tatsächliche Arbeitszeiten, Wochenbericht Nr. 14-15/2007, DIW Berlin.
- Lorber, Judith 1999: Gender-Paradoxien, Opladen.
- Roßhart, Julia 2007: Bedrohungsszenario Gender – Gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming (Magisterarbeit, Universität Potsdam), Potsdam, <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2008/1837> (4.12.2010).
- Valtin, Renate 2010: „...weil ich im Stehen pinkeln kann“ – Schulaufsätze: Warum ich gern ein Junge bin, warum ich gern ein Mädchen bin – wie Geschlechterstereotypen Kinder prägen, in: Tagesspiegel 2.11.2010, <http://www.tagesspiegel.de/wissen/-weil-ich-im-stehen-pinkeln-kann/1971882.html> (2.2.2011).
- Villa, Paula-Irene 2006: Sexy Bodies – eine soziologische Reise durch den Geschlechtskörper, Wiesbaden.
- Voß, Heinz-Jürgen 2010: Making Sex Revisited – Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive, Bielefeld.
- Wolf, Claudia C. et al. 2010: Sex differences in parking are affected by biological and social factors, in: Psychological Research, Jg. 74, S. 429-435, <http://www.bio.psy.ruhr-uni-bochum.de/papers/Wolf%20Ocklenburg%20Oren%20Becker%202010.pdf> (2.2.2011).

8. Themenübergreifende Denkmuster des aktuellen Antifeminismus

Sebastian Scheele

Die antifeministischen Stellungnahmen der letzten Jahre unterscheiden sich in einigem: Manche gehen eher von einem religiösen Standpunkt aus, manche von einer Betroffenenperspektive beispielsweise von Männern, manche von nationalistischen Erwägungen o.ä. In vielem ähneln sie sich jedoch: Es gibt einige Grundstrukturen, die den unterschiedlichen Argumentationen gemeinsam sind. Um zu zeigen, auf welche Art der Antifeminismus rückwärts gewandte Antworten auf gegenwärtige politische Fragen formuliert, werden hier zwei grundlegende Denkmuster vorgestellt.

8.1 Strukturelle Fragen liegen außerhalb des Horizonts: Privatismus

Angenommen in ihren Sitzungen sprächen beispielsweise UmweltpolitikerInnen ausschließlich darüber, wer zu Hause wie den Müll trenne, Energiespargeräte verwende und beim Zähneputzen das Wasser an- oder abdrehe. Dass dabei Fragen wie die Infrastruktur der Abfallentsorgung, die Restlaufzeit von Atomkraftwerken oder Schadstoffgrenzwerte im Trinkwasser hintenüberfallen würden, würde uns misstrauisch machen und kritische Stimmen in Medien und Verbänden auf den Plan rufen. In der Geschlechterpolitik scheint es aber gerade so, dass Teile dieser Stimmen einen solchen „Privatismus“ politischer Fragen selbst betreiben: eine Verkürzung von Geschlechterpolitik auf Aspekte des Privatlebens, individuellen Verhaltens und persönlicher Beziehungen. Geschlecht kommt dann weder als Strukturkategorie in den Blick, noch als Norm, sondern ausschließlich als Eigenschaft und Identität von Individuen.

Damit soll nicht gesagt werden, dass Mülltrennung oder Beziehungsgestaltung unwichtig wären, oder auch nur dass sie von strukturellen Phänomenen unbeeinflusst wären – im Gegenteil. Vielmehr geht es darum, mit analytischem Blick individuelle, institutionelle und strukturelle Ebenen erkennen zu können, um danach auch ihre Wechselbeziehungen zu sehen. Um im Beispiel zu bleiben: Biomüll zu trennen ist sinnvoll, wenn er auch abgeholt und angemessen verwertet wird; Beziehungen sind egalitärer, wenn sie nicht auf wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen aufbauen etc. Die Zeiten, in denen Umweltpolitik als Privatmarotte von „Ökospinnern“ verunglimpft wurde, liegen glücklicherweise eine Weile zurück. Es wäre doch erfreulich, wenn auch der geschlechterpolitische Diskurs die privatistische Phase hinter sich lassen würde.

8.1.1 *Geschlecht ist mehr als eine Identitätsfrage – und Geschlechterpolitik ist mehr als Persönlichkeitswachstum und Partnerschaftsberatung*

Geschlecht strukturiert Gesellschaft: Es ist eine Strukturkategorie, die insbesondere die Arbeitsteilung reguliert (Lorber 1999). Die Zuweisungen zu bestimmten Tätigkeiten sowie die Verhaltenserwartungen, die sich an das Geschlecht knüpfen, können als Geschlechternormen bezeichnet werden. Auf dieser Ebene setzt Geschlechterpolitik an, nicht auf der Ebene der Identitäten, die Menschen in Anlehnung an und in Abgrenzung (auch) zu Geschlechternormen aufbauen. Dennoch verstehen antifeministische Positionen Geschlechterpolitik häufig ausschließlich auf einer solchen individualisierten Ebene – sie wird ent-

sprechend als Verbesserung der Beziehung von Individuen verstanden, oder aber als unzulässiger und angsterregender Eingriff („Umerziehung“) in Identitäten. Da werden aus den strukturellen Aspekten von Geschlechterverhältnissen plötzlich (heterosexuelle) Beziehungsdramen, und politische Gestaltung bekommt den Horizont von Paartherapie: Es solle Partnerschaftlichkeit zwischen „Mann“ und „Frau“ angestrebt werden, als seien Geschlechterverhältnisse dasselbe wie die Beziehung zwischen einem einzelnen Mann und einer einzelnen Frau, die im Streitfall nur ein wenig mehr Kommunikation und Verständnis benötige.

Ein solches Verständnis von Geschlechterpolitik steht in der Tradition der Abwertung von Geschlechterthemen als „weichem“ Politikfeld. Denn mit derartigen Personalisierungen hat Geschlechterpolitik seit jeher zu kämpfen: Statt sich mit den aufgeworfenen politischen Fragen zu beschäftigen, wurden die AkteurInnen aufgrund ihrer angeblichen Motive und Identitäten als „frigide Blaustrümpfe“, „männerhassende Emanzen“, „frauenhörige Softies“ usw. abgewertet. Statt strukturelle Fragen zu diskutieren, wurde Feminismus (-> Glossar) als Geschlechterkampf diffamiert, der sich beispielsweise in Scheidungen äußere. Diejenigen, denen an Veränderungen von Geschlechterverhältnissen gelegen ist, sollten die vorliegenden Analysen zu den unterschiedlichen Ebenen von individuell, institutionell, strukturell zu Rate ziehen. Und die stammen nicht wie in der Umweltpolitik aus z.B. Physik, Biologie oder Medizin, sondern aus der Geschlechterforschung.

8.1.2 *Geschlechterforschung ist kein Schuld-Diskurs – Menschen und Normen sind nicht dasselbe*

Auf der Grundlage ihres privatistischen Verständnisses von Geschlechterverhältnissen kritisieren AntifeministInnen Geschlechterforschung, Geschlechterpolitik und Feminismus. Sie verstehen Aussagen über Ungleichheit als moralisches Urteil über die beteiligten Personen oder irgendjemandes Intentionen. Beispielsweise sei die Segre-

gation des Arbeitsmarkts einfach auf freie Wahl zurückzuführen und es gibt das Missverständnis, dass Diskriminierung (-> Glossar) auf persönliche böswillige Intentionen zurückzuführen sei. Eine glaubhafte Versicherung des guten Willens gilt gewissermaßen als Beweis, dass keine Diskriminierung vorliegen könne, und plötzlich befinden wir uns nur noch auf der Ebene von Anschuldigung und Verteidigung. Die Feststellung von Geschlechterungleichheiten, die Benennung von Benachteiligungen und Privilegiertheiten sind aber keine Urteile über individuelle Schuld. In den Gender Studies findet eine analytische, historische, empirische, selbstreflexive Arbeit statt (Becker/Kortendiek 2010), die nichts zu tun hat mit dem personalisierenden Schuld-Diskurs, den AntifeministInnen unterstellen.

Dies gilt auch für Aussagen über Männlichkeit(en) und Weiblichkeit(en). Eine Aussage beispielsweise über eine problematische Männlichkeitsnorm ist nicht dasselbe wie eine Aussage über Männer, und erst recht nicht dasselbe wie ein moralisches Urteil über Männer oder eine Personengruppe (Gärtner 2009). Feminismus ist nicht gleichbedeutend mit „Männer sind an allem schuld“. Das heißt nicht, dass beispielsweise Männer nichts mit Männlichkeitsnormen zu tun hätten, es heißt schlicht, dass dies zwei unterschiedliche Themenbereiche sind, deren Verhältnis zueinander kompliziert ist (Sedgwick 1997). Auch Positionen wie „Frauen sind die besseren Menschen“ ist entgegen eines beliebten antifeministischen Missverständnisses nicht gleichbedeutend mit „Feminismus“. Vielmehr steht der Spruch in der Tradition der Idealisierung „der Frau“ im Rahmen der bürgerlichen Sphärentrennung von privat und öffentlich – eine vermeintlich schmeichelnde Begründung für den Ausschluss aus öffentlichen Angelegenheiten, die von FeministInnen als „positiver Sexismus“ kritisiert wurde.

Das Missverständnis scheint darin zu bestehen, dass Aussagen über Menschen nicht von Aussagen über Normen auseinander gehalten werden. Das ist nicht individueller Begriffsstutzigkeit geschuldet, sondern vielmehr der starken

Tradition des Privatismus. Gerade deshalb muss sich der Horizont der Debatte in Richtung struktureller Phänomene und der Analyse von Normen öffnen. Wer sich auf diese Ebene einlässt, könnte nicht nur aufhören, Energie in die Abwehr nie erhobener Vorwürfe zu stecken. Sondern es würde auch verdeutlichen, dass manches Beklagte seinen Ursprung weniger im Feminismus hat, als vielmehr im Fortbestehen ganz klassisch-bürgerlicher Geschlechternormen, in deutschem Familienkonservatismus (wenn staatliche Regelungen z.B. im Sorgerecht von der traditionellen Familienernährer-Ehe verheirateter biologischer Eltern ausgehen) oder im Neoliberalismus (wenn z.B. beklagt wird, dass das Doppel-Ernährer-Modell die heimelige Familienwelt bedrohe) (Haller/Nowak 2010).

Da gäbe es vielleicht sogar die Möglichkeit zu Bündnissen... Aber neben „der Sache“ scheint es in der antifeministischen Debatte noch um etwas anderes zu gehen.

8.2 Die Verteidigung der Ordnung im Gestus der Rebellion

8.2.1 Identifikation mit der Ordnung

Antifeministische Argumentationen greifen oft auf mächtige „Ordnungen“ zurück, also auf Bedeutungssysteme, die mit gesellschaftlichen Hierarchien verknüpft sind: Das kann die (vermeintliche) „natürliche Ordnung“ sein, die „göttliche Ordnung“, oder die staatliche Ordnung. Wer diese „Ordnungen“ heranzieht, identifiziert sich mit den Werten, für die sie stehen, und versucht, ihre Autorität gegen (beispielsweise feministische) Veränderungsbestrebungen in Anschlag zu bringen. In unterschiedlich ausgeprägten Formen zieht sich beispielsweise die Identifikation mit staatlichen bevölkerungspolitischen Zielen durch die Debatten zum demographischen Wandel. Wer behauptet, dass wegen des Feminismus „zu wenige“ Kinder geboren würden, macht sich eine bevölkerungspolitische Logik zu eigen – die Sorge darüber, wie viele „Kinder je Frau“ der Staat benötige, oder wer gefälligst mehr Kinder bekom-

men solle, und wer besser nicht, auf dass sich die Nation nicht „abschaffe“ etc. Statt ausgehend von den Bedürfnissen und Rechten der vielfältigen Menschen das Ziel von Politik zu bestimmen, werden sie zu Funktionen bevölkerungspolitischer Kennziffern.

Solche Positionen sind alles andere als neu – im Gegenteil, ihr Rückgriff auf derartige Ordnungen ist per se „traditionell“, konservierend. Eine solche Identifikation mit der Ordnung ist übrigens ein klassisches Definitionsmerkmal rechter politischer Positionen. Antifeminismus erfüllt diese Kriterien, wenn er sich mit nationalistisch-bevölkerungspolitischen Logiken identifiziert (à la „Die Deutschen sterben aus“), Wandel und Interessenskonflikte (als „destruktiver Geschlechterkampf“) abwertet gegenüber Ordnung und Harmonie, oder die eigenen („unideologischen“) Partialinteressen mit dem Gemeinwohl gleichsetzt. Die Benennung solcher Positionen als „rechts“ ist also mitnichten ein „Denkverbot“ oder eine simple Diffamierung, wie manchmal gemäkelt wird, sondern eine durchaus präzise inhaltliche Beschreibung, zu der auch als solche Stellung genommen werden sollte.

8.2.2 Tabubruch zugunsten des Status quo?!

In bemerkenswertem Spannungsverhältnis zum Bezug auf die Autorität uralter Ordnungen nehmen sich AntifeministInnen häufig als TabubrecherInnen wahr: Endlich traue sich jemand, gegen die feministische Vorherrschaft aufzubegehren und die unterdrückte Wahrheit auszusprechen.

Oft nimmt das die Form des Anti-Etatismus ein (Gesterkamp 2010), eines Aufbegehrens gegen staatliche Eingriffe. Diese Geste ist jedoch nicht allzu glaubwürdig, denn es handelt sich um einen äußerst selektiven Anti-Etatismus: Nur staatliche Maßnahmen zur Herstellung von Gleichstellung werden kritisiert, während andere staatliche Ziele wie selbstverständlich akzeptiert werden. Oder es wird gar in Identifikation mit dem Staat argumentiert, wie schädlich Gleichstellung zum Erreichen anderer staatlicher Ziele sei (s.o.). Von einem Tabubruch kann somit nicht

die Rede sein. Schließlich berufen sich die Argumente keineswegs auf bislang Unerhörtes, sondern auf mächtige Ordnungen und althergebrachte Wertsysteme. Dass die entsprechenden „enthüllenden“ Medienartikel jedes Mal aufs Neue einen sensationellen Neuigkeitswert behaupten, liegt auch eher in der Logik des Medienmarkts als in den Argumenten begründet.

Zwischen dem Tabubrechergestus und der faktischen Verteidigung mächtiger Ordnungen besteht ein Widerspruch. Damit die Argumentation dennoch nicht auseinander fällt, muss permanent die eigene Ausgeschlossenheit beschworen werden: Niemand hört auf uns, die gesamte Gesellschaft ist feministisch unterwandert und gehirngewaschen, man boykottiert uns, Medienkartelle geben nur „politisch Korrektem“ Raum etc.

Diese Behauptungen haben zwar keine empirische Grundlage²³ – und selbst wenn sie dies hätten, würde sich eine inhaltliche Argumentation nicht erübrigen, denn Ausgeschlossenheit ist nur für VerschwörungstheoretikerInnen ein Kriterium für Wahrheit. Aber die Behauptungen erfüllen wohl einen emotionalen Zweck: Je apokalyptischer das Bedrohungsszenario (-> Kapitel 2.6) ist und je umfassender die Angstfantasie von der feministischen Hegemonie ausgemalt wird, desto heroischer wird die Pose der/s einsamen Kämpferin/s für unterdrückte grundlegende Wahrheiten. In dieser Pose zu verharren, scheint emotional befriedigender zu sein als sich auf die längst stattfindenden ausdifferenzierten wissenschaftlichen Debatten und die komplexen Interessenlagen in der Politik einzulassen.

8.3 Fazit: Halbwahre Beobachtungen, rückwärts gerichtete Antworten

Im antifeministischen Diskurs scheint teils eher der Wille zur heroischen Pose im Vordergrund zu stehen als die Auseinandersetzung um die Sache. Dazu passt eine ausschließlich empört-subjektive Perspektive natürlich besser als ein struktureller Blick, weshalb kaum der privatistische Horizont überschritten wird oder analytische Konzepte zum Verständnis von Geschlechterverhältnissen herangezogen werden.

Jedoch lassen sich auch aus dieser privatistischen Perspektive manche Veränderungen nicht übersehen. Insofern sind einige antifeministische Argumente sozusagen ‚halbwahr‘: Sie sprechen Teilaspekte von tatsächlichen Phänomenen an, ziehen daraus aber verzerrende, falsche Schlüsse.

Sie verweisen darauf, dass vormals unhinterfragte Gewissheiten z.B. über Arbeitsteilungen oder Lebensverläufe brüchig werden. Da wird auf Konzepte und Theorien zurückgegriffen, die versprechen, wieder Gewissheiten zu bieten, oder die alten Gewissheiten aufrechtzuerhalten – je überzeitlicher („Evolution“), desto krisenfester. Die antifeministischen Argumente sind eine Reaktion auf gesellschaftliche Transformationen, die damit einhergehenden Verunsicherungen und die Notwendigkeit, überlieferte Regelungen neu auszuhandeln, kurz: auf offene politische Fragen der Gegenwart. Das Zurück zu ungerechten überkommenen Ordnungen liefert darauf keine angemessenen Antworten.

23 Zur angeblichen Unterwanderung durch Gender Mainstreaming und der tatsächlichen Geschichte des Auf und Abs des letzten Jahrzehnts vgl. beispielsweise Lewalter et al. 2009.

8.4 Literaturverzeichnis

- Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hrsg.) 2010: Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung – Theorie, Methoden, Empirie, 3. erweiterte und durchgesehene Auflage, Wiesbaden.
- Gärtner, Marc 2009: Geschlechterkampf von oben – Die „Männerrechtsbewegung“ lebt von einer Mischung aus interessiertem Vorurteil, politischer Fehlinterpretation und narzisstischer Kränkung, in: Switchboard, Herbst/Winter 2009 (Heft 190), S. 18- 20.
- Gesterkamp, Thomas 2010: Geschlechterkampf von rechts – Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren (WISO Diskurs der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn.
- Haller, Lisa; Nowak, Jörg 2010: Die Erosion des männlichen Familienernährermodells, Feministisches Institut Hamburg, <http://www.feministisches-institut.de/ernaehrermodells/> (17.01.2011).
- Krämer, Christiane; Smykalla, Sandra 2007: Diskursformationen der Abwertung von Gleichstellungspolitik und Gender in den Medien – Paradoxe Effekte des Erfolges?, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Jg. 25 (Heft 2), S. 17-26.
- Lewalter, Sandra; Geppert, Jochen; Baer, Susanne 2009: Leitprinzip Gleichstellung? – 10 Jahre Gender Mainstreaming in der deutschen Bundesverwaltung, in: GENDER, Jg. 1 (Heft 1), S. 124-140.
- Lorber, Judith 1999: Gender-Paradoxien, Opladen.
- Roßhart, Julia 2007: Bedrohungsszenario Gender – Gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming (Magisterarbeit, Universität Potsdam), Potsdam, <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2008/1837> (4.12.2010).
- Sedgwick, Eve Kosofsky 1997: „Mensch, Boy George, du bist dir deiner Männlichkeit ja unglaublich sicher!“, in: Erhart, Walter; Herrmann, Britta (Hrsg.): Wann ist der Mann ein Mann? Zur Geschichte der Männlichkeit, Stuttgart/Weimar, S. 353-361.

9. Glossar²⁴

Androzentrismus

Eine Sicht- und Denkweise, die den Mann/das männliche Geschlecht ins Zentrum der Aufmerksamkeit stellt. Der Mann bzw. eine als „männlich“ verstandene Lebensweise wird als Maßstab und Norm verstanden und die Frau bzw. eine als „weiblich“ verstandene Lebensweise als Abweichung von der Norm.

Antidiskriminierung

Antidiskriminierung ist eine gleichstellungspolitische Strategie, die darauf konzentriert ist, *Diskriminierung* abzubauen und zu verhindern. Instrumente der Antidiskriminierung sind Aufklärung (Was ist Diskriminierung und wie kann sie verhindert werden?), Gesetzgebung (Verbot von Diskriminierung) und die Rechtsdurchsetzung (Ermittlung, Klage und Bestrafung von Verstößen sowie die Unterstützung der Betroffenen).

Gesetzliche Verankerung findet Antidiskriminierung in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Es gibt eine Antidiskriminierungsstelle des Bundes (www.antidiskriminierungsstelle.de) sowie Antidiskriminierungsstellen in den einzelnen Bundesländern, die als Anlaufstellen für Antidiskriminierungsfragen dienen und Beratung anbieten.

Antifeminismus

Antifeminismus bezeichnet verschiedene Gegenbewegungen zum Feminismus und zielt auf die meist pauschale Verhinderung feministischer Theorie und Politik, inklusive Gleichstellungspolitik und Frauenbewegungen. Damit verbunden ist in der Regel der konservative Wunsch nach einer Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung eines Zustands, der sich durch eine hierarchische Unterscheidung der Geschlechter aus-

zeichnet. Der Begriff wurde 1902 von Hedwig Dohm geprägt. Sie wendete sich mit dem Buch „Die Antifeministen“ gegen Gruppen, die u. a. gegen das Wahlrecht der Frauen kämpften und dabei teilweise auch Gewalt einsetzten. Antifeministische Denkmuster beinhalten häufig ein konservatives Familienbild, Ablehnung von Homosexuellen und Transsexuellen, Frauenfeindlichkeit, die Abwertung von Feminist_innen und die Betonung von Geschlechterunterschieden.

Diskriminierung

Diskriminierung ist die Benachteiligung, Nichtbeachtung, Ausgrenzung oder Ungleichbehandlung einzelner Menschen oder Gruppen auf Grund ihnen angedichteter oder in einem bestimmten Zusammenhang nicht relevanter Merkmale. Im deutschen Rechtssystem werden Diskriminierungen aufgrund folgender Merkmale erfasst: Geschlecht, Religion bzw. Weltanschauung, ethnische Herkunft, Behinderung, Alter und sexuelle Orientierung. Diskriminierung wird in unmittelbare und mittelbare Benachteiligung unterschieden. Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) liefert für beide Diskriminierungsformen eine Definition:

- Danach liegt eine unmittelbare Benachteiligung vor, wenn eine Person wegen den oben genannten Kategorien eine weniger günstige Behandlung erfährt als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation.
- Von einer mittelbaren Benachteiligung wird gesprochen, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen auf Grund der oben genannten Kriterien gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können (siehe GenderKompetenzZentrum).

²⁴ Dieses Glossar bietet keine allgemeingültigen Definitionen, da Begriffe je nach Kontext unterschiedlich verwendet werden.

Feminismus

Feminismus bezeichnet eine Vielzahl emanzipatorischer Bewegungen des Denkens und des Handelns, die politisch auf den Abbau von Geschlechter-Hierarchien und Geschlechter-Zwängen abzielen. Feminismus umfasst heute vielfältige Theorien und Erklärungsmuster, welche mehr oder weniger stark mit *Frauenbewegungen* (s. Kasten) und anderen emanzipatorischen und Bürgerrechtsbewegungen sowie mit wissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung verbunden sind.

Frauenquote

Die Frauenquote ist ein gleichstellungspolitisches Instrument mit dem Ziel, der Unterrepräsentation von Frauen in bestimmten Bereichen entgegenzuwirken. Im Kern besteht es aus der Regelung, dass ein bestimmter Anteil von Positionen mit Frauen besetzt wird. Es gibt zum Beispiel Frauenquoten in politischen Gremien oder in Aufsichtsräten von Unternehmen. Eine Quote kann generell eingesetzt werden, um *Diskriminierung* oder Unterrepräsentation von Geschlecht oder anderen Merkmalen entgegenzuwirken.

gender

Mit gender ist das kulturelle/soziale Geschlecht und die geschlechtliche Rollenzuschreibung gemeint.

Gender Mainstreaming

1999 im Amsterdamer Vertrag der EU-Staaten verankert worden, nachdem es 1995 auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking geprägt wurde. Gender Mainstreaming bedeutet, die Kategorie Geschlecht (Gender) auf allen Ebenen (Mainstreaming) zu berücksichtigen, d. h., bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen und auf die Gleichstellung der Geschlechter hinzuwirken. Die Anwendung dieses Prinzips dient der Herstellung der Gleichstellung der Geschlechter durch die Analyse aller Arbeitsbereiche. Eine konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming bedeutet, alle Entscheidungsprozesse in demokratisch

legitimierten Organisationen daraufhin zu überprüfen, welche Auswirkungen sie auf die Gleichstellung von Frauen und Männer haben – und politisches Handeln danach auszurichten. (Konkrete Beispiele für Ergebnisse und Wirkungen von Gender Mainstreaming finden sich z.B. unter http://www.gender-netzwerk.de/positionen/ergebnisse_gm.htm.)

siehe www.gender-mainstreaming.net,
www.genderkompetenz.info

Gender Pay Gap

Der Gender Pay Gap (Geschlechterunterschied in der Bezahlung) bezeichnet den durchschnittlichen Unterschied der Bruttostundenlöhne zwischen den Geschlechtern. In Deutschland liegt er bei 23 Prozent. Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der Männer werden als 100 Prozent definiert. Frauen verdienen 77 Prozent dessen, was Männer verdienen – also im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer.

Gleichstellungspolitik

In der Gleichstellungspolitik geht es um die Verankerung der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene. Beispiele für gleichstellungspolitische Strategien sind: *Gender Mainstreaming*, Frauenförderung, Männerförderung, Antidiskriminierungspolitik.

Gender-Kompetenz

Gender-Kompetenz ist die Fähigkeit von Personen, bei ihren Aufgaben Gender-Aspekte zu erkennen und gleichstellungsorientiert zu bearbeiten. Gender-Kompetenz setzt sich aus den Elementen Wollen, Wissen und Können zusammen:

WISSEN: Kenntnisse über Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft und im eigenen Fachbereich/Berufsfeld

WOLLEN: Sensibilität für Geschlechterstereotype und Motivation, Geschlechterverhältnisse zu verändern

KÖNNEN: Fähigkeiten, geschlechtersensibel zu arbeiten und Instrumente zur Gleichstellung anzuwenden

Geschlechterforschung / Gender Studies

In der Geschlechterforschung ist eine zentrale Frage, welchen Einfluss Geschlecht auf alle Bereiche der Gesellschaft hat. Wissenschaftliche Analysen beschäftigen sich mit der Herstellung, der Entstehung und der Relevanz von Geschlecht. Die Geschlechterforschung an Universitäten ist dabei unterschiedlich stark mit geschlechterpolitischen Institutionen und Bewegungen verknüpft; historisch ist sie aus der *Frauenbewegung* hervorgegangen. Dabei ist Geschlechterforschung nicht an ein Fach gebunden, sondern immer interdisziplinär, d.h. es werden Ansätze und Methoden verschiedener Fachrichtungen miteinander verbunden.

queer

Lässt sich nicht definieren, sondern dekonstruiert auf theoretischer, praktischer und politischer Ebene Begriffe wie Homo-/Heterosexualität, männlich/weiblich, schwarz/weiß, ... und zielt darauf ab, kausale Zusammenhänge zwischen *gender*, *sex* und Begehren aufzulösen; übt Kritik an bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnissen in Bezug auf Kategorien wie Geschlecht, Klasse, ethnische Zugehörigkeit...

sex

Mit *sex* ist das anatomische/biologische Geschlecht und die legale Zuschreibung des biologischen Geschlechts bei der Geburt gemeint.

Sexismus

Sexismus ist die Einteilung von Menschen in zwei (heterosexuelle) Geschlechter, die mit der Abwertung eines Geschlechts verbunden wird.

*Trans**

Kurz für: transgender, transsexuelle, transgeschlechtliche, transidente Menschen, die nicht in das zweigeschlechtliche System „passen“; Menschen, die sich – zumindest zeitweise – keinem *gender* oder *sex* zuordnen können oder wollen sowie Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht mit den Rollenzuschreibungen ihres legalen biologischen Geschlechts übereinstimmt; Menschen, die ihr (biologisches) Geschlecht ändern wollen oder geändert haben

zweigeschlechtliches System

Das zweigeschlechtliche System bezeichnet das Geschlechter-System unserer Gesellschaft, in dem es ausschließlich zwei Geschlechter gibt (männlich und weiblich).

Einblick in die Geschichte der deutschen Frauenbewegung

Die deutsche Frauenbewegung hat eine lange Geschichte. Zurückverfolgen lässt sie sich bis zur Märzrevolution 1848, als Frauen auf sehr verschiedene Weise um wirtschaftliche, politische und kulturelle Rechte zu kämpfen begannen. Die Frauenbewegung differenzierte sich schon damals ständig aus. Es gab z.B. die *bürgerliche Frauenbewegung* und die *sozialistische Frauenbewegung*, die mit der Erstarkung der Arbeiterbewegung einherging. Frauen agierten autonom in eigenen Vereinen, sie engagierten sich in Verbänden, in sozialen Projekten oder in Gewerkschaften und Parteien. Gemeinsames Anliegen war die Befreiung der Frauen aus ihrer nahezu vollständigen Abhängigkeit vom Mann – persönlich (Vater, Ehemann) wie gesellschaftlich (Gesetze, Institutionen, gesellschaftliche Normen). Gleichberechtigung durch Gesetze war ein zentrales Ziel. Ein für Deutschland entscheidendes Ergebnis der so genannten *1. Frauenbewegung* war z.B. die Er kämpfung des Wahlrechts für Frauen im Zuge der Novemberrevolution 1918. Die *2. Frauenbewegung* entwickelte sich in Ost- und West-Deutschland sehr unterschiedlich. In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wurde die berufliche Gleichstellung der Frauen Teil staatlicher Politik. Allerdings blieb die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Aufgabe der Frauen. Zu Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich in der DDR eine vielfältige und gut vernetzte nichtstaatliche Frauenbewegung, die aus vielen verschiedenen Gruppen bestand. Diese organisierten sich im Rahmen der evangelischen Kirche und der Friedensbewegung, sie waren informell und zahlenmäßig kleiner als die Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland (BRD). In der BRD entstand die *2. Frauenbewegung* in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie war politisch verbunden mit der Jugend- und Studentenbewegung. Auch sie war sehr facettenreich. Sie ging in ihren Programmatiken und politischen Praxis weit über die Forderung nach juristischer Gleichberechtigung hinaus. In der autonomen Frauenbewegung dieser Zeit wurden radikale Kritiken an Herrschafts- und Machtstrukturen, an der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen sowie an normierenden Geschlechterrollen formuliert. Frauen forderten Selbstbestimmung über den eigenen Körper, das Recht auf Abtreibung, einen wirksamen Schutz der Frauen vor männlicher, häuslicher Gewalt. Als Akteurinnen der autonomen Frauenbewegung wurden erstmalig auch lesbische Frauen kollektiv öffentlich sichtbar und politisch aktiv. In dieser Zeit entstanden in vielen Städten Frauenzentren, Frauenbuchläden, Frauenhäuser, Müttergruppen, wissenschaftliche Frauenprojekte und die Anfänge einer kritischen Frauen- und Geschlechterforschung. Lesben, Women of Color und Schwarze Feministinnen sowie Frauen mit Arbeiterklasse-Hintergrund gründeten teilweise eigene feministische Gruppen und forderten ihren Platz in der Frauenbewegung ein. Ein Teil dieser Frauenbewegung ging in den 80er Jahren verstärkt den Weg in die Institutionen: Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungen und Universitäten. Ab dem Jahr 1989 wurden in allen Bundesländern und auf der Bundesebene Gleichstellungsgesetze verabschiedet. Mit Beginn der Bundesrepublik Deutschland existiert § 3 des Grundgesetzes, der die Gleichberechtigung von Mann und Frau zum Grundrecht erklärt. Dieser Paragraph wurde 1994 um die Verpflichtung des Staates zur aktiven Umsetzung dieses Grundrechtes erweitert, ein Tatbestand, der sich aus den politischen Aktivitäten der *2. Frauenbewegung* erklärt. Ein politischer Erfolg der Frauenbewegung war außerdem die Verabschiedung eines Gewaltschutzgesetzes im Jahr 2002.

Heute existieren vielfältige feministische autonome bzw. bewegungspolitische Aktivitäten: politische Gruppen, Diskussionsveranstaltungen, Demos, Veröffentlichungen, Ladyfeste u.a.m. Mit den 1990er Jahren rückten hier insbesondere die einschränkenden und ausschließenden Normen zu Geschlecht und Sexualität in den Fokus der Kritik, und es entstanden vielfältige queer-feministische Aktivitäten, Räume und Netzwerke.

10. Autor_innenprofile

Ebenfeld, Melanie

Diplom-Pädagogin, selbstständig als Gender Trainerin, Beraterin und Dozentin mit ihrem Unternehmen Gender and Education

Arbeitsschwerpunkte: geschlechtersensible Pädagogik und Didaktik, die Implementierung von Gender Mainstreaming in Organisationen und Unternehmen, Antidiskriminierungsarbeit mit dem Schwerpunkt lesbische/schwule/trans* Lebensweisen, queere Pädagogik und feministische Theorien
www.gender-education.de

Gesterkamp, Thomas

Dr. päd., Journalist, Buchautor, Referent und Moderator

Arbeitsschwerpunkte: Väter, Familienpolitik, Arbeitsmarkt, Geschlechterverhältnisse
www.thomasgesterkamp.de

Köhnen, Manfred

Diplom-Soziologe, gleichstellungspolitischer Berater mit seinem Unternehmen Gleichstellung Bewegung

Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellungspolitische Beratung von Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen; geschlechtergerechter Haushalt (Gender Budgeting); Verwaltungsmodernisierung; Arbeitsmarktforschung unter Berücksichtigung von Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht, sozialer und ethnischer Herkunft (Intersektionalität)
www.gleichstellung-bewegen.de

Roßhart, Julia

Magistra-Soziologin, forscht als Doktorandin beim Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterforschung der Humboldt-Universität Berlin zur Verwobenheit von Klassismus und Sexismus

Arbeitsschwerpunkte: Workshopmoderationen und -konzeptionen zu (Hetero-)Sexismus und Klassismus, Medien und Gender, Feminismus; Mitarbeit bei der Gender-AG von attac

Ruggieri, Deborah

Kultur- und Politikwissenschaftlerin M.A., selbstständige Dozentin, Kommunikationstrainerin und Coach mit ihrem Unternehmen Deborah Ruggieri...communication rules!

Arbeitsschwerpunkte: internationale Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik, Gender Budgeting, erneuerbare Energien, Ökonomie mit Geschlechterperspektive; Vertretung der bundesweiten Gender AG im Rat von Attac Deutschland
www.deborah-ruggieri.de

Scheele, Sebastian

Diplom-Soziologe, freier Wissenschaftler in Vorbereitung einer Promotion zu Strategien von Privilegierten in politischen Kämpfen, 2003-2009 in der Politikberatung zu Gleichstellungspolitik tätig im GenderKompetenzZentrum an der Humboldt-Universität Berlin

Arbeitsschwerpunkte: Geschlechter- und Männerpolitik, Gender-Kompetenz in verschiedenen Themenfeldern (Gesundheit, Bildung), Queerfeminismus, Gouvernementalitätsstudien, Theorien zur Verschränkung von Machtverhältnissen, zu Privilegierung und zu Verbündeten

Wanzek, Ute

Diplom-Ingenieurin, Partnerin und Geschäftsführerin der G/I/S/A, Gender-Institut Sachsen-Anhalt PartnG, Generalsekretärin des Europäischen Vereins WiTEC e.V., Women in Science, Engineering and Technology

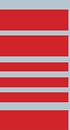
Arbeitsschwerpunkte: Beratung und Bildung zur strukturellen Implementation von Gender Mainstreaming in Organisationen und Institutionen sowie Unternehmen und Projekten, mit den inhaltlichen Schwerpunkten Beschäftigung/Arbeitsmarkt und EU-Strukturfonds

www.g-i-s-a.de

Moderation der Redaktions-Workshops:**Gumpert, Heike**

Diplom-Pädagogin mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung

Arbeitsschwerpunkte: Gender-Trainings, Dialog-Prozessbegleitung und Moderationen



Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

Deutschlands Exportüberschüsse gegen zu Lasten der Beschäftigten

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Soziales Wachstum gegen die Schuldenkrise

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

Globales Wachstum zwischen Klima, Gleichheit und Demographie

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

Exporte um jeden Preis? Zur Diskussion um das deutsche Wachstumsmodell

WISO direkt

Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Staatsgläubigerpanik ist keine Eurokrise!

WISO direkt

Steuerpolitik

Welche Steuerpolitik gehört zum „sozialdemokratischen Modell“?

WISO direkt

Arbeitskreis Mittelstand

Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz – Förderungsgesetz für KMU?

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Was die Verbraucherpolitik von der Verhaltensökonomie lernen kann

WISO direkt

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

Nanotechnik im Lebensmittelsektor – Entwicklungen nicht dem Zufall überlassen!

WISO direkt

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

Zukunft der deutschen Automobilindustrie – Herausforderungen und Perspektiven für den Strukturwandel im Automobilssektor

WISO Diskurs

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

Das Programm Soziale Stadt – Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Ausweitung des Pflichtversicherungskreises in der GKV

WISO Diskurs

Gesprächskreis Sozialpolitik

Sozialpolitische Probleme bei der Eingliederung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung

WISO Diskurs

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

In Qualifizierung investieren – ein Weiterbildungsfonds für Deutschland

WISO Diskurs

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

Die Mitbestimmung im Kontext europäischer Herausforderungen

WISO direkt

Arbeitskreis Dienstleistungen

Arbeitsplatz Hochschule Zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in der „unternehmerischen Universität“

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

Ethnische Unterscheidungen in der Einwanderungsgesellschaft – Eine kritische Analyse

WISO Diskurs

Frauen- und Geschlechterforschung

Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II

WISO Diskurs

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

www.fes.de/wiso